

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, 18. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich **drei Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten nunmehr in die heutige Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses

Drucksache 17/1500
Drucksache 17/1501
Drucksache 17/1502
Drucksache 17/1503
Drucksache 17/1504
Drucksache 17/1505
Drucksache 17/1506
Drucksache 17/1507
Drucksache 17/1508
Drucksache 17/1509
Drucksache 17/1510
Drucksache 17/1511
Drucksache 17/1512
Drucksache 17/1513
Drucksache 17/1514
Drucksache 17/1515
Drucksache 17/1516

in der Fassung
nach der zweiten Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1700

Änderungsanträge
der Fraktionen
Drucksache 17/1732
Drucksache 17/1733
Drucksache 17/1734
Drucksache 17/1735
Drucksache 17/1736
Drucksache 17/1737
Drucksache 17/1738

Drucksache 17/1739
Drucksache 17/1740
Drucksache 17/1741
Drucksache 17/1742
Drucksache 17/1743
Drucksache 17/1744
Drucksache 17/1745
Drucksache 17/1746
Drucksache 17/1747
Drucksache 17/1748
Drucksache 17/1749
Drucksache 17/1750
Drucksache 17/1754
Drucksache 17/1755
Drucksache 17/1756
Drucksache 17/1757
Drucksache 17/1758
Drucksache 17/1760
Drucksache 17/1761
Drucksache 17/1762
Drucksache 17/1763
Drucksache 17/1764
Drucksache 17/1765
Drucksache 17/1766
Drucksache 17/1767
Drucksache 17/1768
Drucksache 17/1769
Drucksache 17/1770

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1751

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1759

dritte Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Überleitung der vorhandenen Konrektorinnen und Konrektoren von Grundschulen und Hauptschulen (Haushaltsbegleitgesetz 2018)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1111

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1518

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1553

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des

Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2018 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 – GFG 2018) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/802

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1701

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1752

dritte Lesung

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich um eine etwas gedämpfte Geräuschkulisse bitten?

Die Veränderungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse zum Haushaltsplan zur Vorbereitung der dritten Lesung des Haushaltsgesetzes 2018 sind auch in den Veränderungsnachweisen entsprechend dargestellt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD Herrn Abgeordneten Römer das Wort. Bitte schön.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! „Versprechen sind Gefängnisse aus Worten“, bemerkte einmal die deutsche Autorin Sulamith Sparre. Wie recht sie damit hatte, beweist diese Koalition. CDU und FDP hatten vor der Wahl allen alles versprochen. Und jetzt, meine Damen und Herren von CDU und FDP, sind Sie von Ihren Versprechen überfordert und sitzen in Ihrem Gefängnis gebrochener Versprechen fest.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die Liste ist so lang, dass ich sie heute nicht noch einmal in voller Länge aufzählen will.

(Zurufe: Och!)

Sie reicht von der Senkung der Grunderwerbsteuer, die nicht kommen wird, über die Verbesserung der Betreuungsquote an Universitäten, die Sie nicht finanzieren wollen, bis hin zur Reduzierung der Staus, die Sie auf den 1. Weihnachtsfeiertag des Jahres 2036 verschoben haben.

(Heiterkeit von der SPD)

Ihr erster Haushalt genügt weder den Ansprüchen, die Sie zu Oppositions- und Wahlkampfzeiten selbst

erhoben haben, noch genügt er den Anforderungen einer modernen Investitionspolitik.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Investitionsquote des Landes steigt nicht, sie sinkt.

Sie verteilen in 75 Änderungsanträgen kleine Geschenke an jeden Wahlkreis, kürzen beim Mietwohnungsbau und scheuen gezielte Ausgaben für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.

Diese schwarz-gelbe Koalition entlarvt sich als das, was dieses Bündnis schon immer war: eine profane Mitte-rechts-Regierung,

(Widerspruch von der CDU und der FDP)

die mit dem Ideologiebaukasten der 90er-Jahre ans Werk gegangen ist.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion wird diesen Haushalt ablehnen.

Der Ministerpräsident hatte in seiner Regierungserklärung die Redewendung von Maß und Mitte zum Leitmotiv seines Kabinetts erhoben. Er und seine Regierung hätten darüber hinaus den Anspruch, Politik aus einem Guss zu machen.

Nun sind das eigentlich derart müde und abgegriffene Floskeln der politischen Rede, dass sie nur noch dazu taugen, die Aufmerksamkeit des Publikums in den Stand-by-Modus zu knipsen.

Wer hätte da ahnen können, meine Damen und Herren, welche kongeniale Regierungszusammenarbeit aus diesen Phrasen erwachsen würde? Wer hätte das ahnen können? Der Verkehrsminister plant die Abschaffung des Sozialtickets, und im Gegenzug will der Justizminister dafür sorgen, dass Schwarzfahren nicht mehr strafbar ist: Politik aus einem Guss, Maß und Mitte im NRW des Armin Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diesen Sarkasmus erlaube ich mir nur deshalb, weil die Regierung Laschet mit ihrem Plan, das Sozialticket abzuschaffen, gescheitert ist.

Für die betroffenen Menschen war schon allein dieser Versuch alles andere als witzig. Ich spreche von Menschen wie der 25-jährigen Jennifer aus Attendorn. Ihre Geschichte kann im Übrigen jeder auf „SPIEGEL ONLINE“ nachlesen:

Die alleinerziehende Mutter ist arbeitslos. Aber das will sie nicht bleiben. Deshalb fährt sie mehrmals in der Woche mit Bus und Bahn nach Olpe. Sie holt dort ihren Schulabschluss nach, um im nächsten Jahr eine Ausbildung zur Kinderpflegerin beginnen zu können. Ohne das Sozialticket könnte sie sich die

Fahrt nach Olpe gar nicht leisten – und damit auch nicht den sozialen Aufstieg, an dem sie hart arbeitet.

Deshalb haben SPD und Grüne dieses Ticket vor sieben Jahren eingeführt: für Menschen wie Jennifer aus Attendorn, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

CDU und FDP wollen ihr dieses Sozialticket wieder wegnehmen. Und wofür? Für den Straßenbau, für läppische 4 km neue Landstraße im Jahr. Dafür hätte diese Regierung billigend in Kauf genommen, dass der öffentliche Nahverkehr für Hunderttausende Menschen in Nordrhein-Westfalen unbezahlbar geworden wäre.

Jetzt, nachdem ein Sturm der Empörung diesen kaltherzigen Plan zerfleddert hat, soll alles nicht so gemeint sein. Armin Laschet, zu jeder Zeit – das will ich durchaus einräumen – ein Großmeister der Beschwichtigung und Beschönigung, spricht gar von einem Missverständnis – als hätte seine Regierung zwar „Sozialticket streichen“ gesagt, aber doch eigentlich „Sozialticket behalten“ gemeint. Solch ein Unsinn!

(Beifall von der SPD)

Kaum etwas war in den vergangenen Monaten so unmissverständlich wie Ihr Plan, dieses Sozialticket abzuschaffen. Denn das haben Sie über Jahre hinweg immer gefordert.

(Sarah Philipp [SPD]: Genau!)

Schon bei der Einführung dieses Tickets schwadronierte der CDU-Abgeordnete Henning Rehbaum über eine sozialistische Rolle rückwärts,

(Lachen von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

die seine Fraktion rundweg ablehne. Noch vor zehn Monaten nannte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Klaus Vosssem, das Sozialticket einen verkehrspolitischen Irrweg

(Sarah Philipp [SPD]: Das hat er gesagt!)

und finanzpolitischen Unsinn.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Das Sozialticket, so der Kollege Vosssem unter großem Applaus seiner Fraktion, sei eine rein konsumtive Ausgabe, was im konservativen Milieu ja nichts weiter als ein Codewort für „Verschwendung“ ist. Er und seine Fraktion verlangten die Streichung dieses Sozialtickets und die Umschichtung von 40 Millionen €, die dafür zur Verfügung standen, in den Straßenbau. Genau das hatten Sie jetzt auch vor.

Wo ist denn da das Missverständnis? Sie wollten doch nie ein Sozialticket. Sie wollten es schon immer abschaffen. Das Einzige, was Sie davon abhält, ist die Empörung der Öffentlichkeit. Das Einzige, was Sie bedauern, ist das PR-Desaster, das Ihnen Ihr

Verkehrsminister eingebrockt hat. An Ihrer Überzeugung hat sich nichts geändert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, aus dem gescheiterten Versuch, dieses Sozialticket abzuschaffen, kann man zwei Dinge über die Regierung Laschet lernen:

Erstens. Das Versprechen auf sozialen Aufstieg wird diese Regierung nicht einlösen.

Zweitens. An das Versprechen, wer hart arbeite, werde auch in Wohlstand leben können, das der Minister ein ums andere Mal wiederholt, glaubt seine Regierung gar nicht. Diese Regierung glaubt nicht an staatliche Programme gegen soziale Ungleichheit. Sie glaubt auch nicht an sozialstaatliche Initiativen für Chancengleichheit oder an Regeln für mehr Leistungsgerechtigkeit. Sie ist davon überzeugt, dass soziale Probleme durch die Kräfte des Marktes gelöst werden – oder eben nicht.

Woran diese Regierung aber sehr wohl glaubt, ist die Macht der Symbole und Images. Weil sie weiß, dass ihre sozial- und wirtschaftspolitischen Überzeugungen in einem toxischen Image münden würden, werden diese getarnt und versteckt. Aus Angst vor Demaskierung versteckt diese Regierung ihre Überzeugungen hinter Maß-und-Mitte-Plattitüden oder einer Aufstiegsrhetorik, die durch keinerlei konkrete Maßnahmen gestützt wird.

Doch immer dann, wenn sich diese Regierung sicher fühlt, schlägt sie zu, und zwar in Form ihrer sogenannten Entfesselungspakete, die in Wahrheit Entrechtungspakete sind, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU – Zurufe von der CDU: Oh! – Henning Höne [FDP]: Das Recht auf Spionage wollen wir streichen!)

Durch ihre Bundesratsinitiative gegen das Arbeitszeitgesetz und erst recht durch die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten in Nordrhein-Westfalen nimmt diese Regierung gerade Arbeitnehmerinnen wichtige Schutzrechte. Denn es sind vor allem Frauen, die im Einzelhandel arbeiten und die durch diese Koalition einer gnadenlosen Flexibilisierung von Arbeitszeiten ausgesetzt werden.

(Henning Rehbaum [CDU]: Haben Sie sie mal gefragt?)

Es hat doch Gründe, meine Damen und Herren, warum 40 % der alleinerziehenden Mütter Hartz IV beziehen müssen. Das hat doch Gründe. Es liegt auch an ultraflexiblen Arbeitszeiten in Dienstleistungsbranchen, die mit der Betreuung von kleinen Kindern unvereinbar sind.

Durch Ihre Entrechtungspolitik drängen Sie alleinerziehende Mütter vom Arbeitsmarkt. Es gibt doch kein Kitaangebot, das in der Lage wäre, zusätzliche

Sonntagsschichten, Arbeitszeiten bis 24 Uhr oder Siebentagewochen aufzufangen. Das gibt es nicht. Und Sie werden ein solches Angebot überhaupt nicht zustande bringen, meine Damen und Herren. Sie doch nicht!

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Kurzum: Ihre Politik ist frauenfeindlich, sie ist familienfeindlich, und sie ist im Übrigen auch verfassungswidrig, was die schon anrollende Klagewelle gegen Ihr Gesetz beweisen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Ein außerordentlich düsteres Kapitel der Entfesselungs- und Entrechtungspolitik dieser Koalition wird der Mieterschutz sein. CDU und FDP sind nach wie vor fest entschlossen, die Mietpreisbremse abzuschaffen, die Umwandlung von Miet- in Ferienwohnungen zu erleichtern und die Kündigungsfristen bei Eigenbedarfsklagen zu verkürzen.

Mehr als 10 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen werden davon betroffen sein. Viele von ihnen werden bald noch höhere Mieten zahlen müssen.

(Henning Rehbaum [CDU]: Weil Sie keine Wohnungen gebaut haben!)

Zu viele von ihnen werden sich das Leben in ihren Wohnungen nicht mehr leisten können. – Sie können ruhig lachen. Aber das ist so. Und das droht längst nicht mehr nur Geringverdienern, sondern mittlerweile auch Familien aus der Einkommensmitte in Düsseldorf, in Köln, in Münster und in vielen anderen Städten unseres Landes.

Durch die geplante Entrechtung von Millionen Mietern in Nordrhein-Westfalen wird doch keine einzige neue und bezahlbare Wohnung entstehen. Im Gegenteil: Die Wohnungsnot wird noch größer werden.

Aber was antwortete der Ministerpräsident, als er von Anne Will vor einem Millionenpublikum auf die geplante Abschaffung der Mietpreisbremse angesprochen wurde?

(Marc Herter [SPD]: Das war ein Highlight!)

Rechtfertigte er die Pläne seiner Koalition? Nein, er leugnete sie. Niemand in NRW habe die Absicht, die Mietpreisbremse abzuschaffen.

(Lachen von der SPD – Sarah Philipp [SPD]: Guter Mann!)

Er sagte die Unwahrheit. Die Aufzeichnung vom 27. August 2017 ist immer noch in der ARD-Mediathek abrufbar.

(Nadja Lüders [SPD]: In der „heute-show“!)

Ab Sendeminute 55 kann man mit ansehen, wie aus Ängstlichkeit um Ruf und Image plötzlich Panik wird.

Vor Armin Laschet saß im Übrigen eine alleinerziehende Mutter, die sich ihre Wohnung nicht mehr leisten kann und schon bald mit ihren Kindern ausziehen muss, aber keine neue Wohnung findet.

Da kann man – das gebe ich gerne zu – mit der Abschaffung von Mieterrechten natürlich nicht punkten.

Trotzdem, Herr Laschet: Von einem Ministerpräsidenten muss man erwarten, dass er aufrecht und ehrlich seine Politik rechtfertigt. Was Sie sich da geleistet haben, war Ihres Amtes nicht würdig, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Mietwohnungspolitik der Koalition hat gravierende Auswirkungen auf die Heimat und das Heimatgefühl der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Diese Regierung rühmt sich, für Heimat ein eigenes Ministerium geschaffen zu haben. Aber was versteht denn Ihre Ministerin unter Heimat? Und noch wichtiger: Was versteht sie unter Heimatpolitik?

Wenn man zusammensucht, was sie in den letzten Monaten dazu gesagt und auf den Weg gebracht hat, findet man fast ausschließlich Reminiszenzen an die gute alte Zeit: Förderprogramme für Denkmalschutz und Traditionspflege, Straßenschilder in Plattdeutsch, die geplante Show „Promis erzählen von früher“, nicht zuletzt das große Lob für Mutters Bohneneintopf.

Ich suche die Ministerin.

(Zurufe von der SPD: Sie kocht gerade! – Sie sucht die Heimat! – Sie ist in der Heimat!)

Ich will ihr nämlich Folgendes sagen – man kann es ja an sie weitergeben –: Die Ministerin wäre die ideale Direktorin eines Freiluftmuseums. Aber ihr bisheriges Wirken qualifiziert sie nicht für das Amt der Heimatministerin.

(Beifall von der SPD)

Für das, was da erzählt wird, was sie vorhat, gilt: Das kann man ja alles machen – am Rande. Aber das darf doch nicht im Zentrum stehen. Wenn Heimat zu einem Museum wird, gibt es sie nicht mehr. Heimat muss doch Zukunft bedeuten. Politik für die Heimat der Menschen ist Politik für öffentliche Lebensqualität, für lebenswerte Städte, für Gemeinden und Wohnviertel mit ansehnlichen Straßenzügen,

(Henning Rehbaum [CDU]: Industrieparks!)

mit guter ÖPNV-Anbindung, mit guten Schulen und Kitas, die schnell erreichbar und gebührenfrei sind, mit fußläufig erreichbaren Ärzten und Einkaufsmöglichkeiten.

(Zurufe von der CDU)

Nicht zuletzt geht es um gute und bezahlbare Wohnungen. Damit bin ich wieder beim Thema. Sie schaffen nicht nur Mieterschutzrechte ab; sie kürzen auch den öffentlich geförderten Mietwohnungsbau, und zwar drastisch, nämlich um fast 30 %, meine Damen und Herren. Gerade in einer Zeit, in der die Wohnungsnot immer schlimmer wird, reißen Sie Dämme gegen Mieterhöhungen nieder und verknappen absichtlich das Angebot an neuen mietpreisgebundenen Wohnungen.

Das ist alles so falsch, so verrückt und so ideologiegesteuert, dass ich mich frage, ob Sie Wohnungsnot überhaupt für ein Problem halten, um das sich eine Regierung kümmern müsste. Ich glaube das nicht mehr. Ihnen scheint das Problem egal zu sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Fest steht jedenfalls eines: Diese Marktentfesselungs-ideologie dieser Mitte-rechts-Regierung wird scheitern. Mit ihr wird diese Regierung scheitern. Allerdings werden sich bis dahin zu viele Menschen in Nordrhein-Westfalen ihre Wohnungen und schlimmstenfalls auch ihre Heimatorte nicht mehr leisten können. Das wird das zweifelhafte Vermächtnis dieser Heimatministerin sein.

Meine Damen und Herren, die beiden Regierungsparteien haben ihren Wahlkampf vor allem mit den Themen „Bildung“ und „innere Sicherheit“ bestritten. Sie haben mit großem Erfolg den Eindruck erweckt, als hätten sie durchdachte Konzepte in den Schubladen, die nur darauf warteten, verwirklicht zu werden.

(Zuruf von der CDU: Nur keinen Neid!)

Jetzt, nach einem halben Jahr Schwarz-Gelb, müssen wir feststellen: Dem ist gar nicht so. „Learning by Doing“ lautet das Motto. Improvisation gilt jetzt als Regierungskunst.

In der Schulpolitik wurden bisher nur hehre Ziele verkündet, aber keine Konzepte vorgestellt: kein Konzept für Bildungsgerechtigkeit, kein Konzept für einen reibungslosen Übergang zu G9 und erst recht kein Konzept gegen den Lehrermangel. Frau Ministerin Gebauer, Sie laufen Gefahr, Ihre Energien für Schein- und Übergangslösungen zu verschwenden. Den Lehrermangel werden Sie weder durch Seiteneinsteiger noch durch halbherzige Werbekampagnen beheben.

(Zurufe von der CDU)

Es hat doch seinen Grund, warum das Lehramtsstudium lang und anspruchsvoll ist.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Kinder in Nordrhein-Westfalen brauchen Lehrerinnen und Lehrer mit der bestmöglichen Ausbildung.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Aber nicht erst seit einem Jahr!)

Aus diesem Grund werden Sie zwei grundlegende Entscheidungen treffen müssen.

Erstens: eine qualitative und quantitative Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen mit mehr Studienplätzen und einer besseren Betreuung der Studierenden.

Zweitens: gleiche Besoldung für die gleiche Ausbildung,

(Dietmar Brockes [FDP]: Wer hat denn da gar nichts gemacht?)

und zwar unabhängig von der Schulform. Das bedeutet: A13 auch für Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer.

(Beifall von der SPD)

Frau Ministerin, eine Spitze kann ich Ihnen nicht ersparen. Sie betrifft den Unterrichtsausfall. Zu Ihren Oppositionszeiten haben Sie uns immer erzählt, im Zeitalter der Digitalisierung sei nichts einfacher als die schulscharfe Erfassung des Unterrichtsausfalls;

(Zuruf von der SPD: Das stimmt; das hat sie gesagt! – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

dazu müsse man nur einen Knopf drücken; das lasse sich doch ratzfatzt einrichten.

Diesen Knopf gibt es nach 204 Tagen Schwarz-Gelb immer noch nicht.

(Zuruf von der SPD: Den hat sie noch nicht gefunden!)

Was es aber gibt, sind 183 neue Stellen allein zur Erfassung des Unterrichtsausfalls –

(Zurufe von der CDU)

183 Beamte und Angestellte, um einen Knopf zu drücken.

(Beifall von der SPD – Sarah Philipp [SPD]: Nicht schlecht! Das ist ordentlich!)

Frau Ministerin, ich weiß ja nicht, wer sich das bei Ihnen ausgedacht hat. Aber es muss ein großer Lorient-Fan gewesen sein.

(Heiterkeit von der SPD)

Noch unterhaltsamer ist freilich die Posse, die diese Regierung mit der sogenannten Bosbach-Baum-Kommission zur inneren Sicherheit aufgeführt hat. Dabei hätte man doch glauben können, dass die CDU, die innere Sicherheit ihre Kernkompetenz nennt, eine solche Kommission überhaupt nicht nötig hätte.

Umso erstaunter ist man, wenn man den Themenkatalog der Kommission gelesen hat: Aufgaben der Polizei, Ausstattung der Polizei, Personalbedarf der

Polizei, nationale und internationale Zusammenarbeit der Polizei und vieles mehr. Das ist deshalb so erstaunlich, weil das Land schon seit Längerem eine Organisation mit Expertinnen und Experten für diese Themen hat. Sie nennt sich Innenministerium.

Die Fragen, um die sich Ihre eigenartige Kommission nun kümmern soll, sind eigentlich das Alltagsgeschäft des Innenministeriums. Irgendwann gegen Ende der Legislaturperiode soll die Kommission ihre Ergebnisse vorlegen. Womit sollen sich in der Zwischenzeit der Innenminister und seine Beamtinnen und Beamten beschäftigen? Etwa mit so peinlichen PR-Clownerien wie den sogenannten Sicherheitspartnerschaften zwischen Regierung und Taxifahrern?

(Dr. Marcus Optendrenk [CDU]: Blitzmarathon!)

„Vorgegaukelte Sicherheit“ nennt der WDR das.

(Beifall von der SPD – Zuruf)

„Augenwischerei“ nennt es die „Neue Westfälische“, und einen „PR-Gag“ nennt es das „Westfalen-Blatt“. Die „Rheinische Post“ schrieb gar von „Sicherheitspolitik auf Pfadfinder-Niveau“. Ich habe dem nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die Wahrheit über die Bosbach-Baum-Kommission ist indes banal: Sie war ein Wahlkampf-Gag. Jetzt, nach der Wahl, ist sie nur noch lästig. Sie hängt Ihnen zwischen den Zähnen wie ein sehniges Schnitzel.

(Vereinzelt Heiterkeit von der SPD)

Deshalb wurde sie mit derart vielen Themen und Aufgaben überfrachtet, dass sie im Regierungsalltag nicht mehr stören kann. Die Bosbach-Kommission ist eine „Man-müsste-mal“-Kommission ohne praktische Relevanz.

Gerhart Baum hat das schnell erkannt. Dafür war ihm seine Zeit zu schade. Ich kann das gut verstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Marc Herter [SPD]: Sein guter Ruf auch!)

Nach sechs Monaten im Amt deutet sich also einmal mehr an, dass diese Koalition auch in der inneren Sicherheit mehr versprochen hat, als sie halten kann.

Die Wirtschafts- und Industriepolitik ist ein weiteres Feld, auf dem sich die vollmundigen Versprechungen dieser Regierung so schnell auflösen wie Frühnebel in der Morgensonne.

So erklärte der Ministerpräsident in den „Westfälischen Nachrichten“:

„Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die auch den energieintensiven Industriesparten Stahl, Aluminium, Chemie, Glas und Papier einen zukunftssicheren Standort in Deutschland, nicht zuletzt in Nordrhein-Westfalen, bietet.“

So weit ist das richtig, Herr Ministerpräsident. Allerdings brauchen wir dafür auch eine Landesregierung, die mit vollem Einsatz für einen zukunftssicheren Industriestandort arbeitet. Aber die haben wir seit Juni nicht mehr.

Was wir haben, das ist eine Landesregierung, die mit vollem Einsatz in politische PR-Ballons pustet – mit vollem Einsatz! Diese Regierung schafft es ja noch nicht einmal – das ist doch peinlich –, einen Stahlgipfel zuwege zu bringen. In einer Zeit, in der Tausende Beschäftigte in Duisburg, in Mülheim, in Mönchengladbach und in vielen anderen Städten Angst um ihre Arbeitsplätze haben müssen, laden Sie zu einem Gipfel ein, um über allgemeine Leitlinien der Industriepolitik zu diskutieren.

Gleichzeitig verweigern Sie den eingeladenen Vertretern der IG Metall und den Betriebsräten ein Gespräch über einen Beitrag der Landesregierung zur Rettung bedrohter Industriearbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Sie wollten mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten noch nicht einmal reden.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Wir haben mit denen geredet!)

Diese Landesregierung wollte noch nicht einmal zuhören. Als Komparsen für einen PR-Gipfel waren Ihnen die Arbeitnehmervertreter willkommen, aber nicht als Gesprächspartner, die Sorgen vortragen und kritische Fragen stellen,

(Ministerpräsident Armin Laschet: Das ist doch Quatsch!)

und das in Nordrhein-Westfalen, dem Mutterland der Sozialpartnerschaft. Was würde wohl Karl Arnold darüber denken? Er würde sich für seine Partei schämen, meine Damen und Herren. Schämen würde er sich!

(Beifall von der SPD)

Niemand kann doch den Gewerkschaften verdenken, dass sie sich nicht als Staffage für eine PR-Veranstaltung benutzen lassen wollen.

Der Ministerpräsident hatte in seiner Regierungserklärung versprochen, unter seiner Führung werde Nordrhein-Westfalen einen nie gekannten Einfluss auf die Bundespolitik ausüben.

Wie groß sein Einfluss tatsächlich ist, war dann im Vorfeld des ersten Dieseltgipfels zu beobachten. Nach dem Motto „fordern, was ohnehin kommen wird“ gab er bereits von anderen ausgehandelte Ergebnisse des Gipfels als knallharte NRW-Forderungen

ungen aus. In Berlin – das haben wir ja alle gemeinsam erlebt – hat man darüber gelacht, weil jeder wusste, welchen Anteil der NRW-Ministerpräsident an dem ausgehandelten Maßnahmenpaket hatte – nämlich gar keinen.

Für unser Land hat der Ministerpräsident nichts erreicht – bis heute nicht. Dabei hat der Dieselskandal kein Bundesland härter getroffen als Nordrhein-Westfalen. Das gilt sowohl für die Gesundheitsgefahren durch überhöhte Stickstoffemissionen als auch für die Anzahl der Städte, in denen nun Fahrverbote drohen. Und noch immer hat diese Landesregierung keine Maßnahmen durchsetzen können, die die Gesundheit der Menschen schützen und Fahrverbote abwenden würden.

Schlimmer noch: Sie haben noch nicht einmal einen Plan dafür. Ihre einzige Hoffnung ist das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, das in letzter Sekunde die Fahrverbote stoppen könnte. Das ist der Strohalm, an den sich die Regierung klammert. Wenn dieser Strohalm aber umknickt, dann, verehrte Kollegen Laschet und Wüst, werden die unausweichlichen Fahrverbote auch Ihre Fahrverbote sein. Denn Sie haben nichts dagegen getan, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Jamaika-Sondierungen waren dann die nächste große Bewährungsprobe für den bundespolitischen Einfluss des Ministerpräsidenten. Und tatsächlich hatte er für sich eine Hauptrolle vorgesehen: Für die Interessen Nordrhein-Westfalens und seiner Industrie werde er in Berlin einen Krach anfangen, wenn es sein müsse. Schließlich gehe es um Zehntausende Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen, je nachdem, wie real oder unreal man glaubt, die Energiepolitik ordnen zu müssen, so Armin Laschet im Vorfeld der Jamaika-Verhandlungen.

Schon als Oppositionsführer – das haben wir noch gut in Erinnerung – sparte er beim Thema „Energie und Braunkohle“ nicht mit Pathos. Wäre er Ministerpräsident, so Armin Laschet in der Debatte zum Haushalt 2015, dann würde er – Zitat – „für den letzten, den allerletzten und für jeden einzelnen Arbeitsplatz im Bereich der Braunkohle kämpfen.“ Denn das diene unserem Land.

Doch dann konnte man am 27. November in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ nachlesen, was es konkret bedeutet, wenn Armin Laschet für die Interessen Nordrhein-Westfalens einen Krach anfängt, um für den letzten, den allerletzten und für jeden einzelnen Arbeitsplatz zu kämpfen. Da kann man das nachlesen.

An einem späten Mittwohabend diskutierte er bei einem Glas Wein mit der Bundeskanzlerin und ihrem Kanzleramtschef über die deutschen Klimaschutz-

ziele und die Zukunft der Braunkohle. Die Bundeskanzlerin wollte den Grünen anbieten, die Leistung der Kohlekraftwerke um 7 GW zu reduzieren. Das hätte in der Folge nicht nur zu höheren Stromkosten geführt und die Versorgungssicherheit gefährdet, sondern das hätte auch Tausende Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen bedroht – nicht nur im Energiesektor. – Das war allen klar, auch Ihnen, Herr Laschet.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Für den NRW-Ministerpräsidenten wäre das ja der Zeitpunkt gewesen, um einen Krach anzufangen, um endlich Einfluss zu nehmen. Doch was tat der Ministerpräsident? Er sagte: Okay, dann bieten wir eben 7 GW an. – Das war alles. Das war sein Kampf für die Interessen unseres Landes.

Herr Ministerpräsident, wie lange hat denn dieser Kampf gedauert? Ein Glas Wein oder zwei Gläser? Ein halbes Stündchen oder ein ganzes? Ganz gleich, wie lange: Der Ministerpräsident war doch bereit.

Ich zitiere:

Den Industriestandort Nordrhein-Westfalen vorwiegend zu schwächen, das ist das bittere Fazit, das Christian Lindner nach den Jamaika-Sondierungen ziehen musste.

Und er fügte hinzu:

„Ganz NRW wäre von dieser Jamaika-Politik betroffen gewesen. Bei sieben Gigawatt weniger Kohlestrom wäre es im rheinischen Braunkohlenrevier zu ‚echten Strukturbrüchen‘ und sozialen Verwerfungen gekommen.“

Wohlgemerkt, die Rede ist von einem Ministerpräsidenten, der einst beteuert hatte, für jeden Industriearbeitsplatz kämpfen zu wollen. Das war das Ergebnis des Abends bei einem Glas Wein mit der Bundeskanzlerin.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

„Die Wahrheit ist, dass Armin Laschet NRW-Industriearbeitsplätze auf dem schwarz-grünen Koalitionsaltar geopfert hätte.“

Auch das sind nicht meine Worte. Das ist das vernichtende Urteil von Johannes Vogel, dem Generalsekretär der NRW-FDP. Es ist das vernichtende Urteil, Herr Ministerpräsident, Ihres eigenen Koalitionspartners in Nordrhein-Westfalen. So viel zu Ihrem Durchsetzungsvermögen im Bund, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Nach gut sechs Monaten im Amt steht fest: Für Nordrhein-Westfalen kämpft der Ministerpräsident nur in Interviews. Er ist ein Held des Wortes, aber schwach in der Tat.

Ja, Herr Ministerpräsident Laschet, ich muss Ihnen das sagen: Sie sind ein schwacher Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD – Lachen und Zurufe von der CDU: Oh!)

Ihre Aufbruchsrhetorik wirkt gekünstelt, Ihr Optimismus aufgesetzt, Ihr sozialpolitisches Mitgefühl bloß ausgestellt. Sie wollten ein Ministerpräsident sein, der das Selbstbewusstsein eines stolzen Nordrhein-Westfalens verkörpert.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Wir können ja so viel von Ihnen lernen!)

Nun sind Sie ein Ministerpräsident, der Fehlentscheidungen, Misserfolge und Blamagen zu verantworten hat – politische und personelle im Bund und im Land. So viel als Fazit zu Ihrer ersten Zeit.

Und jetzt rufen Sie die Sozialdemokratie zur Hilfe. „In der Industriepolitik setze ich auf die SPD“, haben Sie gesagt. Jetzt sollen wir Ihnen aus der Patsche helfen.

(Lachen und Zurufe von der CDU: Oh! – Michael Hübner [SPD]: Da müsst ihr selber lachen!)

Jetzt sollen wir über die Bundespolitik für Weichenstellungen und Investitionen sorgen, die Sie selbst nicht zustande gebracht haben – in der Industrie- und Energiepolitik, beim Wohnungsbau oder bei Investitionen in ein besseres und gerechteres Bildungssystem. Tatsächlich – ja, ich gebe es zu – hat die SPD in den fünf Tagen der Sondierungen in Berlin mehr für Nordrhein-Westfalen erreicht als der Ministerpräsident in den wochenlangen und schließlich gescheiterten Jamaika-Verhandlungen. Ja, das ist so.

(Beifall von der SPD – Marc Herter [SPD]: So ist das! – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP] – Zurufe von der CDU)

– Die Wahrheit tut weh; ich weiß das.

In ihrer Not greift die Regierung des Ministerpräsidenten jetzt in der Landespolitik selbst auf sozialdemokratische Rezepte zurück, indem sie die industriepolitischen Leitlinien der Regierung Kraft übernehmen will. Das ist auch nicht falsch; das ist gut und richtig für unser Land.

In den letzten fünf Jahren unserer Regierungszeit sind in Nordrhein-Westfalen mehr als 700.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden, allein 400.000 in den letzten zwei Jahren. In Nordrhein-Westfalen gibt es ein robustes Wirtschaftswachstum und einen Gründerboom, und nichts, aber auch gar nichts davon geht auf das Konto dieser Koalition, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Herr Römer, gestatten Sie die Zwischenfrage des Abgeordneten Beckamp?

Norbert Römer (SPD): Halten wir das einmal fest: Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen steht es zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb – Stand heute – 700.000 zu null. Den Rückstand müssen Sie erst einmal aufholen.

Präsident André Kuper: Herr Römer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Norbert Römer (SPD): Nein.

Präsident André Kuper: Gut.

Norbert Römer (SPD): Gleichwohl weiß ich, dass die vielen Arbeitsplätze, die im Dienstleistungssektor entstanden sind, bei Weitem nicht so gut bezahlt sind und weniger soziale Sicherheit bieten als die Arbeitsplätze in der Industrie. Ich weiß auch, dass die Menschen, die dort Arbeit gefunden haben, nicht das Gefühl haben, ihnen sei irgendetwas geschenkt worden.

Zu viele Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, müssen befürchten, dass ihre Rente trotzdem nicht reichen wird oder dass ihre Kinder nicht die Aufstiegschancen haben, die sie verdienen. Sie befürchten, dass Bildung, Aufstieg und soziale Sicherheit ein Nullsummenspiel sind: Deine Chancen gehen zulasten meiner Chancen. – Doch das darf und muss auch nicht sein.

Wir haben in unserer Regierungszeit vieles auf den Weg gebracht, um dieses Nullsummenspiel zu beenden. Wahrscheinlich war das nicht genug – ich weiß das –; denn wenn wir alles richtig gemacht hätten, hätten wir die Wahl nicht verloren. Das ist völlig klar.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Nein, doch nicht komplette Amnesie!)

– Ja, wir haben das durchaus begriffen, und das arbeiten wir jetzt auf.

CDU und FDP haben ihren Erfolg nicht begriffen. Sie glauben, Sie könnten mir Ihrer Marktentfesselungs-ideologie einfach dort weitermachen, wo Sie 2010 aufhören mussten.

Diese Landesregierung wollte die Menschen glauben machen, sie hätte einen Zauberstab, mit dem sie die Probleme des Landes lösen könnte. Doch dem ist nicht so. Das Einzige, was sie anzubieten hat, ist das Programm einer profanen Mitte-rechts-Regierung: Deregulierung und Marktentfesselung. Das ist das Einzige, was Sie anzubieten haben.

Diese Regierung kann nicht zaubern. Sie ist inzwischen schon entzaubert. Bereits nach fünf Monaten war die Regierung Laschet – ich habe es vorhin einzeln nachgewiesen –

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

eine Regierung gebrochener Versprechen. Nach fünf Jahren wird sie eine Regierung der enttäuschten Hoffnungen sein.

Für mehr Gerechtigkeit, für Innovation, für soziale Sicherheit bedarf es auf Dauer neuer Mehrheiten, und zwar jenseits der Union in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank für das Zuhören. Glück auf für unser Land, meine Damen und Herren!

(Anhaltender Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Herr Römer, bleiben Sie bitte am Redepult stehen. Es gibt eine Kurzintervention der AfD. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Beckamp das Wort.

Norbert Römer (SPD): Das ist zwar unüblich, aber in Ordnung.

Roger Beckamp (AfD): Vielen Dank, Herr Römer. Der Raum füllt sich immer mit sozialer Wärme, wenn Sie sprechen. Das war auch heute wieder der Fall. Vielen Dank dafür.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich frage mich, ob diese soziale Wärme auch zu spüren war, als Sie gestern mit den anderen Fraktionen, außer uns, im Hinterzimmer ausgekugelt haben, dass die Personalausgaben für Mitarbeiter von Abgeordneten und Fraktionen um 14 Millionen € aufgestockt werden. War da auch eine soziale Wärme im Raum zu spüren? Haben Sie da an die alleinerziehende Mutter Jennifer gedacht? Haben Sie dabei auch an die Arbeitslosen in der Stahlbranche gedacht?

Das sind Fragen, die ich mir stelle, die ich leider nicht zwischendurch stellen konnte, weil Sie das nicht zugelassen haben. Insofern fassen Sie es als rhetorische Fragen auf.

Mit keiner Silbe haben Sie in Ihrer Rede erwähnt, dass Sie, ohne den Haushaltsausschuss in irgendeiner Form hinzuzuziehen, im Hinterzimmer einfach 14 Millionen € mehr aus der Staatskasse geholt, sich den Staat zur Beute gemacht haben. Das ist Ihnen keine Debatte wert. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Norbert Römer (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir nehmen unsere Verantwortung als Opposition wahr. Ich gehe davon aus, dass CDU und FDP als Regierungskoalition dies genauso handhaben. Das ist gerade in meiner Rede deutlich geworden. Ich bin gespannt, wie Sie darauf reagieren werden.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Römer. – Für die CDU hat nun Herr Löttgen das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor Beginn einer abschließenden Haushaltsberatung in dritter Lesung fragt man sich: Tritt das Erwartbare ein, eine Fundamentalkritik der Opposition am Regierungshandeln, oder sind vielleicht konstruktive Ansätze erkennbar? Antwort: Beides war der Fall. Viel vom Ersten, sehr wenig leider vom Zweiten.

Trotzdem will ich für die konstruktiven Beratungen einiger Haushaltsanträge – zur NRW-Stiftung, zur Kriegsgräberfürsorge, den Gedenkstättenfahrten oder auch einem „Haus der Landesgeschichte“ – ausdrücklich auch den beiden Oppositionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen danken.

Zur Kritik des Fraktionsvorsitzenden Norbert Römer: Zunächst, Herr Römer, muss ich mich herzlich dafür bedanken, dass Sie so eng und so nah am Haushalt gesprochen haben. Es war für jeden erkennbar, dass der Haushalt Grundlage Ihrer Rede war.

(Svenja Schulze [SPD]: Genau!)

Sie verzeihen mir den Sarkasmus, der da mit-schwingt. Aber wäre Ihre Rede mit Vermutungen, mit Berichten vom Hörensagen, mit Fischen im Trüben Gegenstand der allmorgendlichen „Copacabana“-Boys Jötz, Jürgen und Jünter im Radio gewesen, dann wäre vermutlich auch deren immer wiederkehrendes Fazit für Ihre Rede die richtige Zusammenfassung: Klingt interessant, war es aber nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Marc Herter [SPD]: Das war aber falsch zitiert! – Nadja Lüders [SPD]: Wir sind jetzt mal auf Ihre Rede gespannt!)

Im Übrigen zitiere ich, was Ihre Kritik an der Heimatministerin angeht: „Nur wer weiß, woher er kommt, weiß, wohin er geht.“ Dazu sage ich Ihnen: Lieber einmal und ab und zu an früher denken, als ständig, wie Sie, im Gestern leben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das, lieber Herr Römer, ist auch in einer sehenswerten Fernsehsendung des WDR am 5. Januar um 20:15 Uhr mit dem Titel „Der lange Abschied von der Kohle“ deutlich geworden, unterlegt von einem höchst hörenswerten Soundtrack der Bochumer Symphoniker.

Mich jedenfalls haben die Lebensgeschichte und viel mehr noch die Gesichter und Emotionen der Berg-

leute daran erinnert, was unsere gemeinsame Aufgabe in diesem Landtag ist: Bei allem Streit, bei allem, was uns trennt, tragen wir eine gemeinsame Verantwortung für unser Land. Wir werden nicht nur als Parteien, nicht als Fraktionen, sondern als Politiker daran gemessen, ob es uns gelingt, die großen Probleme unseres Landes zu lösen.

Deshalb hat die Einordnung von Herrn Professor Heinrich Theodor Grütter, Direktor des Ruhr Museums, gegen Ende des Films, wie ich meine, über das Ruhrgebiet hinaus für uns alle in Nordrhein-Westfalen besondere Bedeutung. Ich zitiere:

Wenn die letzte Zeche geschlossen wird, ist, glaube ich, allen Beteiligten klar, dass das, was früher war, nie wieder kommen wird und wir uns jetzt endgültig in die Zukunft hineinbewegen, und das ist ein mentaler Bruch. Das ist das, wo wir im Moment noch einmal daran erinnert werden – kulturell –, woher wir kommen, wo wir sind und wohin wir gehen. In diesem Moment befinden wir uns derzeit, und das ist ein spannender Moment, auch ein wichtiger Moment, weil jetzt, glaube ich, alle Fragen der Neuorientierung zielgerichtet noch einmal zur Verhandlung stehen. Und das ist, glaube ich, noch einmal die Chance des Ruhrgebiets zur Ausrichtung für die nächsten Jahrzehnte.

Soweit Herr Grütter.

Alle Fragen einer notwendigen Neuorientierung zielgerichtet betrachten, Chancen zur Neuausrichtung für die nächsten Jahrzehnte nutzen, sich bewusst werden, woher wir kommen, wo wir sind und wohin wir gehen, besser kann man die Herausforderungen der nordrhein-westfälischen Politik, aber auch die Zielvorstellungen unserer NRW-Koalition nicht beschreiben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sarah Philipp [SPD]: Wann kommt etwas zum Haushalt?)

Zu diesen Zielvorstellungen gehört es, die Interessen des einwohnerstärksten Bundeslandes, des Energie- und Industrielandes Nummer eins mit Nachdruck auf der Bundesebene in Berlin zu vertreten.

Schaffen wir es in Nordrhein-Westfalen, neue Kräfte und Potenziale zu entfesseln, dann ist das gut für Deutschland und für Europa. Ich will deshalb Ministerpräsident Armin Laschet ausdrücklich für seinen unermüdlichen Einsatz während der vielen Sondierungsgespräche in den zurückliegenden Wochen danken.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das gilt ebenso für das große Engagement unseres stellvertretenden Ministerpräsidenten Joachim Stamp

und weiterer Regierungsmitglieder während der Jamaika-Sondierung. Dabei ist mit Blick auf die Sondierungsgespräche mit der SPD in der vergangenen Woche eine interessante Ambivalenz in der Berichterstattung und Kommentierung zu bemerken.

(Nadja Lüders [SPD]: Und im Haushalt?)

Nimmt man die Mühen der Hin- und Rückfahrten auf sich, um einen lange zugesagten Termin in Nordrhein-Westfalen wahrzunehmen, wird dem Ministerpräsidenten unterstellt, er vernachlässige die Interessen seines Landes bei den Verhandlungen.

(Marc Herter [SPD]: Ja, tut er ja auch!)

Verhandelt er aber einen ganzen Tag und eine ganze Nacht in Berlin, bemängelt man seine fehlende Präsenz im Heimatland.

Ich darf feststellen, meine Damen und Herren: Beides ist falsch. Politik für Nordrhein-Westfalen wird in Nordrhein-Westfalen gemacht, ja, aber sie endet doch nicht an den Grenzen unseres Bundeslandes. Auch und gerade in Berlin und in Brüssel kann und muss man sich um die Belange Nordrhein-Westfalens kümmern.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Viel zu lange hat unser Land sein Gewicht bei wichtigen Verhandlungen in Berlin und Brüssel nicht in die Waagschale geworfen. Das politische und wirtschaftliche Schwergewicht Nordrhein-Westfalen war abgemeldet und die Verantwortlichen meist abgetaucht. Ich freue mich, dass unser Land durch den Ministerpräsidenten und die Mitglieder der Landesregierung jetzt wieder mit einer starken Stimme dort vertreten wird.

(Zurufe von Stefan Zimkeit [SPD] und Michael Hübner [SPD])

– Ich füge hinzu, Herr Hübner: Auch in den Ergebnissen der Sondierungsgespräche mit der SPD ist die nordrhein-westfälische Handschrift klar erkennbar. Das ist aus meiner Sicht eine gute Grundlage zur Aufnahme von Koalitionsgesprächen.

Zu diesem Ergebnis beigetragen hat auch der Einsatz des Landesvorsitzenden der SPD, Michael Groscheck, dem ich – auch wenn er nicht mehr Mitglied Ihrer Fraktion ist – ausdrücklich Anerkennung für seine abgewogene Stellungnahme zu den Sondierungsergebnissen zolle.

(Beifall von der CDU)

Die 28 Seiten beschreiben die zentralen Fragen und Herausforderungen für die Bundesrepublik in den kommenden Jahren.

(Michael Hübner [SPD]: Kommt dazu noch ein Haushaltsentwurf von Ihnen?)

Die unterscheiden sich – das ist wenig überraschend – kaum von den Fragen, die wir für unser Bundesland beantworten müssen, und den Herausforderungen, die in Nordrhein-Westfalen vor der Tür stehen – vieles übrigens seit Jahren nicht angepackt, seit Jahren ungelöst.

Der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2018 – mit Einnahmen in Höhe von 74,5 Milliarden € und Ausgaben in der gleichen Höhe – gibt die richtige Antwort auf die Herausforderungen und unterlegt die Ziele der NRW-Koalition mit den notwendigen Haushaltsmitteln. Dabei ist dies seit 44 Haushaltsjahren der erste Landeshaushalt, der ohne neue Schulden auskommt.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Falsch!)

Das ist zu Recht historisch zu nennen und ein längst überfälliger Beitrag zur Generationengerechtigkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Die NRW-Koalition legt nach diesem Zeitraum den ersten Haushalt vor, der Einnahmen und Ausgaben in Balance bringt – verbunden mit dem Versprechen der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, diese Balance bei allen regulären Haushalten während der gesamten Legislaturperiode nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern jede Möglichkeit zu nutzen, um vorhandene Schulden abzubauen.

(Zuruf von der SPD: Das merkt man diesem Haushalt an!)

Die schwarze Null ist kein Fetisch, wie es eine ehemalige Ministerpräsidentin einmal formulierte, den es so schnell wie möglich zu erreichen gilt, und dann ist es gut. Im Gegenteil! Dass der Staat gerade in Zeiten günstiger Umstände mit den Mitteln auskommt, die er auf der Einnahmenseite verbucht, und zeitgleich den Startschuss zur Auflösung des Investitionsstaus gibt, macht es erst möglich, die Chancen zur Neuausrichtung für die nächsten Jahrzehnte zu nutzen.

Mit der Realisierung von drei Zielen zeigt der Finanzminister – auch bei der Zuordnung der finanziellen Verbesserungen im vorläufigen Haushaltsabschluss 2017 – klare Prioritäten: Neuverschuldung um 500 Millionen € reduzieren, Zukunftslasten absichern, kommunale Familie stärken.

Die Aufstockung des Pensionsfonds um weitere 680 Millionen € zeigt unsere Wertschätzung der guten und wertvollen Arbeit der rund 240.000 Beamtinnen und Beamten, Angestellten und Arbeiter in den Behörden, Landeseinrichtungen und Ministerien. Allein für das Jahr 2017 flossen damit 800 Millionen € zusätzlich in dieses Sondervermögen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

100 Millionen € frei werdende Mittel aus dem Haushalt 2018 nutzen wir, um unsere Kommunen bei der Integration von Flüchtlingen noch stärker entlasten zu können. Das entspricht einem 23%igen Anteil an der vom Bund für NRW vorgesehenen Integrationspauschale von 434 Millionen € für das Jahr 2018.

(Zuruf von Christian Dahm [SPD])

Das unterscheidet die NRW-Koalition von der rot-grünen Vorgängerregierung. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben 2016 und 2017 jeweils 434 Millionen € Bundesmittel vereinnahmt, ohne den Kommunen auch nur einen Cent weiterzuleiten.

(Zurufe von der SPD)

Wir nutzen unsere Möglichkeiten, um den Städten und Gemeinden einen angemessenen Anteil an dieser Integrationsleistung zur Verfügung zu stellen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Sie hatten 100 % versprochen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich möchte unserem Finanzminister Lutz Lienenkämper herzlich danken, der mit diesen Maßnahmen und dem Haushalt 2018 die Basis für eine nachhaltige Finanzarchitektur des Landes Nordrhein-Westfalen gelegt hat.

Auf dieser Grundlage wollen und werden wir Schritt für Schritt

- die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger verbessern,
- ihr Engagement in und für unsere Gesellschaft wertschätzen,
- dem Rechtsstaat in Zeiten terroristischer Bedrohung wirksame Instrumente an die Hand geben und seine Vertreter besser ausstatten und schützen,
- den Aufstieg durch Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ermöglichen,
- individuelle Mobilität für alle ermöglichen – zuverlässig und unkompliziert, auf intakten Brücken und möglichst ohne Stau, mit attraktiven Angeboten im ÖPNV und auf der Schiene,
- den Ausbau der digitalen Infrastruktur beschleunigen mit dem Ziel, die Chancen der Digitalisierung aktiv zu nutzen, um mit einer innovativen, vernetzten Wirtschaft die Voraussetzungen

(Frank Müller [SPD]: Wo lässt sich das im Haushalt ablesen?)

- für Wachstum und Wohlstand von morgen zu schaffen sowie
- den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus verlässlichen sozialen Beziehungen, einer positiven

Verbundenheit der Menschen mit ihrem Gemeinwesen und gelebter Solidarität mit den Schwächeren und Hilfsbedürftigen stärken und fördern.

Präsident André Kuper: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Bodo Löttgen (CDU): Nein. – Wenn man suggeriert, das alles sei im Handstreich zu erledigen – wie Sie es eben noch getan haben, Herr Römer – und die Umsetzung dieser Maßnahmen müsse bereits nach einem halben Jahr Regierungszeit abgeschlossen sein, dann gehört man zu den Menschen, die glauben, dass Bleistifte Rechtschreibfehler machen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Wenn man allerdings, wie die NRW-Koalition, zu denjenigen gehört, die erst zuhören wollen, bevor sie entscheiden und handeln, dann kann man auch ohne Gehirngymnastik feststellen, dass wir es in jeder Legislaturperiode mit Sofortmaßnahmen, mit mittelfristig umsetzbaren Vorhaben und mit langfristigen Projekten zu tun haben.

(Frank Müller [SPD]: Aber die Zeit ist endlich, das wissen Sie schon! – Weitere Zurufe von der SPD)

Auf der Grundlage des Koalitionsvertrags haben wir bereits eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt: mehr Polizeianwärter und mehr Mittel für eine bessere Ausstattung, Leitentscheidung zu G9, Maßnahmen für den Erhalt von Förderschulen und Kita-Rettungspaket, Abbau von Bürokratie und die ersten beiden Entfesselungspakete, damit unsere Unternehmer wieder etwas unternehmen können.

Aber bei vielen dieser Sofortmaßnahmen gibt es keine Sofortwirkung. Das geflügelte Wort meines Fahrlehrers vor langer Zeit beim BKA lautete: Du kannst die Physik nicht überlisten. – Recht hatte er. Sosehr man es auch will und sich wünscht, die Regeln der Physik bleiben bestehen. Und so sehr man sich auch wünschen würde, die 2.300 Kommissaranwärterinnen und -anwärter würden bereits jetzt die Kollegen auf der Straße tatkräftig unterstützen,

(Michael Hübner [SPD]: Jetzt kommt die Überraschung, dass sie in der Ausbildung sind! – Sarah Philipp [SPD]: Das ist ja was Neues!)

so werden wir doch die Geduld aufbringen müssen, ihre dreijährige Ausbildungszeit bis Ende 2020 abzuwarten.

Aber mit dem Haushalt 2018 starten wir mit der Umsetzung mittelfristiger Vorhaben und nehmen langfristige Weichenstellungen für ein innovatives, mobiles und sicheres Nordrhein-Westfalen vor. Viele Menschen zwischen Eifel und Minden-Lübbecke,

zwischen Kleve und dem Siegerland werden am Ende dieses Jahres bereits Verbesserungen erleben.

Wir haben den Anspruch, die Zahl derjenigen, die mit unserer Arbeit zufrieden sind, zu steigern, vor allem aber zu überzeugen, dass die NRW-Koalition Antworten auf die individuell höchst unterschiedlichen Probleme und Sorgen

(Michael Hübner [SPD]: Bingo!)

vieler Menschen im Land findet, und zwar gemeinsam und im Dialog.

Wie kann das in der Lebenswirklichkeit einer Familie in unserem Land aussehen? Wie wird sich die Verabschiedung des Haushalts im Alltag auswirken?

Musterfamilie Schmidt – vielleicht mit „dt“ –, Vater Angestellter, Pendler, Mutter Hausfrau, kommunalpolitisch engagiert, drei Kinder, das jüngste Kind in der Kita, das mittlere in der Eingangsklasse des Gymnasiums, das älteste gerade fertig mit dem Abitur, rüstige Großeltern, beide Rentner.

(Prof. Dr. Rainer Bovermann [SPD]: Beide in der CDU!)

– Sie müssen schon entschuldigen, dass ich hier ein traditionelles Familienbild gewählt habe.

(Michael Hübner [SPD]: Ist doch in Ordnung, dass er CDU gesagt hat! – Sarah Philipp [SPD]: Wir haben nichts anderes erwartet! Alles gut!)

Denn das sind die Familienbilder, mit denen ich jedenfalls – ich weiß nicht, mit wem Sie umgehen – in den meisten Fällen umgehe. Deshalb – tut mir leid – werden Sie mit diesem Familienbild jetzt leben müssen.

(Beifall von der CDU)

Was wird da diskutiert? Wird der Weg zum Arbeitsplatz einfacher? Antwort: Ja. Denn die 11 % Steigerung im Etat des Verkehrsministers werden nicht sofort, aber auf Dauer Wirkung entfalten. 33,5 Millionen € mehr für den Neu- und Ausbau der Landstraßen werden sich ebenso bemerkbar machen wie die Erhöhung um 3 Millionen € für den Radwegebau an Landstraßen. Mit 112 zusätzlichen Stellen, viele davon im Landesbetrieb NRW und in den Bezirksregierungen, wird es zu mehr Planfeststellungsverfahren und schnelleren Genehmigungen kommen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Bei Radwegen!)

Erstmals – auch für Sie, Herr Klocke; das stand bei Ihnen als Grüne natürlich gar nicht auf der Agenda – erhalten Kreise und Gemeinden eine Million €, um Routen für den Schwerlasttransport befahrbar zu machen. Das ist für viele ein Problem, auch wenn Sie es sich nicht vorstellen können. Nicht alle Güter kann man auf Lastenfahrrädern befördern.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Ein Masterplan, meine Damen und Herren, zur Umsetzung des Fernstraßenbedarfsplanes wird erstmals transparent und nachvollziehbar für jeden im Internet abgebildet. Die Gestaltung zukunftsfähiger und vernetzter Mobilitätsangebote vor Ort wird mit 12,5 Millionen € gefördert.

„Was ist drin für eine gute Bildung unserer Kinder?“, fragen sich die Eltern. Antwort: eine ganze Menge. Wir stärken die frühkindliche Bildung durch 150 zusätzliche Kontingente beim Aufbau neuer Familienzentren. Von Nutzen kann auch die Aufstocken von 1,8 Millionen € in der Sprachförderung, im Kita- und Schulbereich sein. Bereits realisiert ist das Kita-Träger-Rettungsprogramm, eine halbe Milliarde €, um die Schließung oder Übertragung der Aufgabe an die Kommunen zu verhindern.

Familie Schmidt hat das bisher nicht bemerkt. Der Betrieb ging ja weiter wie bisher. Wichtig für sie aber könnte sein, dass wir den Zuschuss für die Kindertagespflege von 781 Millionen auf 804 Millionen € erhöhen, oder das Plus von 11 Millionen € im Kinder- und Jugendplan des Landes.

Nicht nur sie als Mutter, sondern gerade ihre Tochter am Gymnasium kann von der Steigerung im Etat der Schulministerin profitieren. Knapp 230 Millionen € mehr bringt die Ausfinanzierung von 2.201 Stellen mit sich, die neu eingerichtet werden. Vielleicht profitiert sie auch von den 1.303 zusätzlichen Planstellen oder der Streichung von 3.299 Vermerken für künftig wegfallende Stellen. Würde sie an einer Inklusionsschule unterrichtet, würde sie sicherlich bemerken, dass 400 Stellen für die Stärkung und Unterstützung und 330 Stellen für multiprofessionelle Teams eingerichtet wurden. Und der Unterrichtsausfall – Sie haben ein kleines Wörtchen vergessen, Herr Römer – wird zukünftig über 183 Ausgleichsstellen flächendeckend erhoben. Die Wirkung wird sie spüren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

„Was wird aus den Berufsaussichten unseres Sohnes, der gerade Abitur gemacht hat?“, fragen sich die Eltern.

(Michael Hübner [SPD]: G8 oder G9?)

Vielleicht, wenn er Abitur gemacht hat, ...

(Michael Hübner [SPD]: In G8 oder in G9? Ist doch eine berechnete Frage!)

– Was wird aus ihm, wenn er Abitur gemacht hat? Herr Hübner, immer zuhören! Es hilft vielleicht bei den Zwischenrufen.

Vielleicht hilft ihm, dem Sohn, und den Eltern bei der Einschätzung die Tatsache, dass in diesem Haushalt die Investitionen für überbetriebliche Ausbildungsstätten von 2 Millionen auf 4 Millionen € verdoppelt

wurden, übrigens erstmals seit Jahrzehnten, und mehr als 8 Millionen € für die Förderung des Handwerks sowie 4,5 Millionen € zusätzlich an Existenzgründungshilfen zur Verfügung gestellt werden.

Entscheidet sich der Sohn für ein Studium, könnte es hilfreich sein zu wissen, dass die Mittel für die Hochschulen nach Bereinigung des Effekts des Hochschulpakts um 297 Millionen € steigen, davon allein 183 Millionen € Mehrausgaben für die Hochschulfinanzierung plus 4,1 Millionen € für die Unikliniken, 12 Millionen € mehr für den Ausbau von IT-Infrastruktur und 7,3 Millionen € für die Stärkung von Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen.

Vielleicht hat aber der Sohn etwas ganz anderes vor und möchte seine innovativen Ideen als Gründer in die Praxis umsetzen. Dann ist es wichtig für ihn zu wissen, dass seine Initiative Unterstützung durch die Landesregierung findet. Er kann zu den tausend Gründen gehören, denen für ein Jahr monatlich 1.000 € zur Verfügung gestellt werden. Er kann zu denjenigen gehören, die von der 2,8-fachen Erhöhung der Mittel im Bereich der Gründungen auf insgesamt 25 Millionen € profitieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

„Stärkt die Landesregierung eigentlich unser Engagement für die Gesellschaft?“, fragt sich eine Familie, die abends zusammensitzt. Ja lautet meine Antwort. Wir fördern ihr Engagement im Sport mit einem Zuwachs von fast 15 Millionen €, davon für die Erhöhung der Übungsleiterpauschale allein 1,8 Millionen €.

Die Mittel für die Denkmalpflege steigen von 13,3 auf fast 20 Millionen €. Wir richten mit einem Zuwachs von 20 Millionen € den höchsten Kulturretat in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen ein. Die Einrichtung dritter Orte, das Jugendensemble NRW, innovative Projekte der freien Szene werden noch einmal mit Fraktionsanträgen um 1 Million € gestärkt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vielleicht, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, interessiert sich die Jüngste ja für die Kinderfeuerwehr. Die Fraktionen von Freien Demokraten und Christdemokraten

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Sie haben meinen Änderungsantrag dazu abgelehnt!)

unterstützen – liebe Frau Schäffer –, unterstützen den Aufbau von Kinderfeuerwehren – 66 gibt es schon in nordrhein-westfälischen Kommunen – mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 1,75 Millionen €.

Viele ehrenamtlich und privat betriebene Projekte – vom Naturschutz über Heimat und Kulturpflege – können mit einer gemeinschaftlich verabredeten Mittelerrhöhung von 2 Millionen € für die NRW-Stiftung im kommenden Jahr realisiert werden.

„Spiegelt sich die gute Laune im Land auch in meiner Gemeinde wider?“, fragt sich die Kommunalpolitikerin Frau Schmidt. Antwort: Ja. Mit rund 1,6 Milliarden € verzeichnet das Gemeindefinanzierungsgesetz einen Zuwachs in 2018 um fast 10 %. Wir leiten in 2018 100 Millionen € aus der Integrationspauschale ebenso weiter wie 217 Millionen € Bundesentlastung. Wir beseitigen die Ungerechtigkeit durch den Kommunal-Soli – 91 Millionen – und schmelzen den Vorwegabzug im GFG erstmals wieder um 31 Millionen € ab. Aber wir ermöglichen es Frau Schmidt als Gemeinderatsmitglied auch wieder, über wichtige Entscheidungen selbst zu bestimmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir stärken mit den Änderungen im Landesentwicklungsplan die kommunale Selbstverwaltung: gegenseitige Deckungsfähigkeit von Pauschalen, Baurecht in Orten auch unter 2.000 Einwohnern, Mitbestimmung bei der Ausweisung von Windkraftflächen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Für uns ist das Wertschätzung gegenüber allen Menschen, die sich an der Basis unserer Demokratie in Städten, Gemeinden und Kreisen ehrenamtlich engagieren, die ihre Freizeit in Sitzungen verbringen und nicht auf der Couch und damit wertvolle Arbeit für uns als Gesellschaft leisten.

„Was tut die Landesregierung, damit wir auch in Zukunft sicher leben?“, steht abschließend eine Frage im Raum, die sich nicht nur Familie Schmidt stellt. Wir investieren in Personal und bessere Ausstattung für unsere Polizei und Sicherheitsorgane. Der Haushaltsansatz von 35 Millionen € für den Erwerb von Ausrüstung wird noch einmal um 5 Millionen € auf mehr als 40 Millionen € erhöht.

Neue Einsatzszenarien erfordern einen besseren Schutz unserer Beamtinnen und Beamten. Dem tragen wir Rechnung. Wir schaffen die notwendigen rechtlichen Instrumente, um terroristischer Bedrohung und Kriminalität besser und effektiver zu begegnen. Die Umsetzung der Videobeobachtung an kriminalitätsgeneigten Orten mit den notwendigen Einschränkungen zum Schutz der persönlichen Freiheit, die elektronische Aufenthaltsüberwachung mittels Fußfessel für terroristische Gefährder oder Schwerstkriminelle oder die Verlängerung der Inge-wahrsamnahme terroristischer Gefährder, aber auch von häuslichen Gewalttätern, wird noch in diesem Jahr umgesetzt werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ebenso werden wir auch in diesem Jahr und in den kommenden Jahren wieder die maximal mögliche Zahl von 2.300 Kriminalkommissaranwärterinnen und -anwärtern einstellen und erstmals 500 Verwaltungsanstellte, damit sich unsere Polizisten und Poli-

zistinnen wieder auf das konzentrieren, was sie richtig gut können: Verbrechen verhindern und aufklären.

(Beifall von der CDU und der FDP)

All dies, meine Damen und Herren, sind erste und wichtige Schritte zur Stärkung unseres Rechtsstaates. Die NRW-Koalition will, dass jeder in unserem Land unabhängig von seinem Wohnort bestmöglich geschützt wird.

Aber auch persönliche Sicherheit jenseits von Kriminalitätsbekämpfung und Straftaten behalten wir im Auge. Wir stellen mit diesem Haushalt zusätzlich Projektmittel in Höhe von 16,7 Millionen € für den Hochwasserschutz zur Verfügung, stärken die Arbeit unserer Verbraucherschutzzentralen mit einer halben Million € zusätzlich und legen vorausschauend 2 Millionen € für die eventuell notwendige Bekämpfung der afrikanischen Schweinepest zurück.

Familie Schmidt – sie hätte auch Meier, Schulz, Özkan oder Vanderboor oder einen anderen Namen tragen können – wird von diesem Haushalt 2018 der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen profitieren, ebenso wie viele Menschen in unserem Land, die den Aufbruch, die Investitionen und die Nutzung vorhandener Chancen spürbar erfahren werden.

Dieser Haushalt wird den Herausforderungen gerecht, vor denen unser Land steht. Er nutzt die Chancen zu einer Neuorientierung der Politik für die nächsten Jahrzehnte. Er sorgt auf solider Basis ohne neue Schulden für die notwendige Neuorientierung, für mehr Sicherheit, Mobilität und Aufstiegschancen in unserem Land. Für uns reicht das Erzählte nicht, für uns zählt das Erreichte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, danke ich dem Ministerpräsidenten, den Mitgliedern der Landesregierung und den Fraktionskolleginnen und -kollegen der Freien Demokraten und den Mitgliedern meiner Fraktion für die intensive und gute Zusammenarbeit bei der Erarbeitung dieses Haushalts und bitte um Zustimmung zum Haushalt 2018.

(Lang anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Herr Kollege Löttgen hat bereits gemerkt, dass das Signal „Kurzintervention“ aufgeleuchtet ist. – Herr Kollege Beckamp, Sie bekommen gleich das Mikrofon freigeschaltet.

Ich will noch einmal zur Klarstellung sagen: Selbstverständlich haben Sie – und damit auch Ihre Fraktion – völlig recht, dass unsere Geschäftsordnung Kurzinterventionen und Zwischenfragen in der dritten Lesung zum Haushalt nicht ausschließt. Gleichwohl

gibt es in unserem Haus eine sehr lange und, wie wir alle finden, sinnvolle Tradition des parlamentarischen Umgangs miteinander, in ganz bestimmten Debattensituationen Verständigungen zu erzielen. Das haben wir in der Vergangenheit für dritte Lesungen so gehandhabt; sie zählten dazu. Deshalb bestehen jetzt Irritationen hinsichtlich Zwischenfragen und Kurzinterventionen.

Der Präsident hat bilateral bereits mit allen Fraktionen gesprochen und auf diese Tradition hingewiesen. Er hat mich gleichwohl gebeten, das auch noch einmal deutlich und öffentlich hier im Rahmen der Sitzungsleitung zu tun. Dem bin ich sehr gerne nachgekommen.

Ich bitte die Fraktionen, für die Zukunft eine Verständigung herbeizuführen, damit es an dieser Stelle für die Sitzungsleitung und für den Ablauf der parlamentarischen Debatte nicht zu Schwierigkeiten kommt. Es gibt mehrere Möglichkeiten, diese Klärung herbeizuführen. Die schönste und eleganteste ist, dass man sich miteinander auf die Traditionen verständigen kann.

Mit diesen Vorbemerkungen, Herr Kollege Beckamp, schalte ich Ihr Mikrofon für die Kurzintervention frei.

Roger Beckamp (AfD): Vielen Dank für den Hinweis, Frau Präsidentin. Die Traditionen des parlamentarischen Umgangs haben wir als neue Fraktion schon kennenlernen dürfen. Es gibt da einige Usancen, die sicherlich der Überarbeitung bedürfen – vielleicht auch diese, andere aber noch vorrangig.

Herr Löttgen, vielen Dank für diese Rede. Sie haben, anders als Sie es Herrn Römer vorgeworfen haben, sehr nah am Haushalt argumentiert und auch Planstellen genannt und begründet. Das ist ja auch genau der Sinn einer solchen Rede.

Allerdings – Sie ahnen es vielleicht schon – kam dabei das Thema „Personalaufstockung“, das Sie gestern wieder einmal in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zusammen mit den anderen Fraktionen durchgedrückt haben, mit keiner Silbe vor. Insofern wäre es doch wirklich interessant zu wissen, ob es auch Tradition in diesem Hause ist, dass eine solche Entscheidung wie die Aufstockung der Mitarbeiterbudgets um knapp 90 % – um Millionenbeträge – ohne Debatte im Haushaltsausschuss und ohne wirkliche Debatte hier im Plenum einfach so durchgereicht wird.

Ist das die Tradition, die Sie meinten, Frau Präsidentin, Herr Löttgen?

Ich bitte darum, dass wir darüber einfach mal ein paar Worte verlieren. Wie viele Mitarbeiter hat denn Ihre Fraktion? Warum brauchen Sie denn mehr? Und wie viele? Das war Ihnen nach Auskunft der Presse gestern selbst noch gar nicht bekannt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrter Herr Beckamp, ich will Sie in einem Punkt korrigieren: Wenn Sie einen Blick in die Tagesordnung dieser Sitzung werfen, werden Sie feststellen, dass der nächste Tagesordnungspunkt exakt eine Debatte zu dem von Ihnen vorgetragenen Sachverhalt nach sich ziehen wird. Insofern ...

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Der hat die Tagesordnung gar nicht gelesen! – Stefan Zimkeit [SPD]: Sie müssen mal die Tagesordnung lesen! – Gegenruf von der AfD – Dr. Günther Bergmann [CDU]: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil! – Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Sie können gerne warten, Sie können aber auch weiterreden.

Bodo Löttgen (CDU): Weil – das steht auch nicht in der Geschäftsordnung – auch der Redner eine freie Antwortmöglichkeit hat, lassen Sie mich mit Blick auf die unterschiedlichen Zwischenrufe, die hier gerade erfolgt sind, mit einem Zitat eines Düsseldorfers – Heinrich Heine – schließen: Ein Kluger bemerkt alles, ein Dummer macht über alles eine Bemerkung. – Ich danke Ihnen für das Zuhören.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdam-Institut sagte anlässlich der Weltklimakonferenz COP 23 in Bonn – die ist ja noch nicht so lange her –, es gebe erwiesenermaßen „ein nie dagewesenes Risiko für die Menschheit durch die globale Erwärmung“. Soweit Herr Schellnhuber.

Mit Erstaunen konnten wir dann das Sondierungspapier der potenziellen großen Koalition lesen und feststellen, dass in der Präambel diese Frage offenbar nicht zu den dort skizzierten acht großen Fragen der Zeit gehört.

Der Mitsondierer Armin Laschet erklärt vollmundig, man müsse sich jetzt irgendwie mal ehrlich machen. Die Klimaschutzziele 2020 seien sowieso nicht mehr zu erreichen.

Herr Laschet – und auch an die Adresse von Herrn Römer und ebenfalls an die Adresse der FDP, also der ganz großen Koalition hier –, wenn Sie das ernst

meinen mit dem „ehrlich machen“, Herr Laschet, dann müssten Sie angesichts der kompletten Stagnation bei den CO₂-Reduktionen nach vier Jahren Schwarz-Gelb im Bund und den darauffolgenden vier Jahren der Großen Koalition Ihr vollständiges Scheitern in der Klimaschutzpolitik der letzten acht Jahre eingestehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Offenbar gelten in der CDU auch Wahlkampfversprechen der Kanzlerin nicht mehr, die im Wahlkampf gesagt hat: Ich verspreche Ihnen, dass das Ziel eingehalten wird.

Nichts wird eingehalten. Ein Armutszeugnis! Denn von den bis zum Jahr 2020 zu erreichenden 40 % Einsparungen gegenüber 1990 bei den Treibhausgasen, bei Verkehr, Wärme und Strom, sind gerade mal 28 % geschafft. Das weiß man nicht erst seit gestern.

Im Verkehrssektor ist eigentlich gar nichts passiert. Da steigen die Emissionen jetzt sogar. Am Strommarkt herrscht Chaos, und es gibt Überschüsse, weil die Kohlekraftwerke die Netze verstopfen und eigentlich nur noch für den Export laufen.

Die Vordenkerin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung war in einem Schattenkabinett eines Ihrer Vorgänger, nämlich im Wahlkampf Norbert Röttgen. Sie sagte am 9. Januar in der „WeLT“ auf die Frage, wer von dieser Vogel-Strauß-Politik eigentlich profitiert:

„Das sind allein ... die Betreiber von Braunkohlekraftwerken, deren besonders klimaschädlicher Strom den Ökostrom im Netz behindert.“

(Lachen von Christian Loose [AfD])

„Es würde den Strommarkt erheblich entlasten und ... voranbringen, wenn diese alten Kraftwerke endlich vom Netz gingen.“

Hört, hört! Soweit Claudia Kemfert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es sollte Ihnen auch zu denken geben, Herr Laschet und auch Herr Römer, dass die Mehrheit auch Ihrer Wählerinnen und Wähler und sogar die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der FDP diese Politik, das einfach zu ignorieren, nicht mehr will. Es sagen nicht mehr nur die Grünen-Wählerinnen und -Wähler, dass endlich gehandelt werden muss.

Laut einer WDR-Umfrage sagen zwei von drei Bürgerinnen und Bürgern in NRW, dass man früher als geplant aus der Braunkohle aussteigen sollte. Das sind zwei Drittel auch Ihrer Wählerinnen und Wähler, die das so sehen.

Herr Laschet, das sollte Ihnen auch zu denken geben: Auch nach dieser WDR-Umfrage sind 49 % der Bevölkerung in NRW und damit 15 % mehr als vor

drei Monaten unzufrieden mit dieser Regierung. Vielleicht haben Sie es auch deswegen geschafft, wirklich in absoluter Rekordzeit – ich glaube, das hat noch keine Regierung vor Ihnen geschafft – schlechter dazustehen als jede andere Regierung in einem Flächenland in der Umfrage und in der Bewertung der Bevölkerung. Vielleicht sollten Sie doch mehr auf diese Rückmeldungen Ihrer eigenen Wählerinnen und Wähler hören und nicht auf RWE & Co.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident gab ja den Stand der Sondierungen schon vor ihrem Abschluss preis, nämlich dass man jetzt die Aufgabe der Klimaschutzziele 2020 öffentlich macht. Da bleibt für mich die Frage: Warum stört den Kollegen Römer eigentlich nur diese Plauderei, diese Plaudertasche? Warum findet man nirgendwo irgendein Kommentar von einem Sozialdemokraten, der sich dabei auf die Sache bezieht?

(Beifall von den GRÜNEN)

Nur eines konnte ich dazu finden. Lieber Thomas Kutschaty, du bist wahrscheinlich der Einzige bei der Sozialdemokratie, der sich noch traut, so etwas auszusprechen und zu sagen: „Ich halte auch umweltpolitische Ziele für wichtig. Es kann nicht Ergebnis einer Einigung sein, festzustellen, dass man die Klimaschutzziele nicht erreicht.“ – Das ist das Einzige, was von einem Sozialdemokraten zu diesem Thema öffentlich zu hören war.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herzlichen Glückwunsch! Wenig genug. Ansonsten scheint es in der Sozialdemokratie offenbar niemanden zu geben, der damit noch ein Problem hat oder dem der Einsatz für Umwelt- und Klimaschutz irgendwie ein Anliegen ist.

Ich erinnere mich noch gut an Michael Müller aus Düsseldorf, aus meiner Heimatstadt, der schon Ende der 80er-Jahre zum Thema „Klimaschutz“ Publikationen erstellt hat. Er war einer der ersten Vordenker in Sachen Klimaschutz. Das war ein Sozialdemokrat, Norbert Römer. Offenbar sind die in der SPD nun leider nicht mehr vorhanden, oder es ist zum Karriereisiko geworden, wenn man sich für diese Themen einsetzt. Vorsicht, Thomas Kutschaty! Vielleicht war das der falsche Satz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann kommen die nicht sehr kreativen Ausreden. Ministerpräsident Laschet sagte im WDR: Das ginge doch gar nicht mit dem 2020-Ziel. Es gebe doch noch den Atomausstieg, das Bevölkerungswachstum, das Wirtschaftswachstum. Man müsse das alles einrechnen und sich dann damit abfinden. Dann schauen wir mal, und dann sehen wir mal 2030 weiter.

Herr Ministerpräsident, Papier mag geduldig sein und auch viel aushalten. Das Klima hält gerade nicht mehr viel aus,

(Beifall von den GRÜNEN)

vor allen Dingen nicht solche Ausreden. Die Erderwärmung schreitet voran. Sie wird unser Leben existenziell beeinflussen. Schauen Sie doch abends den Wetterbericht. Schauen Sie in die Reportagen, die jeden Abend laufen: Starkregenereignisse, Unwetter, Überflutungen, Hitzephasen, Dürren, Ernteaussfälle. Schauen Sie vielleicht mal bei unseren Nachbarn vorbei, bei den Niederländerinnen und Niederländern. Die bereiten sich ganz konkret auf Katastrophenszenarien vor. Das wird Milliarden kosten.

Fakt ist leider aber auch – das ist das eigentliche Problem, vielleicht noch nicht einmal so sehr dieses 2020-Gerede –: Mit dem, was im Sondierungspapier der GroKo und im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb in NRW steht, werden auch die Klimaschutzziele für 2030 nicht erreicht. Ihre derzeitige Situation, Herr Laschet, ist ungefähr so, als würde ein Geschäftsmann sagen: Ich arbeite jetzt mal an der zweiten Million, obwohl ich noch nicht einmal die erste erreicht habe. – Das kann nicht sein.

Es war die Große Koalition in Berlin, die 2016 in ihrem Klimaschutzplan 2050 vor der Marrakesch-Konferenz, also nach der Atomausstiegsentscheidung, Herr Laschet, in Kenntnis des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums festlegte: minus 55 % gegenüber 1990. – Bis 2030 bedeutet das – wer rechnen kann, ist auch hier im Vorteil – eine Einsparung von 27 % Emissionen in zwölf Jahren. Das wird das Sektorziel Energiewirtschaft betreffen.

Norbert Römer, die Wahrheit ist auch: Davor kann sich auch die Braunkohle nicht mehr wegducken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn die Rechnung ist doch ganz einfach. Das steht alles übrigens nicht in grünen Wahlprogrammen oder Papieren, sondern das steht im Klimaschutzplan der Großen Koalition. Ich zitiere aus dem Text zum Sektorziel Energiewirtschaft: Derzeit haben wir 300 Millionen t CO₂-Emissionen pro Jahr bei der Stromerzeugung, 300 Millionen t. Das sollen 2030 nur noch 180 Millionen t sein. Einfache Rechnung: minus 120 Millionen t in zwölf Jahren. Das ist ein ambitioniertes, aber doch auch existenziell notwendiges Ziel.

Offenbar sind wir Grünen hier die Einzigen, die solche Beschlüsse von CDU und SPD noch ernst nehmen. Sie wollen sich doch so gerne ehrlich machen, Herr Laschet. Dann rechnen Sie doch mal, holen Sie sich einen Stift und schreiben auf: 300 Millionen t minus 180 Millionen t bedeutet, dass wir 120 Millionen t einsparen müssen.

Dann können Sie auch ausrechnen – das hat Ihnen der Kollege Reiner Priggen hier oft genug vorgehalten –, was gerade im Rheinischen Revier so in die Luft gepustet wird. Das sind vier Kohlemeiler, Herr Laschet, die alleine 80 Millionen t CO₂-Emissionen pro Jahr liefern. Das sind Weisweiler, Niederaußem, Frimmersdorf und letztlich der Spitzenreiter Neurath mit allein 31 Millionen t CO₂. Dann erklären Sie mir bitte mal die Rechnung, wie man mit diesen 80 Millionen t, die im Rheinischen Revier in die Luft gepustet werden, dieses Klimaschutzziel erreichen will! Nein, die muss man abschalten, und zwar sehr, sehr schnell.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist so eine einfache Rechnung. Das ist Ehrlichmachen und nicht, irgendwelche Ziele aufzugeben.

Dann die Legenden, die Versorgungssicherheit sei gefährdet; der Atomstrom müsse aus Belgien gekauft werden.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Dunkelflaute!)

Das glaubt Ihnen inzwischen niemand mehr.

Es gibt ein Papier – ich weiß, das haben Ideologen geschrieben; es gibt aber andere, die das bestätigen – für die Jamaika-Verhandlungen mit einem Szenario für die Stilllegung von 7 GW Kohlekraftwerksleistung.

Herr Römer, ja, nach Ihrer Rede ist das wahrscheinlich so. Es war leichter, von Herrn Laschet die 7 GW zu bekommen, als dass wir sie von Ihnen bekommen hätten. Wahrscheinlich wäre das – Rotwein wäre es bei Ihnen ja nicht gewesen – nach ein paar Pils auch ein bisschen schwieriger gewesen. Es war also tatsächlich auf dem Tisch: mit der CDU 7 GW Kohlekraftwerksleistung.

Es gab dazu Unterlagen und fachliche Einschätzungen, wie man das machen kann. Ich zitiere aus einer dieser Unterlage vom Wirtschaftsministerium und von der Bundesnetzagentur, die im Netz überall veröffentlicht ist:

Die Versorgungssicherheit bleibt auch dann sicher,
– hören Sie genau zu! –

wenn sich 2020 eine Dunkelflaute wie Anfang 2017 einstellen sollte. Und die Versorgung bleibt auch dann sicher, wenn im Jahr 2020 das letzte Kraftwerk vom Netz geht. Deutschland bleibt Nettoexporteur von Strom.

Soweit das Zitat aus dem Papier.

Weil Sie alle Texte unter „Ideologie“ fassen, zitiere ich noch einmal Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Claudia Kemfert bemerkt genau zu diesem Disput, ob das stimmt oder nicht stimmt – Zitat im Netz –:

Versorgungssicherheit kann durch Verminderung von Kohlekraftwerkskapazitäten sogar noch erhöht werden.

Herr Laschet, Sie können die ganzen Leute in die Ideologiececke packen. Das hilft Ihnen aber nicht weiter. Sie sollten diese Wahrheit einfach mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es glaubt Ihnen auch keiner mehr. Nehmen Sie die Rückmeldungen Ihrer Wählerinnen und Wähler endlich ernst, die Ihnen genau das nicht mehr abnehmen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung – es ist nun keine Ideologieschmiede – berechnet die Folgen der Klimaerwärmung. Wenn wir jetzt nicht endlich massiv und konsequent gegensteuern – genau vor unserer Haustür, auch im Rheinischen Revier, Norbert Römer – und dieser Wahrheit nicht ins Auge blicken, dann werden wir Hunderte von Milliarden Euro an Folgekosten durch Hochwasserschäden, durch Ernteauffälle, durch Mehrbelastung der Rückversicherer, im Tourismus haben. Die Liste lässt sich ohne Ende fortführen. Es werden im Jahr 2050 bis zu 800 Milliarden € sein, wenn wir jetzt nicht handeln.

Ich komme jetzt zur Haushaltspolitik, denn das hat etwas miteinander zu tun, Herr Lienenkämper. Wenn wir jetzt nicht handeln, dann können auch Sie sich hier das schöne Ziel von ausgeglichenen Haushalten und Schuldenabbau abschwächen. Denn Klimaschutz ist angesichts der Folgekosten nicht nur, aber auch eine vorausschauende und nachhaltige Finanzpolitik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Von Nachhaltigkeit ist im Haushalt 2018 der Landesregierung vor allem bei der Mittelfristigen Finanzplanung nicht viel zu merken. Ganz anders klang das hier noch in Oppositionszeiten. Beispiel Stellenaufwuchs in den Ministerien: Der damalige Oppositionsführer Laschet schimpfte noch vor einem Jahr hier in diesem Saal lautstark bei der dritten Lesung zum Haushalt 2017 voller Empörung über zusätzliche Beamtenstellen in den Ministerien. Ich zitiere aus dem Plenarprotokoll aus Dezember 2015:

„...diese Stellen, die angeblich dazu geschaffen werden, um Ihre“

– also damals Rot-Grün –

„Ideologie durchzusetzen, weil Sie nicht wissen, was die Kernaufgaben sind. Aus diesem Grund werden Beamte eingestellt, die dann irgendwas regeln.“

Nun, Rot-Grün hat mehr Beamte eingestellt: 567 neue Stellen in sieben Jahren in den Ministerien. In den Augen der Opposition damals ein handfester

Skandal! Geflissentlich wurde übersehen, dass aufgrund der Flüchtlingskrise sehr viele Stellen unter anderem im Innenministerium geschaffen wurden. Das alles wurde übersehen und skandalisiert.

Und dann kommt das vollmundige Versprechen – Herr Laschet, Sie können es nachlesen – im Dezember 2015 hier im Plenum: „Das ist ein Aspekt, den wir anders machen werden.“

Schauen wir uns doch einmal an, wie anders der vom Oppositionsführer zum Ministerpräsidenten aufgestiegene Armin Laschet das macht. Am besten schaut man vor die eigene Haustür, die der Staatskanzlei. Was passiert gerade in der Staatskanzlei? – Zum Vergleich auch die Zahlen von sieben Jahren Rot-Grün. Im Einzelplan 02: 431 Stellen 2010, 434 Stellen 2017 übergeben an Herrn Laschet. Das ist ein Plus von drei Stellen. Okay, kann man skandalisieren.

Was macht jetzt Schwarz-Gelb? – Wir finden im Nachtragshaushalt 2017 plus 17 Stellen im Einzelplan 02, also in der Staatskanzlei, und – man höre und staune – im Haushalt 2018 noch einmal 25 Stellen mehr. Das macht summa summarum 42 Stellen allein in der Staatskanzlei nach einem halben Jahr Regierungszeit. Das muss man erst einmal schaffen! Eine echte Leistung!

Man findet ein neues Referat mit dem Namen „Gesellschaftliche und ökonomische Grundsatzfragen“. Dafür bekommt Herr Laschet vier neue Beamtenstellen. Was sollen die machen? Im Protokoll über das Berichterstattungsgespräch kann man das nachlesen. Ich zitiere:

Sie sollen unter grundsätzlichen Erwägungen gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen analysieren, bewerten und in politische Konzepte einbringen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist Ideologie!)

Herr Laschet, das ist eine Steilvorlage. Ich kann Ihren Vorwurf von vor einem Jahr hier eins zu eins übernehmen. Im Gegensatz zum letzten Mal stimmt er aber heute. Ich wiederhole: Die Stellen werden offenbar geschaffen, um Ihre Ideologie durchzusetzen, weil Sie nicht wissen, was die Kernaufgaben sind. Aus diesem Grund werden Beamte eingestellt, die dann irgendetwas regeln.

(Beifall von den GRÜNEN und Norbert Römer [SPD])

Dieses Jahr stimmt dieser Vorwurf tatsächlich. Wir haben nichts gegen mehr Stellen. Um Gottes willen! Den schlanken Staat können sich tatsächlich nur Arme leisten. Wir werden auch hier staatliche Stellen brauchen. Aber dann müssen Sie doch neue Aufgaben definieren, für die sie notwendig sind.

Offenbar werden hier die Aufgaben einer Staatskanzlei mit den Aufgaben einer Parteizentrale verwechselt, die dann noch über den Landeshaushalt finanziert werden soll.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von den GRÜNEN: So ist es!)

Angesichts der mehr als 400 neuen Ministeriumsstellen, die Sie bis jetzt geschaffen haben, geben Sie, Herr Laschet, in einem Interview mit der „Rheinischen Post“ am 30. Dezember 2017 ein weiteres bemerkenswertes und, wie ich finde, sehr unvorsichtiges Versprechen ab. Auf Nachfrage von Michael Bröcker und Thomas Reisener sagen Sie zunächst:

Alle Stellen haben

„spezielle unverzichtbare Aufgaben, um zwingende Verbesserungen einzuleiten, etwa bei der inneren Sicherheit.“

Dagegen kann man nichts sagen. Das sind aber nicht 400 Stellen, von denen Sie etliche bekommen, Herr Reul. Die 42 neuen Stellen in der Staatskanzlei gehören schon mal nicht dazu.

(Zuruf von der Regierungsbank)

– Die meisten. Sie haben gut was abbekommen. Das ist völlig in Ordnung. Ich finde das auch richtig so. Hier geht es aber um andere Stellen. Das wissen Sie.

Weiter sagen Sie, Herr Laschet – ich zitiere aus dem Interview in der „Rheinischen Post“ –:

„Die Kosten für die Stellen, die wir für die Regierungsneubildung einrichten mussten, werden wir über die Legislaturperiode wieder einsparen.“

Wann, wie und wo bleibt natürlich offen.

Ich finde ganz besonders am Beispiel der Staatskanzlei – im eigenen Haus, Herr Laschet – wird deutlich, wie unverfroren die einstige Skandalisierungsretorik gegenüber Rot-Grün ist und wie sie wie ein Kartenhaus in sich zusammenfällt und sich gegen Sie hier und heute richtet. Und das ist auch richtig so.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweiter Offenbarungseid von Schwarz-Gelb: der Haushaltsabschluss 2017, nachdem im Nachtragshaushalt 2017 trotz Mehreinnahmen von über 1,2 Milliarden € der Finanzminister verkündet „Ich habe da zwar mehr Geld, aber es bleibt im Grunde bei der Nettoneuverschuldung.“

Gegen alle Wahlversprechen! Ich möchte es jetzt hier nicht zum zehnten Mal sagen, aber schon der Nachtragshaushalt war ein gebrochenes Wahlversprechen. Aber jetzt gibt es ja die Schlussabrechnung. Neue Chance, Herr Lienenkämper, für Sie, mal Ihre Wahlversprechen einzuhalten.

Aber was macht der Finanzminister? – Trotz milliardenschwerer Minderausgaben – Sie verzeichnen ja keine Mehreinnahmen, das ist richtig, aber Sie haben milliardenschwere Minderausgaben, unbesetzte Stellen, nicht verausgabte Flüchtlingskosten etc. – wieder im Minus! Sie schließen den Haushalt 2017 mit 1 Milliarde € minus ab. Wie kann das denn jetzt sein? Warum?

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

– Herr Löttgen, jetzt kommt's: Weil Sie die Ausgabenreste nutzen, um Ihre größten Glaubwürdigkeitsprobleme in Sachen „versprochen – gebrochen“ abzuschwächen und hektisch nachzubessern. So soll der Pensionsfonds zusätzlich eine Zuführung in Höhe von 680 Millionen € bekommen,

(Christof Rasche [FDP]: Das haben Sie doch kritisiert!)

und die Integrationspauschale soll wenigstens zu einem kleinen Teil an die Kommunen weitergeleitet werden. Sie meinen, Herr Löttgen, Sie schließen damit ein paar offene Flanken, die Sie hier offensichtlich in den Debatten nicht aushalten.

(Henning Höne [FDP]: 100 Millionen mehr als bei Ihrer Planung!)

Aber mit dem Schließen dieser Flanken bekommen Sie neue Glaubwürdigkeitsprobleme, reißen Sie neue auf, denn beim Haushaltsabschluss 2015 – Plenardebatten nachzulesen, ist gar nicht so uninteressant – gab es eine ähnliche Situation: positiver Haushaltsabschluss mit 635 Millionen €, Zuführung der Summe zum Pensionsfonds. Das ist genau das Gleiche.

Was hielt die damalige Opposition denn von dieser Maßnahme? – Zunächst kam die wiederkehrende Forderung, Haushaltsverbesserungen sollen natürlich dafür verwendet werden, weniger Schulden zu machen. Das machen Sie schon mal nicht. Das ist schon mal längst vergessen. Daran haben wir uns ja schon gewöhnt.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Christian Lindner wirft dem damaligen Finanzminister in der Haushaltsrede vom 16. Dezember 2015 voller Empörung, wie wir ihn kennen, vor:

„Was aber macht die rot-grüne Koalition? – Diese Haushaltsverbesserungen nutzen Sie,“

– damit war natürlich nicht Herr Lienenkämper gemeint, sondern Norbert Walter-Borjans –

„um bereits in diesem Jahr die Zuführung zu dem Versorgungsfonds des Landes zum nächsten Jahr zu zahlen. Statt in diesem Jahr Schulden zu reduzieren, schaffen Sie also neue Spielräume im nächsten Jahr.“

Jetzt kommt es, nämlich was diese Politik für Herrn Lindner gewesen ist – Zitat –:

„Was Sie dort gemacht haben, ist ein Lehrbuchfall von Bilanzkosmetik.“

– Aha.

Herr Lienenkämper, Sie scheinen von diesem Lehrbuchfall offenbar sehr schnell gelernt zu haben. Herr Lindner – er ist ja nicht mehr da; er hat sich in die ewige Opposition nach Berlin verabschiedet –

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

kann Ihnen das heute mit Empörung nicht mehr vorhalten, denn – so Christian Lindner damals – die 635 Millionen € gehören in die Bilanz des nächsten Haushaltsjahres.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das war jetzt nicht dasselbe!)

Herr Lienenkämper, Herr Löttgen, Herr Rasche, ersetzen wir doch jetzt einfach mal 635 Millionen € durch 680 Millionen €. Sonst ändert sich eigentlich nichts, außer, dass niemand von der FDP heute darüber noch empört ist. Das ist das Einzige, was sich an dieser Situation ändert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und jetzt kommt Christian Lindner, holt dann zum finalen Schlag aus. Was ist diese Haushaltspolitik für ihn? Ich zitiere wieder:

„Lackschäden übertünchen, Tacho runterdrehen, ab in den Verkauf. Mit diesen Tricks, die Sie in den vergangenen Jahren systematisiert haben, folgt die Finanzpolitik Nordrhein-Westfalens denselben Methoden wie der Gebrauchtwagenhandel auf dem Kiesplatz.“

Soweit Herr Lindner zu dieser Transaktion.

Nun, Herr Lienenkämper, ich würde niemals so weit gehen, Sie hier mit einem windigen Gebrauchtwagenhändler zu vergleichen. Das wird den Gebrauchtwagenhändlern nicht gerecht, wäre jetzt auch wirklich nicht meine Sprache. Das soll der Autofetischist Herr Lindner mit diesen Bildern mal machen.

Aber eines wird doch deutlich, Herr Lienenkämper: Mit diesen hektischen Nachbesserungen oder – besser gesagt – Verschlimmbesserungen, die Sie mit der Schlussabrechnung 2017 gemacht haben – vielleicht empört sich Herr Rasche ja doch noch darüber, mal gucken, es ist noch Hoffnung da –, geben Sie hier nicht wirklich das Bild eines ehrbaren Kaufmanns ab, was Sie uns so gerne vermitteln wollen. Sie wursteln sich weiter durch, mehr schlecht als recht, und Sie können darauf setzen, dass die sprudelnden Steuereinnahmen und die ganzen unbesetzten Stellen in den Ministerien, in den Schulen mit den Minderausgaben das schon richten werden.

Konzeptionelle, transparente, nachhaltige Finanzpolitik, so wie wir sie verstehen, sieht für uns anders aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Fazit nach einem halben Jahr Schwarz-Gelb: Die großen Herausforderungen für viele Menschen in diesem Land in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts sind:

- Wie können wir wirtschaften und leben, ohne Öl und Kohle für Energie, Wärme und Mobilität zu verbrennen?
- Wie können wir die Folgen des Klimawandels, die jeden von uns jetzt schon betreffen, noch beherrschen?
- Wie können wir die nötige Transformation unserer Industriegesellschaft, den strukturellen Wandel gestalten, ohne unseren Wohlstand zu gefährden, aber auch ohne soziale Brüche zu produzieren?

Diesen Herausforderungen stellt sich sowohl die mögliche große Koalition als auch die schwarz-gelbe Landesregierung erkennbar nicht. Ich entnehme dem heutigen Redebeitrag von dem geschätzten Kollegen Römer, dass leider auch aus der Landtagsfraktion der SPD in diesem Bereich nicht wirklich neue Impulse kommen werden. Auch da leider Fehl-anzeige!

Die Fragen nach den Konzepten für die Zukunft, für die sich eine Mehrheit der Bevölkerung endlich klare Antworten von der Politik wünscht – da kann man wirklich etwas ehrlicher sein, als Sie vielleicht meinen, es sein zu können –, bleiben von dieser Regierung komplett unbeantwortet. Es bleibt beim „Weiter so“, beim Durchwursteln. Molière sagt dazu – dem ist nichts hinzuzufügen –:

„Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“

Dem Klimawandel mit all seinen schrecklichen Auswirkungen auf unser Leben ist Ihr hasenfüßiges Motto „Maß und Mitte“, Herr Laschet, egal. Er ist konkret spürbar, übrigens nicht nur an den Polarkappen, sehr bald auch schon bei unseren Nachbarn, den Niederländerinnen und Niederländern.

Deswegen braucht es jetzt konkrete Antworten. Wir haben genug Ziele definiert und uns dazu bekannt. Wir sind nicht mehr in der Kirche und müssen uns zu irgendwelchen Klimazielen bekennen. Damit ist jetzt mal Schluss.

Wir müssen handeln und nicht so weitermachen, dass wir irgendwann das 2030-Ziel auch wieder einkassieren, weil man den Mut zum Handeln nicht hatte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Landesregierung fehlt auch der Mut für eine entschlossene und nachhaltige Finanzpolitik.

Wir schließen diesen Haushalt mit vielen offenen Fragen ab, die immer noch unbeantwortet sind. Ihr erster Haushalt scheitert schon an den eigenen Ansprüchen aus der gerade beendeten Oppositionszeit. Irgendwie habe ich den Eindruck, Sie haben sich damals in der Opposition eigentlich nie wirklich vorstellen können, einmal dieses Land zu regieren und all das, was Sie in der Opposition von sich gegeben haben, auch wirklich einzulösen. Offenbar haben Sie sich das in Ihren kühnsten Träumen nie vorstellen können.

Nun müssen Sie aber all das umsetzen. Aber was passiert? – Entgegen den Versprechen keine Schuldentilgung durch die Mehreinnahmen, keine strukturellen Einsparungen, mit denen Sie Mehrausgaben gegenfinanzieren, kein Stellenabbau in den Ministerien, sondern exorbitanter Stellenaufwuchs, keine nennenswerte Steigerung der Investitionsquote.

Das ist doch minimal, was Sie bezüglich der Investitionsquote abliefern. Und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und der DGB sagen Ihnen doch in den Stellungnahmen: Das reicht nicht, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern. – Weit und breit keine Dividenden, wie Sie das immer so schön nennen, durch Bürokratieabbau, Digitalisierung, Aufgabenkritik.

Nichts davon wird hier auf den Tisch gelegt: keine Haushaltsklarheit, keine Haushaltswahrheit, stattdessen Verschleierung von Haushaltsrisiken.

Ich möchte mal wissen, wie Sie diese 1 Milliarde €, die Sie vielleicht bald durch die Grunderwerbsteuer als Steuergeschenk für die Familien bekommen – sei es ihnen gegönnt! –, gegenfinanzieren wollen. Denn aus Berlin bekommen Sie das Geld nicht. Dazu habe ich jedenfalls nichts im Sondierungspapier gefunden.

Zusammengefasst: Mit diesem ersten Haushalt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, und vor allen Dingen auch mit der Mittelfristigen Finanzplanung haben Sie, Herr Laschet, als neue Landesregierung nach einem halben Jahr im Amt den Gestaltungsanspruch schon aufgegeben. Das ist nicht Maß und Mitte; das ist maximales Mittelmaß.

Wir lehnen diesen Haushaltsentwurf ab. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Bleiben Sie bitte am Redepult. Herr Beckamp von der AfD-Fraktion hat auch bei Ihnen eine Kurzintervention angemeldet. – Herr Beckamp, bitte.

Roger Beckamp (AfD): Vielen Dank. – Frau Düker, Sie hatten der Regierung mehrfach angeraten, sich ehrlich zu machen, und ihr zum Beispiel auch vorgeworfen, hasenfüßig zu sein.

Ich frage Sie mit Blick auf das, was im Haushalt vorkommt, die Personalaufstockung: Wie hasenfüßig waren Sie denn, als Sie das Ganze mit den anderen Fraktionen im Rahmen einer Beutegemeinschaft ausgekugelt haben, ohne das transparent zu machen? Wie viele Mitarbeiter haben Sie denn? Wie viele brauchen Sie denn? Woher kommt das denn?

Verweisen Sie mich bitte nicht auf heute Nachmittag, wenn die Presse weg ist und das Abgeordnetengesetz und das Fraktionsgesetz drankommen! Das ist nur eine dünne Hoffnung mancher hier im Raum, dass dann die Presse nicht mehr berichten kann. Das gehört zum Thema „Haushalt“, das müssten wir jetzt besprechen. Ich hätte mir, ehrlich gesagt, von den Grünen gewünscht, dass sie das wirklich zur Sprache bringen, weil ich sie da noch am nächsten dran finde, was Transparenz anbelangt. Die FDP schon mal gar nicht. Vielen Dank an die Grünen.

Monika Düker (GRÜNE): Erstens. Herr Kollege, wir diskutieren hier im Plenum nach Tagesordnung, also dann, wenn die Themen anstehen, und nicht danach, ob da oben Journalisten sitzen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –
einzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben nach dem Haushaltspunkt eine geordnete Debatte zu den gesetzlichen Änderungen, die dann Grundlage sind, um diese Dinge im Haushalt zu beschließen. Da wird Zeit sein.

Ich finde es völlig legitim, dazu eine andere Auffassung zu haben, die Sie gleich in die Debatte einbringen können. Wir haben einen Vorschlag auf den Tisch gelegt, der aus unserer Sicht gut begründet ist und einen gestiegenen Mehrbedarf abbildet. Sie können gleich in die Debatte darlegen – dazu eignet sich eine Kurzintervention nicht; denn die Debatte sollte inhaltlich, sachgerecht und ausführlich geführt werden –, warum Sie zu einer anderen Auffassung kommen. Dazu gibt es gleich Raum und Zeit. Das ist sehr transparent. Das ist öffentlich. Das findet gleich statt. Wir haben nichts zu verstecken, und wir werden diese Diskussion gleich führen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –
einzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die Fraktion der FDP spricht Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir zunächst zwei Vorbemerkungen!

Zur SPD habe ich drei Punkte anzumerken.

Erster Punkt zur SPD: Sie haben uns einen Entschließungsantrag vorgelegt, in dem Sie uns die Regierungspolitik in fünf Begriffen beschreiben. Zutreffender hätten Sie Ihr eigenes Versagen in den vergangenen sieben Jahren nicht vorstellen können.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ihr erster Begriff: unsozial: Kollege Römer hat vorhin davon gesprochen, wie schwer es für viele Personen in Nordrhein-Westfalen ist, ihre Miete zu bezahlen. In diesen sieben Jahren Ihrer Regierungspolitik ist die Miete so stark gestiegen wie niemals zuvor. Insofern haben Sie „unsozial“ vollkommen richtig beschrieben, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ihr zweiter Begriff: perspektivlos. In den vergangenen sieben Jahren war das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den anderen Bundesländern unterdurchschnittlich. Wir sind der Mehrheit der Bundesländer immer hinterhergelaufen – teilweise mit der roten Laterne in der Hand. Das ist perspektivlos. So war das sieben Jahre lang in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ihr dritter Begriff: kommunalfeindlich. Merkwürdig ist, dass die kommunalen Spitzenverbände das anders sehen und uns in den vergangenen Tagen und Wochen ausdrücklich mündlich und schriftlich gelobt haben. Mehr braucht man dazu nicht zu sagen.

Ihr vierter Begriff: bürokratisch. Wir haben hier über einen LEP diskutiert, der ohne Ende Bürokratie mit sich bringt. Umweltvorschriften, Gesetze, Verordnungen von Johannes Rimmel haben teilweise sogar die Kommunalpolitiker der Sozialdemokraten kritisiert. Auch da zeigt Ihr Vorwurf auf Sie selber zurück.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ihr fünfter Begriff: chaotisch. Man erinnere sich an die Minister Duin, Groschek, die von einer Durchgrünung in Nordrhein-Westfalen sprachen – wahrscheinlich in der Koalition und im Kabinett –, an die vielen Konflikten, die es zwischen den Herren Duin und Rimmel gab. Das war eine chaotische Regierungszeit, die – Gott sei Dank – die Wählerinnen und Wähler in diesem Land beendet haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zweiter Punkt zur SPD: Herr Römer sagte in seiner Rede, die SPD solle der CDU oder wem auch immer industriepolitisch aus der Patsche helfen – ausgerechnet die SPD, meine Damen und Herren, bei der die eigene Basis der Sozialdemokraten sieben Jahre

lang gesehen hat, dass die SPD nicht zu ihren eigenen industriepolitischen Überzeugungen gestanden hat, sondern ausschließlich den Grünen hinterhergelaufen ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dritter Punkt zu den Kollegen der SPD: Sie haben die Regierung und die Koalition kritisiert von der ersten Sekunde Ihrer Rede bis zur letzten. Das ist Ihr gutes Recht; ich glaube, vieles davon war falsch. Sie haben aber nicht einen einzigen Vorschlag gemacht, wie man es besser machen kann. Das kann man von der größten Oppositionspartei in diesem Land erwarten.

(Beifall von der FDP und der CDU – Sarah Philipp [SPD]: Was haben Sie denn die letzten sieben Jahre gemacht?)

Liebe Frau Kollegin Düker, auch drei Punkte kurz zu Ihrer Rede.

Sie haben Wahlergebnisse mit Umfragen verglichen. Für uns sind die Wahlergebnisse wichtig und nicht die Umfragen. Dass sich Rot-Grün so groß aufspielt, nur weil man bei „Westpol“ gemeinsam um einen einzigen Punkt gestiegen ist, ist ein bisschen übertrieben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie reden zweitens von einer Unzufriedenheit, die dort dargestellt worden ist.

(Monika Düker [GRÜNE]: Warum sind denn die Leute unzufrieden mit Ihnen?)

Ich nehme einmal die Wirtschaftspolitik. 8 % der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen sagen, die Wirtschaftspolitik sei schlechter geworden. Ungefähr das Vierfache der Bevölkerung sagt, die Wirtschaftspolitik sei besser geworden. Mit einer solchen Unzufriedenheit kann ich persönlich gut leben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dritter Punkt. Frau Düker hat sich zehn Minuten lang mit der Großen Koalition befasst.

(Monika Düker [GRÜNE]: Klimaschutz!)

– Klar, mit Ihrem Kernthema „Klimaschutz“, aber das war Große Koalition.

(Monika Düker [GRÜNE]: Bei Ihnen ist es offenbar kein Thema!)

Dann haben Sie sich unglaublich lange mit CDU und FDP zu Oppositionszeiten befasst. Das ist kein Wunder: Wenn einem zu Regierungszeiten nicht viel Kritik einfällt, muss man eben weiter zurückgehen – ein Jahr, zwei Jahre, drei Jahre, vier Jahre, fünf Jahre –, damit man vielleicht Kritik konstruieren kann. Dass man sich dann immer noch an Christian Lindner abarbeitet – Respekt, Frau Düker, ich hätte es mir anders vorgestellt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Seine Sachen gelten für Sie offenbar nicht mehr!)

Zum eigentlichen Thema „Klimaschutz“ komme ich gleich noch zurück, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir legen also den ersten Gestaltungshaushalt der NRW-Koalition vor. Wir haben unser Ziel geäußert, und dieser Haushalt beweist es: Wir bringen Nordrhein-Westfalen voran:

- Fast 25 % des Haushalts geben wir allein für schulische Bildung aus, um Nordrhein-Westfalen chancenreicher zu machen.
- Wir geben viel mehr Geld aus für Sicherheit und einen starken Rechtsstaat, lieber Kollege Reul. Wir stärken das Personal und die Ausstattung. Wir machen NRW also sicherer.
- Wir investieren ganz enorm in digitale Infrastruktur und auch in die Verkehrsinfrastruktur. Wir machen Nordrhein-Westfalen also moderner. Wir stärken damit natürlich den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

Trotzdem bleiben wir erstmals seit 45 Jahren bei der Haushaltseinbringung bei der schwarzen Null, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das zeigt: Diese NRW-Koalition setzt klare Prioritäten und gute Prioritäten. Der Haushalt 2018 ist ein Zukunftshaushalt, wie es ihn lange nicht mehr in diesem Land gegeben hat.

(Beifall von der FDP und der CDU – Lachen von Svenja Schulze [SPD])

Mit dem Haushalt schaffen wir viele Trendwenden auf unterschiedlichsten Politikfeldern, auf die ich kurz eingehen möchte. Ein elementares Ziel, ein Kernthema dieser Koalition ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen – übrigens bei der täglichen Arbeit und schon angefangen bei der Sondierung.

Apropos Sondierung, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das ist doch damals unter Armin Laschet vorbildlich gelaufen. Es gab keine Durchstechereien. Es gab Vertrauen zwischen den Leuten, die dort geredet haben. Es gab nicht einmal ein Foto von der Sondierung, sondern es wurde alles reibungslos abgearbeitet. Da ist diese NRW-Koalition vorbildlich.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Wenn Herr Römer die Kollegen in Berlin diesbezüglich kritisiert, hätte er uns hier in Nordrhein-Westfalen dafür loben müssen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Minister Pinkwart hat schon am ersten Tag mit den Ideen begonnen, Entfesselungspakete zu gestalten, die dann auch auf den Weg gebracht worden sind. Das erste ist schon weit unterwegs, das zweite ist

mitten auf dem Weg, und das dritte ist schon in Arbeit.

Was hat die Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün gemacht? Ich habe eben schon von den großen Konflikten gesprochen zwischen Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik, die oft öffentlich ausgetragen worden sind, wo am Ende im Zweifel oder sogar prinzipiell die Mehrheit der SPD immer Umweltminister Remmel unterstützt hat und nie den eigenen Wirtschaftsminister Duin. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat am Ende den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen erheblich geschwächt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es gab im Rahmen der Sondierung einen Brief der nordrhein-westfälischen Spitzen der SPD, also Herr Groschek und Frau Schulze, an die Spitze der SPD im Bund, also Schulz und Nahles: drei Seiten, sechs Kernpunkte, Industriepolitik gleich null.

(Henning Höne [FDP]: Aha!)

Kein einziges Wort zur Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen!

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist ein weiteres Beispiel dafür, dass damit in den letzten Jahren nicht alles richtig gelaufen sein kann in Nordrhein-Westfalen.

Dazu kommt für mich ein merkwürdiges Verständnis der SPD von Industriepolitik. Ich stelle mal eine Frage in den Raum: Was ist denn von elementarer Bedeutung für die Exportnation Deutschland und damit auch für Nordrhein-Westfalen? – Antwort: der freie Handel, der Freihandel, natürlich nach klaren Regeln, aber ein freier Handel.

Beim Thema „China-Stahl“ hat die SPD hier eine ganz andere Kompetenz unter Beweis gestellt. Es muss – so lautete die Aussage – deutscher Stahl verwendet werden. Was ist das für eine Auffassung? Freihandel und damit das Kerninteresse unseres Landes hat damit für die SPD keine Bedeutung – übrigens ebenso wie Bundes- und EU-Recht. Schon während der Pressekonferenz haben Sie, Herr Römer, Nachfragen zu möglichen Wettbewerbsklagen nicht beantwortet. So richtig seriös ist das nicht, Herr Kollege.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zur Klarstellung: Wir haben sehr großes Verständnis für die Sorgen der Stahlarbeitnehmer, der Betriebsräte und der Gewerkschaften. Aber wir nutzen diese großen Sorgen nicht für eigene Interessen. Das darf man nicht tun. Die „Rheinische Post“ brachte es am 10. Januar auf den Punkt: Es kann und darf hier keinen Protektionismus geben. – Diese Aussage ist richtig und wird von sehr vielen Menschen in Nordrhein-Westfalen geteilt.

Die Gewerkschaften sehen das übrigens eigentlich auch so. Zwar ist Herr Giesler bei der SPD mit Herrn Römer aufgetreten. Herr Römer hat eben in seiner Rede gesagt, man sollte auf PR-Maßnahmen vonseiten der Regierung oder vonseiten der Fraktionen verzichten. Das hat die SPD hier nicht getan.

Aber in Wahrheit gibt es doch bei den Gewerkschaften ganz andere Positionen. Ich erinnere hier an die Diskussion um CETA und den Freihandel.

Die IG BCE – diese Gewerkschaft kennen wir alle gut, Herr Römer am besten – hat im Jahr 2016 mit einer klugen Bemerkung zur damaligen Debatte Stellung genommen. Zitat:

„Die Gewerkschaften sollten nicht den Kompass verlieren. Deutschland braucht einen erfolgreichen und fairen Welthandel. Millionen Beschäftigte haben einen guten Arbeitsplatz in exportorientierten Unternehmen.“

So äußerte sich die IG BCE. Das ist eine Gewerkschaft, die – wie eigentlich auch die IG Metall – in Deutschland Verantwortung übernimmt. Halten wir uns doch an die globale Aussage der deutschen Gewerkschaften und nicht so sehr an Einzelpositionen, die man vielleicht noch einmal überdenken sollte!

Die Aufgabe der Landesregierung ist es also, den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen zu stärken und Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen der Stahlstandort dann auch wettbewerbsfähig ist. Genau das hat Nordrhein-Westfalen in den vergangenen sieben Jahren leider nicht geschafft.

Mit dieser unsäglichen Debatte – Stichwort „Freihandel“ – sind dann auch noch Halbwahrheiten oder Unwahrheiten verbunden. So hat die SPD behauptet, bei der Rheinbrücke in Duisburg werde Stahl aus China verbaut; die Landesregierung und vor allem der Ministerpräsident hätten sich dafür einsetzen müssen, dass das nicht passiert.

Die Wahrheit ist, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Ausschreibung und damit die Auftragsvergabe ist noch nicht erfolgt. Es steht noch gar nicht fest, mit welchem Stahl gebaut wird. Wie kann man dann so etwas behaupten?

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der FDP: Hört! Hört!)

Solche Aussagen sind rein parteipolitisch motiviert; denn offensichtlich steht man mit dem Rücken zur Wand. Anders kann man sich das nicht erklären, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zur Wahrheit gehört dann auch: Bei der Leverkusener Brücke wurde die Ausschreibung noch unter Minister Mike Groschek erarbeitet.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Bei der Leverkusener Brücke wurde die Ausschreibung komplett unter der Verantwortung von Mike

Groschek erarbeitet. Diese Kritik der SPD und auch von Herrn Römer ist also zu einem Eigentor geworden. Manche Politiker würden so etwas vielleicht als Plauderei bezeichnen. Ich glaube, diesen Begriff könnte man in diesem Zusammenhang gut verwenden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen ist ebenso eine rationale und ehrliche Energiepolitik wichtig. Zu Recht hat BDI-Chef Kempf laut dpa am 8. Januar 2018 vor Alleingängen, ob von Nordrhein-Westfalen oder von Deutschland, in der Energie- und Klimapolitik gewarnt; die Folge seien Produktionsverlagerungen ins Ausland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Grünen – ich glaube, da ist die SPD mit mir einer Meinung; Sie haben es in Nordrhein-Westfalen ja auch erfahren – bei den Jamaika-Verhandlungen in Berlin mit ihren fundamentalen Forderungen zu Energiepolitik und Klimaschutzpolitik erlebt. Industrie und Gewerkschaften waren gleichermaßen entsetzt, sowohl in Deutschland als auch in Nordrhein-Westfalen. Gut, dass diese Politik nicht zum Tragen gekommen ist!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt versuchen die Grünen und ihre grünen Netzwerke, sich gegenseitig die Bälle – wir stehen ja kurz vor einer Fußballweltmeisterschaft – zuzuspielen.

Entsprechend hat sich der Landesverband Erneuerbare Energien NRW in einer Pressemitteilung vom 9. Januar 2018 geäußert. Mit Klarheit und Wahrheit hatte das allerdings aus meiner Sicht nur wenig zu tun. Im Gegenteil: Manch ein Leser wurde vielleicht sogar getäuscht. Es geht um die Aufgabe – Frau Dücker hat es eben gesagt – der deutschen Klimaschutzziele 2020 mit minus 40 % im Vergleich zu 1990. Der LEE suggeriert, Union, SPD und auch die FDP wollten sich damit von den Pariser Klimaschutzzielen distanzieren.

Das ist falsch. SPD, CDU und FDP sagen genau das Gegenteil – immer wieder. Es wird auch nicht besser, wenn nur die Grünen das Gegenteil behaupten. Wir stehen zu den Pariser Klimaschutzzielen – ohne Wenn und Aber.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Trotzdem ist richtig: Die deutschen Klimaschutzziele mit einem Minus von 40 % gegenüber 1990 lassen sich bis 2020 nicht erreichen.

Dann gab es – das ist besonders bemerkenswert – sogar nordrhein-westfälische Klimaschutzziele. Sie wurden seinerzeit von der Regierung von SPD und Grünen beschlossen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nein, vom Parlament!)

Diese haben im Vergleich zu 1990 nicht eine Reduzierung um 40 % vorgesehen, sondern nur eine Reduzierung um 25 %, waren also weit defensiver.

Wie können die Grünen eine rationale Politik, die jetzt endlich auf Bundesebene betrieben wird, kritisieren, obwohl sie selbst in Nordrhein-Westfalen in eigener Verantwortung weit hinter den deutschen Klimazielen zurückgeblieben sind? Das ist unehrlich, absolut unehrlich.

(Beifall von der FDP)

Minister Pinkwart hat uns glaubwürdig geschildert, dass diese Regierung es schaffen wird, die nordrhein-westfälischen Klimaschutzziele 2020 zu erreichen, wahrscheinlich sogar zu übertreffen.

Ein weiterer Punkt in dieser Pressemitteilung des LEE – darüber muss man einmal sprechen, weil das ein typisches Spiel zwischen grünen Netzwerken und den Grünen ist – ist die Aussage, es gebe keinen geregelten Plan für den Kohleausstieg. In den Sätzen davor führt er reihenweise Probleme in Nordrhein-Westfalen an – nicht in Deutschland, sondern in Nordrhein-Westfalen.

Dabei war es doch die rot-grüne Landesregierung, die im Jahr 2016 festgelegt hat, dass der Braunkohlebergbau in Nordrhein-Westfalen erst im Jahr 2045 beendet wird. Das war grüne Politik pur. Jetzt kritisieren Sie das und versuchen, die Menschen zu täuschen, als hätten Sie mit dieser Entscheidung aus dem Jahr 2016 nichts zu tun. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist unehrlich.

(Beifall von der FDP)

Mit dem Begriff „Kohle“ ist aber nicht nur Negatives verbunden. Das hat sogar die von den Grünen geführte Enquetekommission in der vergangenen Legislaturperiode bewiesen. Es geht um die stoffliche Verwertung der Braunkohle. Dabei handelt es sich nach unserer festen Überzeugung um ein Zukunftsprojekt für Nordrhein-Westfalen. Wir wollen auf diesem Gebiet die Nummer eins in Europa werden, auch was das Know-how und die Arbeitsplätze betrifft. Wir stützen uns dabei auf den Konsens der Enquetekommission und stärken damit das Rheinische Revier.

Unsere Idee einer Zukunftsinitiative Kohlenstoff Nordrhein-Westfalen haben wir mit Haushaltsanträgen der Koalitionsfraktionen von FDP und CDU hinterlegt, in diesem Jahr mit 2,5 Millionen €.

Herr van den Berg, Sie sind herzlich eingeladen, mit uns die Köpfe zusammenzustecken, um das Ziel zu erreichen, die Nummer eins in Europa auf diesem Gebiet zu werden. – Vielen Dank für Ihren freundlichen Applaus.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es gibt viele weitere Punkte, an denen wir die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes steigern wollen. Die Entfesselungspakete habe ich genannt. Besonders sollen Gründer und Industrie gestärkt werden, also Neues und Bewährtes. Das ist bei der Balancepolitik dieser neuen Regierung ganz wichtig.

Außerdem wollen wir Ökologie und Ökonomie in verschiedenen Bereichen, zum Beispiel im LEP, ins Gleichgewicht bringen. Das gilt auch für den Flächenbedarf. Wir haben viele Beispiele aus Ostwestfalen-Lippe gehört, bei denen er gar nicht mehr in Balance ist. Aber das betrifft nicht nur OWL, sondern ganz Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen also auch beim Flächenbedarf wieder ein Gleichgewicht.

Bürokratieabbau ist immer ein Thema, insbesondere für diese Regierung. Minister Pinkwart ist allerdings einmal anders an das Thema herangegangen. Er hat die Gründer gefragt: „An welchen Stellen wünscht ihr euch Bürokratieabbau?“, und er hat die Menschen im Land gefragt, was sie vom Bürokratieabbau erwarten. Dann hat er diese Ideen zusammengefasst und Vorschläge gemacht, wie wir auch in diesem Bereich eine Trendwende erreichen.

Eine Trendwende in der Wirtschaftspolitik Nordrhein-Westfalens sehen nicht nur wir. Es gibt auch viele Player in diesem Land, die uns genau dafür loben.

Zitat des Landesgeschäftsführers des BVMW, Herbert Schulte:

„Unsere Betriebe wünschen sich flankierende politische Maßnahmen wie den zügigen Ausbau der digitalen Infrastruktur und Schritte zur Entbürokratisierung von Genehmigungsverfahren und Ausschreibungsprozessen. Hier hat die Landesregierung mit den Entfesselungsgesetzen geliefert, nun liefert auch der Mittelstand ...“

Herr Meier-Scheuven, Präsident der IHK Ostwestfalen-Lippe, äußerte Anfang Dezember 2017 beim Jahresempfang:

„Der gesamte Koalitionsvertrag in NRW ist ein Signal für Aufbruch und Modernisierung.“

Arndt Kirchhoff, NRW-Unternehmerpräsident, antwortete auf die Frage, wie er mit den ersten Monaten der NRW-Koalition zufrieden ist:

„Ziemlich zufrieden. Die machen was.“

Dann äußerte er Lob für die Entfesselung.

Ein viertes Beispiel – bei diesem Gespräch war ich persönlich dabei –: Die Vorsitzenden von vier Betriebsräten bedankten sich am 21. September 2017 ausdrücklich bei Minister Andreas Pinkwart für eine einfach rationale Wirtschaftspolitik. Die Politik der

Vorgängerregierung hätte die Existenz eines in diesem Fall Zementwerkes in Nordrhein-Westfalen zeitnah gefährdet.

Es gab also sehr viel Lob für die Trendwende in der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen durch diese Regierung. Herzlichen Dank dafür!

Genauso machen wir es auch in anderen Bereichen. Bei der Digitalisierung legt Andreas Pinkwart ein unglaubliches Tempo vor. Mit den Anträgen der Fraktionen sind noch einmal Digitalisierung in der Landwirtschaft mit dem Aufbau eines Studienganges in Höxter und noch mehr Mittel für die Digitalisierung im Hochschulbereich eingebracht worden. Auch hier haben die Fraktionen Akzente gesetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben in diesem Jahr aber auch eine Zäsur in Nordrhein-Westfalen. Ministerpräsident Laschet sagte es bei seiner Neujahrsansprache. Die letzten beiden Zechen in NRW werden geschlossen. Verlässlichkeit und Zusammenhalt waren besonders ausgeprägte Merkmale des Bergbaus, die ganz Nordrhein-Westfalen geprägt haben.

Dieses Erbe zu erhalten, ist eine gemeinsame Aufgabe des gesamten Landes und dieses Hohen Hauses. Dazu werden diese Koalition und diese Regierung ihren Teil beitragen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die NRW-Koalition wird – gerne mit den Kollegen der Opposition und allen Beteiligten insbesondere im Ruhrgebiet zusammen – konkrete Perspektiven für das Ruhrgebiet erarbeiten und anschließend auch umsetzen.

Bevor gleich wieder der Vorwurf der Opposition kommt: „Ihr seid doch schon 248 Tage im Amt, habt aber noch nicht geliefert“, wie ich eben gehört habe, sage ich: Das geht auch nicht ganz so schnell. Auch da geht Qualität vor Tempo. An diese Marschroute werden wir uns halten.

Es ist ohnehin eine Gemeinschaftsaufgabe in diesem Land, das Ruhrgebiet nach vorne zu bringen, und keine Aufgabe nur einer Regierung, egal, wer die Regierung stellt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Neben der Wirtschaftspolitik ist uns der Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen – Stichwort „starke Gemeinschaften vor Ort“ – ein besonderes Anliegen. Dazu gehören starke Kommunen; das gilt für alle 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Dazu gehört ein starkes Ehrenamt in allen Bereichen, vom Sport bis zur Kultur und von der Integration bis in den sozialen Bereich. Das müssen wir unterstützen, und das tun wir mit diesem Haushalt auch ausdrücklich.

Dazu gehört dann auch ein Thema, das uns hier schon über einige Jahre beschäftigt hat, nämlich die Weitergabe der Integrationspauschale in einer Größenordnung von 100 Millionen €. Wir nutzen unsere Spielräume und geben den Kommunen hier 100 Millionen € – Geld, das sie dringend brauchen.

In einer Presseerklärung sämtlicher Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände vom 9. Januar 2018 wird diese Politik ausdrücklich gelobt.

Der SPD-Oberbürgermeister aus Bielefeld, Pit Clausen, erklärte am 10. Januar 2018 in der „Neuen Westfälischen“, das sei ein sehr erfreulicher Schritt.

Pit Clausen vergleicht das natürlich mit der Politik der Vorgängerregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nachdem SPD und Grüne in den Jahren 2016 und 2017 von dieser Integrationspauschale einfach nichts – ich wiederhole: nichts – an die Kommunen weitergegeben haben, fordern sie plötzlich, die neue Regierung müsse nicht nur 100 Millionen € weitergeben – immerhin 100 Millionen € –, sondern sogar noch viel, viel mehr.

(Sven Wolf [SPD]: Ihr müsst es an dem Versprechen messen, nicht nur an den Schritten!)

Die alte Regierung gab keinen Cent. Jetzt ist sie in der Opposition und fordert ein Füllhorn mit noch mehr Millionen für die Kommunen.

(Michael Hübner [SPD]: Wir sagen, was Sie gefordert haben! Wir erinnern Sie an Ihre Versprechungen, Herr Rasche! – Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Das glauben Ihnen die Menschen vor Ort nicht. Das glauben sie Ihnen nicht!

(Beifall von der FDP und der CDU – Michael Hübner [SPD]: Wir erinnern Sie an Ihre Versprechungen!)

Wir sind nicht nur ein guter Partner der Kommunen, sondern auch ein guter Partner des Sports. Insgesamt 15 Millionen € mehr gab es auch durch die Haushaltsanträge der Fraktionen.

Der Landessportbund äußerte sich in einer Pressemitteilung am 15. November 2017 klar – erstens mit einem Dankeschön an diese Koalition und zweitens mit der Aussage: Endlich ein verlässlicher Partner für den Sport in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Diese Regierung ist ein guter Partner für die Kultur. Im ersten Schritt gibt es 20 Millionen € mehr auf dem Weg zur Etatverdoppelung, die am Schluss stehen soll. Das hat vorher keine oder kaum eine Regierung

geschafft. Aber wir haben es in diesem Jahr mit dem Fokus auf kommunalen Orchestern und kommunalen Theatern geschafft.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich sage es hier noch einmal und komme gleich auch noch einmal darauf zurück: Diese Koalition, allen voran Sozialminister Laumann, steht für eine anständige Sozialpolitik.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Man kann immer das Gegenteil behaupten. Aber die Wahrheit verändert man damit nicht, lieber Kollege Römer.

- Wir geben mehr Geld für den Kinder- und Jugendförderplan aus, nämlich plus 11 Millionen €; insgesamt sind es über 120 Millionen €.
- Wir sichern die Schulsozialarbeit; auch das ist ein ganz wichtiger Schritt.
- Wir stärken nochmals die Verbraucherzentrale; die FDP war immer die Partei des Verbraucherschutzes.
- Wir unterstützen noch einmal mit 700.000 € die Betreuungsvereine, die eine unglaubliche Arbeit leisten.
- Wir geben 100.000 € für gezielte Unterrichtung – Susi Schneider – der Wiederbelebung insbesondere an Schulen und 200.000 € für eine Impfkampagne aus.

Das sind nur einige wenige Beispiele.

Es gab im politischen Raum Leute, die gesagt haben, im Vergleich zum Gesamthaushalt von 75 Milliarden € seien 100.000 oder 200.000 € Peanuts. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese 100.000 € in Bezug zum Gesamthaushalt zu setzen, ist der falsche Ansatz. Entscheidend ist doch, welche Möglichkeiten vor Ort für die Beteiligten entstehen. Mit 100.000 oder 200.000 € entstehen oft gewaltige Möglichkeiten, um gerade im sozialen Bereich etwas für die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu tun.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vielleicht kann dann sogar – das ist ein wenig zuge-spitzt – ein Ersthelfer, weil er unterrichtet worden ist, ein Leben retten. Das wäre ganz toll. Auf jeden Fall sind wir im Bereich Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen sehr, sehr stark unterwegs.

Noch einmal: Auch wenn Sie seitens der Opposition unwahre Bilder zeichnen, wird sich Ihre eigene Situation nicht verbessern. Aktuelle Umfragen, Herr Kollege Römer, belegen dies sehr deutlich.

Wir brauchen zudem – das gehört zum Zusammenhalt dazu – bezahlbaren Wohnraum in Nordrhein-Westfalen, und zwar in ganz Deutschland; das ist

kein reines NRW-Problem. Dafür brauchen wir nun einmal neue Wohnungen. Wie soll denn dieser Markt die richtige Balance finden, wenn die Nachfrage groß ist, das Angebot an Wohnungen aber klein ist? Das kann nicht funktionieren. Also brauchen wir Anreize zum Bauen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Sven Wolf [SPD]: Da muss man Geld in die Hand nehmen!)

– Ja, aber Landesgeld. Und das wurde erhöht. Ihre Pressemitteilung war falsch.

(Sven Wolf [SPD]: Nein!)

Das Bundesgeld wurde reduziert. SPD-Regierung in Berlin! Aber diese Regierung hat die Mittel erhöht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist wieder eine Halbwahrheit, Herr Wolf.

Zwei Aussagen sind in diesem Zusammenhang interessant.

Erstens. Laut Angaben von IT.NRW verteuerte sich Bauen; die von Rot-Grün beschlossene Bauordnung hätte das Bauen in Nordrhein-Westfalen nochmals ganz wesentlich verteuert. – Deshalb ist das Moratorium richtig und eine Nachsteuerung notwendig.

(Beifall von der FDP)

Ich wiederhole: notwendig. Es geht also darum, die Not zu wenden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zweitens. Eine aktuelle Studie des DIW sagt, knappes Bauland sei eine Bremse für den Wohnungsbau. Deswegen müssen wir in Nordrhein-Westfalen auf unnötige Beschränkungen verzichten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Beide, IT.NRW und DIW, haben recht.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Herr Römer hat gerade zu Recht dargestellt – ich kenne solche Beispiele auch –, dass viele Menschen in Nordrhein-Westfalen die große Sorge haben, wie sie aktuell und erst recht in einigen Jahren von ihrer Rente ihre Miete bezahlen können. Das wollen wir als NRW-Koalition ändern. Aber IT.NRW und DIW haben recht damit. Insbesondere Ihre falschen politischen Weichenstellungen haben zu diesen hohen Mieten in Nordrhein-Westfalen geführt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ein funktionierender Rechtsstaat ist ebenso wichtig für den Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen. Insofern ist es richtig und wichtig – und dafür steht die FDP –, die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden.

Ich bin mir sicher, dass das für diese Koalition auch kein Problem darstellt. Unser Ziel ist es, Nordrhein-

Westfalen sicherer zu machen. Wir haben die Mittel für Personal und Ausrüstung deutlich erhöht; Bodo Löttgen ist schon darauf eingegangen.

Die Mitglieder meiner Fraktion – dies gilt zumindest für die meisten, die das einrichten konnten – haben in der Weihnachtspause die Polizei bei ihren Einsätzen in der Nacht begleitet. Unsere Polizistinnen und Polizisten machen in Nordrhein-Westfalen einen gewaltigen, wichtigen und hervorragenden Job. Dafür an dieser Stelle herzlichen Dank!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben nicht nur die Polizei gestärkt, sondern – das gehört doch zur Lösung dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen – auch die Justiz. Wir haben in diesem Haushalt 2018 neue Stellen geschaffen, und zwar ungefähr so viele Stellen, wie Rot-Grün in sieben Jahren Regierungsverantwortung geschaffen hat. Das ist der Vergleich, liebe Kolleginnen und Kollegen: eins zu sieben.

Im Bereich der kriminellen Gefährder hat es unser Minister Joachim Stamp erreicht, den § 58a des Aufenthaltsgesetzes anzuwenden. Das geht also. Das wurde gerade bewiesen. Vorher wurde es bezweifelt. Jetzt werden alle Mittel des Rechtsstaates in Nordrhein-Westfalen genutzt. Schade, dass das nicht schon vorher passiert ist!

(Beifall von der FDP)

Ich nenne als letztes Stichwort zum Thema „innerer Zusammenhalt“ die Kinderfeuerwehren. Dieses Projekt dient einerseits der zukünftigen Sicherheit, dem Feuerschutz und dem Unfallschutz in Nordrhein-Westfalen und vermittelt andererseits diesen jungen Menschen Werte und Wissen, das sie ihr ganzes Leben nutzen können, um sich persönlich zu steigern und zu entwickeln. Auch dafür stellen wir als Koalitionsfraktionen in diesem Haushalt in Summe 1,75 Millionen € mehr zur Verfügung. Das ist unserer Meinung nach sehr gut angelegtes Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich komme zur Bildung. Natürlich – ich habe es eben schon gesagt – hat die Bildung in diesem Haushalt oberste Priorität. Wir geben in diesem Bereich mehr als jemals zuvor aus – insgesamt 200 Millionen € mehr als im Jahr 2017. Wir investieren in die Stärkung der Grundschulen und nochmals in Digitalisierung. Wir stärken die Besoldung der Konrektoren an Grundschulen und an Hauptschulen. Wir gestalten – Yvonne Gebauer wurde dafür vor Weihnachten gelobt – die Flexibilität im offenen Ganztag.

Ein letzter Punkt zum Thema „Bildung“: Zum Bereich der Inklusion hat das Kabinett vor Weihnachten einen Beschluss gefasst und eine Jahresförderung von 60 Millionen € freigegeben. Das ist ein klares Signal. Schließlich handelt es sich um 20 Millionen € mehr als im Vorjahr.

(Beifall von der FDP)

Es gibt also Trendwenden in der Wirtschaftspolitik, in der Bildungspolitik und in der Haushaltspolitik, lieber Lutz Lienenkämper. Wir haben erstmals eine schwarze Null. Trotzdem konnten die Fraktionen deutliche Akzente setzen, und wir konnten Zukunftsinvestitionen für Nordrhein-Westfalen in diesem Haushalt festschreiben.

Alle diese Anträge haben wir natürlich im HFA beschlossen. Ralf Witzel, mein Kollege, hat sie unter anderem vorgestellt. Frau Düker hat kurz kritisiert, dass das Verfahren zu wenig transparent gewesen sei.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Sie waren doch gar nicht da!)

So ist die alte Regierung ebenfalls vorgegangen. Sie hat immer noch Änderungsanträge in den Haushalts- und Finanzausschuss eingebracht. Genauso haben wir das auch gemacht.

Frau Düker hat zu diesem Zeitpunkt auch kritisiert, dass neben der Schuldentilgung beim Haushaltsabschluss 2017 auch Geld in den Pensionsfonds fließt.

Dazu hat sich übrigens der Deutsche Beamtenbund, namentlich Roland Staude, sehr deutlich geäußert. Er hat die Regierung ausdrücklich dafür gelobt und gesagt: Endlich eine Regierung mit Augenmaß und mit Verantwortungsbewusstsein!

Dieses Lob gilt genau diesem Schritt, dieses Geld in diesen Fonds fließen zu lassen. Das war also genau der richtige Schritt unseres Finanzministers und damit dieser Landesregierung.

Zudem senken wir die von Rot-Grün beschlossene Kreditaufnahme im Jahre 2017 ganz enorm. Insgesamt 500 Millionen € weniger Schulden sind ein starkes Signal.

Die Kritik der Opposition ist deshalb auch sehr begrenzt. Und wenn es doch welche gibt, entpuppt sie sich nicht gerade als Wahrheit. Es gab zum Beispiel die Kritik der Kollegen von der SPD am Wissenschaftsetat. Hierzu ein Hinweis: Unter dem Strich sind es zwar 116 Millionen € weniger. Es sind aber weniger Hochschulmittel des Hochschulpaktes des Bundes. Das Land gibt in diesem Bereich sogar mehr Geld aus als vorher – genauso wie in der Baupolitik.

Unter dem Strich haben unsere Fraktionen in haushaltspolitischer Hinsicht – mein Dank gilt beiden Fraktionen und dem Kollegen Bodo Löttgen – mit noch einmal 50 Millionen € deutliche Akzente gesetzt und sehr wichtige politische Felder besetzt. Zudem haben sie mit noch einmal 100 Millionen € die Kommunen in die Lage versetzt, noch mehr für die Integration zu tun und damit noch mehr Verantwortung zu übernehmen. Diese beiden Fraktionen von CDU und FDP nehmen ihren Gestaltungsanspruch somit wahr.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Rahmen der Haushaltsdiskussion wurde der Kollege Börschel gefragt, warum denn die SPD diese Haushaltsanträge erst jetzt in Zeiten der Opposition stellt und nicht schon in Regierungszeiten so gehandelt hat. Die Antwort des Kollegen Börschel war bemerkenswert – Zitat –: Die SPD hat auch nicht alles richtig gemacht, sonst wäre die Wahl anders ausgefallen. – Ich wiederhole die Worte des Kollegen Börschel noch einmal: Die SPD hat auch nicht alles richtig gemacht, sonst wäre noch einmal anders ausgefallen.

Mit dieser sehr allgemeinen Feststellung hat Herr Börschel zwar recht. Aber jetzt fragen sich die Bürgerinnen und Bürger, die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen natürlich: Was meint Herr Börschel denn mit dieser eigentlich groben, aber sehr klugen Aussage im Detail? Wo hat die SPD denn Fehler gemacht? – Noch viel mehr werden die Bürger sich fragen: Wie will die SPD denn ihre Politik verändern, damit sie demnächst wieder bessere Wahlergebnisse erzielt?

Lieber Kollege Börschel, wir werden Sie, in welcher Funktion auch immer, bestimmt noch oft an diesem Rednerpult erleben.

(Martin Börschel [SPD]: Sie können auch gleich einen Dialog führen, wenn Sie wollen!)

Ich bin gespannt, wie Sie dann auf die Frage der Bevölkerung antworten werden: Wo hat die SPD in den vergangenen sieben Jahren Fehler gemacht, und wie will sie ihre Politik ändern?

Ich möchte noch einen kurzen Rückblick auf das von Frau Düker Gesagte werfen. Sie hat eben ausdrücklich die Politik und die Aussagen von Herrn Kutschat, insbesondere in Bezug auf den Klimaschutz, gelobt. Ein Lob ist zwar oft sehr wertvoll. Geholfen haben Sie ihm mit diesem Lob aber nicht, liebe Frau Düker.

(Beifall von der FDP – Monika Düker [GRÜNE]: Das habe ich schon gemerkt!)

Wir werden – das ist die nächste Trendwende – auch die Verkehrsinfrastruktur und die digitale Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen stärken. Herr Wüst als Minister für Verkehr hat den NRW-Masterplan zur Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans vorgestellt – erstmals versehen mit Transparenz und mit klaren Zahlen dazu, in welchen Jahren welche Arbeitsschritte erfolgen sollen. Das Ganze ist übrigens verbunden mit einem Controlling von vielen – von Bürgermeistern, von der Bevölkerung, von Bürgerinitiativen, von der Politik.

Es handelt sich also um eine echte Trendwende hin zu Transparenz in der Verkehrspolitik. Dafür, lieber Herr Wüst, sage ich herzlichen Dank. Das ist genau der richtige Schritt. Denn die Bürgerinnen und Bürger

wollen erreichen, dass Infrastrukturmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen endlich nicht mehr blockiert werden. Das haben sie schließlich sieben Jahre lang erlebt. Sie wollen vielmehr wissen, wie es vorangeht und dass es vorangeht. Aber sie wollen auch wissen – das gehört ebenfalls zur Wahrheit dazu –, woran es genau liegt, wenn es einmal nicht vorangeht, und wie dann, wenn Plan A nicht geklappt hat, Plan B aussieht.

Diese Transparenz hat in den vergangenen Jahren immer gefehlt. Auch das ist eine Trendwende in der Politik dieser Regierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich erinnere noch einmal an Ihre Aussagen zur Verkehrspolitik, lieber Arndt Klocke.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Oh, Entschuldigung!)

Wir haben noch im Dezember 2017 erlebt, dass der Kollege Arndt Klocke sagte: Wir haben doch alle Fehler in der Verkehrspolitik gemacht, alle Parteien. – Damit hat er versucht, von der eigenen oder der grünen krassen Blockadepolitik abzulenken.

Mit dem ersten Punkt hat der Kollege Klocke recht. Gerade in der Infrastrukturpolitik haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten alle Parteien Fehler gemacht. Der Stellenwert dieses Politikfeldes war einfach zu niedrig. Er muss weiter oben angesiedelt werden.

Aber darüber hinaus kam hier in Nordrhein-Westfalen noch Ihre Blockadepolitik hinzu. Ich erinnere mich an das Jahr 2011, als Sie mit Ihrem Koalitionspartner die sogenannte Prioritätenliste erstellt haben.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ja, machen wir jetzt auch!)

Im Nachhinein sagen Sie, das sei den begrenzten finanziellen Möglichkeiten geschuldet gewesen. In der gleichen Phase, in der Sie mit begrenzten finanziellen Möglichkeiten argumentierten, hat Ihr damaliger Staatssekretär Horst Becker die gesamte Basis der Grünen in Nordrhein-Westfalen angeschrieben, um sie zu beruhigen, und hat gesagt, dieser Planungsstopp bedeute weder die Weiterführung des Projektes noch die Suche nach alternativen Lösungen, sondern die Umlenkung des Verkehrs auf bestehende Straßen.

Wenn das nicht die Blockadepolitik beschreibt und beweist, was denn dann?

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das sind Alternative Facts! Alternative Fakten!)

Dieser Brief ging in jede Stadt in Nordrhein-Westfalen und ist allen Kommunalpolitiker bekannt. Das war also Blockade pur, die die Kollegen der SPD damals leider mitmachen mussten.

Jetzt erleben wir bei der A1-Brücke in Leverkusen, dass dort auch gestört wird, dass dort tatsächlich blockiert wird,

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Aber doch nicht von uns!)

und zwar mit Körpern und mit Händen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Was?)

Und wer ruft zu dieser Blockade vor Ort auf?

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Aber wir doch nicht!)

Die Grünen. Selbstverständlich die Grünen!

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ach, Quatsch! Ich war beim Spatenstich! Frag den Wüst! Meine Güte! Ich war bei der Festveranstaltung!)

– Sie teilen sich die verschiedenen Rollen, die die Grünen spielen, immer sehr klug auf. Hier treten Sie mit dem Heiligenschein auf, und vor Ort treiben Sie die Blockade voran.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Arndt Klocke [GRÜNE]: Ach, Quatsch!)

Das ist die typische Politik der Grünen. Das lassen wir so nicht durchgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: In den Reden von Trump ist mehr Wahrheitsgehalt drin als in dieser Rede! – Gegenrufe von der FDP und der CDU: Oh!)

– Herr Klocke, bleiben Sie doch ...

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Alternative Fakten sind das! Alternative Facts!)

– Ausgerechnet Sie legen der FDP alternative Fakten in den Mund. Sie sollten sich lieber dreimal überlegen, wem Sie was in den Mund legen,

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Wer ist denn zur Leverkusener Brücke gekommen? Wo war denn Christof Rasche?)

und dreimal über Ihre politische Strategie nachdenken.

Ich nenne den völligen Irrsinn von Frau Düker in der Klimapolitik verbunden mit katastrophalen Folgen für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Ich nenne Ihre immer noch fortdauernde Unehrllichkeit in der Verkehrspolitik, die Sie hier sieben Jahre betrieben haben

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Absurder Quatsch! Bei euch heißt es jetzt „Masterplan“!)

und heute ausblenden wollen. Sie sollten lieber zu Ihrer eigenen Politik stehen.

(Beifall von der FDP)

Sie können es ja besser machen, Herr Klocke. Aber wenn man etwas besser machen will, dann muss man zu den Fehlern stehen. Da ist der Kollege Börschel viel weiter als der Kollege Klocke.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ihr nennt das jetzt „Masterplan“, bei uns war es eine Prioritätenliste!)

Meine Damen und Herren, 2018 ist ein Jahr des Wandels – ich habe es angesprochen –, eine Zäsur in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Trotzdem wollen wir Nordrhein-Westfalen insgesamt als Wirtschaftsstandort zukunftsfähig aufstellen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Gesellschaft in diesem Land zusammenhält.

Neben dem Haushalt hat das mit vielen Weichenstellungen zu tun, die wir in diesem Jahr auf den Weg bringen werden, zum Beispiel

- die Umsetzung der Leitentscheidung G9,
- die Umsetzung der Inklusion,
- die Förderung der dualen Berufsausbildung,
- weitere Entfesselungspakete,
- eine deutliche Stärkung der Kommunen,
- eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden,
- eine Bundesratsinitiative für ein Einwanderungsgesetz,
- eine Novellierung der Landesbauordnung,
- die Einführung der Individualverfassungsbeschwerde,
- ein neues Jagdgesetz mit praxistauglichen Bestimmungen,
- eine Novellierung des Hochschulgesetzes.
- Wir wollen in diesem Jahr erneut eine Ruhr-Konferenz durchführen, und die Zusammenarbeit mit den Beneluxstaaten wird ausgebaut.

Wir haben also gewaltige Aufgaben vor uns. Die NRW-Koalition leitet aktiv und mutig Trendwenden in Nordrhein-Westfalen ein.

Wir von CDU und FDP – alle anderen sind ebenfalls dazu eingeladen – werden dieses Land im Jahr 2018 aktiv gestalten. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Wagner das Wort. Bitte schön.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine Haushaltsrede bereitet man in der Regel vor, aber manchmal geschehen überraschende Dinge.

Nicht einmal 24 Stunden vor dieser Rede haben wir es erlebt. In einer Nacht- und Nebelaktion haben sich, konspirativ hinter verschlossenen Türen tagend, die vier Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen tatsächlich 14 Millionen € mehr aus dem Steuertopf eingeschenkt, um zusätzliche Abgeordnetenmitarbeiter zu beschäftigen und die Finanzierung der Fraktionen zu verbessern.

Man fragt sich natürlich: Warum das Ganze? Sie begründen es mit einer erhöhten Arbeitsbelastung durch E-Mails, soziale Medien und Ähnliches. Ich frage mich jedoch: Ist Ihnen diese erhöhte Arbeitsbelastung vor der ersten Lesung des Haushalts noch nicht aufgefallen? Da hätten Sie es nämlich schon einbringen können.

(Beifall von der AfD)

Warum ist Ihnen vor der zweiten Lesung des Haushalts, als es um die Einzelpläne ging, nicht aufgefallen, dass Sie arbeitstechnisch überlastet sind? Denn zumindest da hätten Sie es noch einbringen können. Auch da haben Sie es noch nicht gemerkt.

Ich stelle mir nun die Frage, ob es Ihnen vielleicht zwischen Weihnachten und Neujahr aufgefallen ist, als Sie Ihre Weihnachtsgeschenke umtauschen mussten, weil das ein bedeutender Stressfaktor für Sie war. Aber auch da scheinen Sie es noch nicht gemerkt zu haben; denn selbst in der letzten Haushalts- und Finanzausschusssitzung war Ihnen noch nicht bekannt, dass Sie derartig überlastet sind, dass Sie 14 Millionen € Steuergelder dafür verwenden müssen, sich mehr Mitarbeiter zuzulegen.

Nein, ich will Ihnen sagen, woran es liegt, dass Sie es bis dahin nicht gemerkt haben: Sie wollten die Öffentlichkeit aus diesem Verfahren möglichst heraushalten. Sie scheuen in dieser Frage die Öffentlichkeit wie der Teufel das Weihwasser, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Nun stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage Sie diesen unverschämten Zugriff auf Steuergelder planen. 14 Millionen € haben Sie erst gestern hinter verschlossenen Türen beschlossen. Die sich selbst demokratisch nennenden Fraktionen sind dort in seltener Einmütigkeit zusammengetreten.

Sie behaupten, Sie bräuchten mehr Mitarbeiter. Auf welcher Grundlage behaupten Sie das? Flächenländer wie Hessen und Niedersachsen haben nicht einmal die Hälfte des Etats zur Verfügung, der uns in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen soll. Sie selbst haben nicht einen Experten befragt, nicht eine

Grundlage beigebracht, die diese Erhöhung der Mitarbeiterpauschale um sage und schreibe 89 % rechtfertigt. Während ein normaler Arbeitnehmer um eine Lohnerhöhung von 2 % kämpft, gönnen Sie sich für Ihre Mitarbeiter zusätzlich 89 %, haben aber nicht einen Beleg für eine solche Erhöhung beigebracht.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das ist doch ein absurder Tinnel! – Sven Wolf [SPD]: Was soll das denn?)

Sie führen in Ausschüssen teilweise Expertenanhörungen durch. Dabei geht es vielleicht um 100.000 € hier und 100.000 € da. Aber 14 Millionen € Steuergelder für Ihre eigenen Mitarbeiter sind Ihnen nicht einmal eine Expertenanhörung wert, nicht einmal eine Debatte im Haushalts- und Finanzausschuss, auch keine öffentliche Debatte, sondern Sie versuchen, diese 14 Millionen € innerhalb von 24 Stunden irgendwie durch das Parlament zu schleusen in der Hoffnung, dass es niemand mitbekommt. Aber das ist gründlich schiefgegangen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Weil Sie doch so schön demokratisch sind, halten wir einmal fest, welchen Weg das ganze Verfahren genommen hat: Die einzige Fraktion, die nicht eingebunden war – und Sie wussten ganz genau, warum Sie die AfD nicht einbinden, weil die AfD dieses Schmierentheater niemals mitmachen würde –,

(Henning Höne [FDP]: Weil Sie zutiefst rassistische Bemerkungen ... – Helmut Seifen [AfD]: Passen Sie auf, was Sie sagen! – Weitere Zurufe von Henning Höne [FDP], Christof Rasche [FDP], Helmut Seifen [AfD] und weiteren Abgeordneten der AfD)

hat erst durch die Presse von Ihrer Entscheidung erfahren.

Das muss man sich in einem demokratischen Parlament einmal vorstellen: Die Vertreter von 626.000 nordrhein-westfälischen Wählerinnen und Wählern erfahren von Ihrem Vorhaben, 14 Millionen € Steuergelder rauszuhauen, durch die Presse und erst Stunden später auf dem parlamentarischen Weg. Das ist Ihre Form von Demokratie, die Sie in diesem Hause ausüben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Ich kann Ihnen sagen: Hinterzimmerpolitik – nicht mit uns. 14 Millionen € vom Steuerzahler – nicht mit uns, schon gar nicht, wenn Sie keine entsprechende Grundlage dafür haben, diese 14 Millionen € zu begründen.

Meine Damen und Herren, Sie haben deutlich gezeigt: Wenn es um Ihre eigenen Interessen als Abgeordnete geht, sich noch mehr Mitarbeiter, einen noch größeren Stab anzuschaffen, dann scheuen Sie vor keiner Zusammenarbeit zurück.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Doch, vor der Zusammenarbeit mit Ihnen!)

Dann scheuen Sie vor allen Dingen nicht davor zurück, die Öffentlichkeit zu hintergehen, den Steuerzahler zu hintergehen und auch Teile dieses Parlaments zu hintergehen.

(Zuruf: Wir brauchen keine Nachhilfe in Demokratie! – Helmut Seifen [AfD]: Doch, sehr viel Nachhilfe! – Weitere Zurufe von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Es wird Sie deshalb nicht überraschen, meine sehr verehrten Damen und Herren der demokratiesimulierenden Fraktionen, dass die AfD diesem Vorstoß nicht zustimmt.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Sie können das Geld ja spenden!)

Es mag ja sein, dass Sie höhere Mittel für Fraktions- oder Abgeordnetenmitarbeiter benötigen. Nur, stellen Sie das auf eine nachprüfbare Grundlage, bevor Sie sich einfach so, innerhalb von nicht einmal 24 Stunden 14 Millionen € aus dem Steuersäckel genehmigen, ohne jegliche parlamentarische Regel eingehalten zu haben.

(Beifall von der AfD)

Da wir mit dem Fraktionsgesetz noch einen Tagesordnungspunkt haben, unter dem das auch wieder Thema sein wird, werde ich darauf nachher noch einmal eingehen.

Was die Selbstbedienungsmentalität angeht – lassen Sie mich das sagen –, passt es natürlich auch, dass die Landesregierung ihre erste Kabinettsitzung in Münster abgehalten hat und sich da fürstlich hat versorgen lassen, vom Steuerzahler natürlich, von der Stadt Münster mal eben – ich weiß es nicht – mit 2.600/2.700 € für ein opulentes Abendessen.

(Zurufe von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Das Skandalöse dabei ist, dass sich die Damen und Herren Kabinettsmitglieder für über 70 € pro Person auf Steuerzahlerkosten den Bauch vollhauen, aber das Sicherheitspersonal und die Fahrer für nicht einmal die Hälfte dessen etwas zu essen und zu trinken bekommen.

(Zuruf: Ohhh!)

Das ist Ihre Einstellung zu den Menschen hier im Land.

(Beifall von der AfD)

In diese Selbstbedienungsmentalität passt, dass die Landesregierung gleich zu Beginn für einen Millionenbetrag in die neue Staatskanzlei umgezogen ist. Natürlich passt dazu auch, dass Sie erst einmal 139

neue Mitarbeiter eingestellt haben, um ihre eigene Klientel zu befriedigen.

Mit der Haushaltslage – und darum geht es heute primär – gehen Sie ja ohnehin etwas sehr eigentümlich oder, besser gesagt, chaotisch um. Vielleicht brauchen Sie deswegen neue Mitarbeiter? Denn wenn Sie so dringend 89 % mehr für neue Abgeordnetenmitarbeiter benötigen, dann muss dieser Landtag in den letzten Jahren ja ein Hort des Chaos und der Unfähigkeit gewesen sein.

(Zurufe)

Vielleicht benötigen Sie aber auch einmal neue Mitarbeiter, die Ihnen sagen, dass man mit 14 Millionen € Steuergeld nicht umgeht wie ein Elefant im Porzellanladen. Möglicherweise brauchen das die Fraktionen, die schon länger hier sitzen, um endlich wieder auf den Boden der Tatsachen zurückzukommen.

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren, in der Opposition wollten Sie unbedingt, und zwar zu Recht, die knapp 450 Millionen €, die das Land jährlich vom Bund wegen der ach so tollen, aber vor allem sehr teuren offenen Grenzen bekommt, an die klammen Kommunen weitergeleitet wissen. Kaum im Amt wollen Sie den Kommunen das Geld aber weiter vorenthalten – wie es so ist mit Ihren Wahlversprechen.

Das Gleiche gilt für die Pensionsrückstellungen. In der Opposition hieß es von Ihnen, wieder zu Recht, die Pensionsrückstellungen müssten mit mindestens 700 Millionen € eingestellt werden. Kaum im Amt waren es plötzlich nur noch 200 Millionen €.

Nun kommt die nächste Kehrtwende, alles ist wieder anders. Die Schlussabrechnung für 2017 liegt vor, und siehe da, es ist Geld in der Kasse. Sie können also verteilen und mindestens ein paar Wahlversprechen mehr oder weniger einlösen. Die Frage ist nur: Warum ist Geld da, und auf wessen Kosten ist dieses Geld da? Denn eines ist klar: Ernsthafte Sparanstrengungen unternehmen Sie nicht, wie der Landesrechnungshof bei der Anhörung im Finanzausschuss zutreffend moniert hat.

Um diese Frage zu beantworten, können Sie zwei Dinge tun: Sie können noch einmal meine letzte Haushaltsrede lesen, denn, wie Sie vorhin schon angemerkt haben, lesen bildet, oder Sie können in der „WeLT“ vom 11. Januar dieses Jahres – es steht nämlich dasselbe drin – nachschlagen. Die titelt mit dem Aufmacher: „Deutschland verdankt seinen Rekordüberschuss allein Mario Draghi.“

Weiter heißt es in der „WeLT“:

„Die EZB-Geldpolitik hat Bund und Ländern über die Jahre Zinsen von 290 Milliarden Euro erspart. Doch der Preis ist hoch. Anleger wurden um ihre

Erträge gebracht – und die Politik verteilt Geld, das sie eigentlich nicht hat.“

Das lässt die finanziellen Erfolge und auch die vermeintlich riesigen Spielräume für die Politik in einem deutlich fahleren Licht erscheinen. Allein im vergangenen Jahr belief sich die Zinersparnis auf insgesamt 50 Milliarden €, wie aus den aktuellen Berechnungen der Bundesbank hervorgeht. Das Blatt schreibt weiter:

„So schön das für die Politik ist, so frustrierend ist es für die Sparer im Land. Schließlich sind sie es, die dafür zahlen – der seit Jahren niedrige Zins wirkt wie eine Steuer auf das Ersparte. Doch in den Sondierungsgesprächen spielen die Nöte der Kleinanleger keine besondere Rolle. Sie können also nicht damit rechnen, dass sie einen Teil der entgangenen Rendite vom Staat erstattet bekommen, etwa in Form eines höheren Sparerfreibetrages.

Es handelt sich um gigantische Summen, die zu lasten von Sparern und Lebensversicherten umverteilt werden. ... Rechnet man die Zinersparnis heraus, hätte Deutschland also im vergangenen Jahr sogar ein Minus gemacht ...“

Weder Deutschland noch NRW hätte also eine schwarze Null geschrieben, sondern beide hätten ein klares Minus gemacht.

„Bereits in den Vorjahren konnte Deutschland seinen Haushalt ohne viel eigenes Zutun sanieren – die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank ... macht es möglich. 2015 etwa profitierte der Staat laut Bundesbank mit 44 Milliarden Euro von den niedrigen Zinsen, 2016 waren es sogar 47 Milliarden Euro.

Einmal mehr rückt damit die ultralockere Geldpolitik der EZB in den Blick. Nicht nur, dass die Sparer in Zeiten der Hochkonjunktur um ihren Zins gebracht werden. Die Politik bekommt das falsche Gefühl für den eigenen Ausgabenspielraum“

– das zeigen übrigens auch die 14 Millionen € von gestern –

„und verfrühstückt damit Geld, das nur dank einer umstrittenen EZB-Geldpolitik vorhanden ist.

Die Rechnung der Bundesbank offenbart auch, welche Risiken auf uns zukommen, wenn die Zinsen eines Tages wieder steigen.“

Und das werden sie.

„So rechnete das Essener RWI bereits im vergangenen Jahr vor, dass der Staat allein bei einem Zinsanstieg um nur einen Prozentpunkt jährlich 21 Milliarden Euro mehr für den Schuldendienst ausgeben müsste. Das birgt vor allem Risiken für die Kommunen, von denen viele ihre Kassenkre-

dite in der Vergangenheit enorm ausgeweitet haben. Da diese Kredite meist nur eine kurze Laufzeit haben, ist das Zinsänderungsrisiko bei ihnen besonders groß – es droht dann eine Vervielfachung der aktuellen Zinslast.“

Damit bin ich gleich beim nächsten Versäumnis dieser Landesregierung: Sie tilgen nicht. Dabei ist es dafür höchste Zeit. 144 Milliarden € Schulden sind die Bilanz von Schwarz, Rot, Grün und Gelb für oder, besser gesagt, gegen NRW. Man braucht kein Volkswirt zu sein, um sich des gravierenden Haushaltsrisikos bewusst zu werden, das durch steigende Zinsen droht, ja, von dem klar ist, dass es in nicht allzu ferner Zukunft eintreten wird.

Sie waren früher einmal bürgerliche Parteien und nennen sich zumindest heute noch gerne selbst so. Bürgerlich wäre es, vorzusorgen und seine Schulden zu bezahlen. Fangen Sie also endlich damit an, das zu tun, was Sie von jedem Bürger auch erwarten und wofür Sie gewählt wurden, nämlich das Staatsschiff zu lenken, vorzuschauen, Risiken zu erkennen und zu umschiffen. Davon ist bei Ihnen bisher nichts zu sehen. – Ihr Kurs, lieber Herr Lienenkämper, beruht auf dem Prinzip „Zufall“.

(Beifall von der AfD)

„Ein Finanzminister im Glück“, so titelte die „FAZ“ deshalb am letzten Freitag auch ganz richtig. Sie werden den Artikel möglicherweise gelesen haben und sich, wie ich für die Bürger unseres Landes hoffe, auch zu Herzen genommen haben. Vielleicht fällt es Ihnen leichter, wenn diese Aussage von der „FAZ“ kommt, als wenn Sie mal wieder auf die AfD hören müssen.

Hören Sie also auf, sich selbst und anderen vormachen zu wollen, Sie hätten hier durch seriöses Sparen irgendetwas erreicht. Das stimmt nämlich in keiner Weise.

(Beifall von der AfD)

Hören Sie auf, sich mit fremden Federn zu schmücken. Die Federn haben Sie Herrn Draghi und eigentlich den deutschen Sparern und Lebensversicherten geklaut.

Bei den Sondierungsverhandlungen der Verliererparteien CDU, SPD und CSU fällt Ihnen, Herr Laschet, nichts Besseres ein, als der eigenen Partei von links in den Rücken zu fallen. Noch mehr sogenannte Flüchtlinge, noch mehr Familiennachzug – Ihnen konnte es schon wieder nicht multikulti genug sein.

Wissen Sie eigentlich, was das neben der Zumutung für die, die hier schon länger leben, bedeutet? Sie stellen damit auch uns als AfD Nordrhein-Westfalen eine wirklich ambitionierte Aufgabe. Denn wir müssen nun hier in NRW – und das als neue junge Kraft –

nicht nur unsere schon knapp 10 % Kernwähler vertreten, sondern Ihretwegen gleichzeitig auch noch die Aufgabe übernehmen, sehr zügig die Sympathisanten der CSU in Nordrhein-Westfalen zu repräsentieren, diejenigen CDU-Wähler zu vertreten, die fälschlicherweise von Ihnen erwartet hatten, dass Sie machen, was einmal – und das ist lange her – CDU-Politik war, und nicht zuletzt auch die Wähler, die sich kurzzeitig von Christian Lindners rechtsliberalen Nebelkerzen haben blenden lassen, aber nun mit einem FDP-Integrationsminister Stamp leben müssen, der den Abschiebestau eben nicht auflöst, sondern genau das Gegenteil macht.

(Beifall von der AfD)

Alle diese Bürger haben hier im Landtag jetzt nur noch eine Fraktion, die sie inhaltlich repräsentiert, und das ist die Fraktion der AfD.

Dann sind da noch die Wendehälse von der SPD, wobei ich im Moment gar nicht weiß, zu welcher SPD ich hier spreche. Der Fraktionsvorsitzende ist für die GroKo im Bund, die Stellvertreterin ist dagegen, der Rest weiß es noch nicht genau. Hieß es nicht vor ein paar Tagen noch: „Nein, nie wieder GroKo; wir dürfen der AfD doch nicht die Rolle der Oppositionsführung überlassen“? Darüber werden Sie am Sonntag noch einmal sprechen.

Aber immerhin bleiben Sie sich in einem treu: im Brechen Ihrer Versprechen. Das ist auch etwas. Doch möglicherweise schließen Sie sich einfach nur bewusst oder unbewusst – das weiß ich nicht – dem allgemeinen Trend in Europa an. Ob in den Niederlanden, in Frankreich oder in Polen, die Sozialdemokratie krebst bei 5 % bis 7 % der Stimmen herum. Es scheint fast, als gingen Sie Ihrem Ende entgegen, und ich scheue mich angesichts Ihrer Geschichte, ehrlich gesagt, zu sagen: Ihrem verdienten Ende.

Sie arbeiten zielstrebig darauf hin. Sie haben aus einer ehemals bodenständigen Kraft für die sogenannten einfachen Leute eine Ansammlung von Sozialpädagogen, Soziologen und Politologen gemacht, wobei ich nichts gegen diese Berufe und gegen die Menschen habe, die sie ausüben. Aber letztlich gibt es dafür die Grünen; dafür hätte es die SPD gar nicht gebraucht.

(Beifall von der AfD)

Die SPD hat das Gespür für die Probleme der normalen Leute verloren, ja, Sie haben die Verbindung zum Volk verloren. Ihr Parteivorsitzender, „Mister Ex-100-%-Schulz“, berichtet von den ohnehin desaströsen Ergebnissen der Sondierungsgespräche und erklärt: Wenn noch mal mehr als 220.000, 260.000 im Jahr zusätzlich kommen, dann ist das eben so.

(Andreas Keith [AfD]: Ja, super!)

Dann ist das eben so, sagt er. Ich kann Ihnen sagen, was dann eben auch so ist, meine lieben Kolleginnen

und Kollegen von der SPD: Wir werden Sie bei den kommenden Kommunalwahlen vor allen Dingen im Ruhrgebiet von so vielen Ratssitzen befreien, dass ich für die SPD, aber vor allem für Deutschland und Nordrhein-Westfalen nur hoffen kann, dass spätestens dann Ihr Schockerlebnis, das Sie haben werden, heilsam für Sie sein wird.

(Beifall von der AfD)

Glauben Sie wirklich, dass Ihre ehemaligen Wähler das auch so sehen wie Merkel und Schulz: „Dann kommen eben noch mehr; macht nichts, das ist eben so“? – Sie sind so weit weg von den Menschen, dass es schon jeder Beschreibung spottet.

81 % wollen ein Burkaverbot. Wir bringen es ein. Im Ausschuss von Schwarz, Rot, Grün und Gelb keinerlei Mitarbeit. Im Plenum lehnen Sie den Antrag ab.

78 % der Bürger wollen eine medizinische Altersfeststellung von sogenannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Wir bringen diesen Antrag ein. Sie werden sich im Ausschuss der Mitarbeit wie üblich verweigern und diesen Antrag ablehnen. Und da wundern Sie sich wirklich über unser Wachstum und über Ihren Niedergang?

Als Parteipolitiker könnte ich mich freuen, dass uns die Menschen die Bude einrennen. Aber ich sehe Parteien, ehrlich gesagt – auch meine eigene –, ziemlich leidenschaftslos. Sie sind schlicht Mittel zum Zweck. Der Zweck ist, etwas Gutes für unser Volk und für unser Land zu erreichen und nicht, es abzuschaffen, so wie Sie alle hier im Hause das wollen.

(Beifall von der AfD)

Es ist daher kein Wunder, dass trotz einer zum großen Teil recht unkritischen Presse die Unzufriedenheit mit der Landesregierung – nach der neuesten Umfrage des WDR – sehr deutlich steigt. Ein halbes Jahr nach Antritt der schwarz-gelben Koalition sind nur noch 43 % der Bürger mit Ihnen zufrieden. 49 % sind dagegen unzufrieden oder sehr unzufrieden.

Damit hat die Unzufriedenheit mit der Landesregierung im Vergleich zur letzten Umfrage im September 2017 um 15 Prozentpunkte zugenommen. Nur etwa jeder vierte Nordrhein-Westfale ist demnach der Meinung, dass die CDU/FPD-Regierung in den Bereichen Kriminalitätsbekämpfung, Schul- und Bildungspolitik und in der Wirtschaftspolitik eine bessere Arbeit macht als ihre rot-grünen Vorgänger.

Nur 18 % meinen, dass die neue Landesregierung bei der Sanierung der Verkehrsinfrastruktur besser ist. 12 % bewerten die Arbeit im Bereich Verkehr schlechter als unter der alten Regierung.

Insgesamt ist die Mehrheit der Befragten in allen abgefragten Politikbereichen der Meinung, dass die neue Landesregierung bislang genauso gut oder genauso schlecht arbeitet wie die alte. – Herr Laschet, das muss man erst einmal schaffen: kaum besser zu

sein als Rot-Grün, wo es doch eigentlich kaum schlechter geht. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

(Beifall von der AfD)

Aber das kommt dabei heraus, wenn man in vielen Bereichen rot-grüne Politik in schwarz-gelbem Gewand weiterführt. Die Bürger merken das.

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Das gilt auch für den Wohnungsmarkt. Denn inzwischen macht sich auch dort der massenhafte Zuzug von Migranten bemerkbar. Das habe ich übrigens schon in meiner ersten Haushaltsrede anklingen lassen.

„Die Flüchtlingskrise hat nicht vieles, sondern alles verändert und verschärft die Wohnungskrise“, sagt RDM-Vorstand Markus Gruhn. Er führt weiter aus:

„Vielerorts ziehen Flüchtlinge aus Gemeinschaftsunterkünften in reguläre Wohnungen und vergrößern damit die Nachfrage. Vor allem in den großen Städten dürfte es schwierig werden, diesen zusätzlichen Bedarf zu decken.“

Er spricht das aus, was wir schon vor zwei, drei Jahren prophezeit haben, aber das war natürlich rechts-populistisch. Aber dafür ist jetzt jeder vierte Arbeitslose ein Zuwanderer, wie die „WeLT“ titelt. Wer das vor zwei Jahren vorhersagte, war was?

(Zuruf von der AfD: Rechtspopulistisch!)

– Rechtspopulist, genau, oder ein rassistischer Hetzer; man kann sich das aussuchen. Kein Problem!

„Die Ausländer-Arbeitslosenquote ist mit 13,6 Prozent mehr als dreimal so hoch wie die der deutschen Staatsbürger. Ein Grund: Nach dem starken Zustrom in 2015 sind die Migranten zunehmend offiziell auf Jobsuche. Vor allem für Nicht-Europäer ist es schwierig.“

So schreibt das Blatt. Weiter heißt es:

„In der Arbeitslosen- und Sozialhilfestatistik beanspruchen Ausländer einen immer bedeutenderen Platz. So stellen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit inzwischen 26 Prozent aller Personen, die bei den Jobcentern als arbeitslos gemeldet sind. Bei den Hartz-IV-Empfängern beträgt der Anteil der ausländischen Staatsbürger ein Drittel.“

Tendenz: weiter steigend. Wenn das das Wirtschaftswunder ist, das durch Ihre Zuwanderungspolitik erreicht werden sollte, kann ich nur sagen: besser nicht!

„Die Arbeitslosenquoten aller Bevölkerungsgruppen sind seit 2010 rückläufig, nur bei Migranten aus nicht europäischen Asylherkunftsländern ist

ein Anstieg der Arbeitslosenquote zu beobachten.“

Das sagt Panu Poutvaara, Migrationsforscher am ifo Institut in München.

„Durch diesen Effekt belief sich die Ausländer-Arbeitslosenquote im Dezember 2017 auf 13,6 Prozent, während sie unter deutschen Staatsbürgern nur bei 4,4 Prozent lag. ‚Die Arbeitslosenquote der Ausländer ist mehr als dreimal so hoch wie die der Deutschen. Da Ausländer im Durchschnitt eine geringere Qualifikation aufweisen, haben sie schlechtere Chancen als Deutsche‘, heißt es in einer Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit ...

Eine markant höhere Quote weisen weiter die in Deutschland lebenden Türken auf (15 Prozent). Besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit vor allem bei Asylbewerbern aus nicht europäischen Herkunftsländern wie Syrien, Eritrea oder Afghanistan. Zuletzt lag die Quote der Arbeitslosen in dieser Gruppe bei 43 Prozent.“

Das alles finanziert der Bürger, Deutsche und gut integrierte Ausländischstämmige gleichermaßen, mit seinen Steuern und Sozialabgaben. Ohne Ihre verheerende Eurorettungspolitik wären wir schon längst tief in den Miesen, aber dafür stehlen Sie die Zinsen auf das Ersparte der Menschen, meine Damen und Herren. Das ist ein vollkommener Irrsinn.

(Beifall von der AfD)

Aber in diesen Zeiten ist vieles verdreht und verrückt. Auch Geburtstage sind nicht mehr das, was sie einmal waren. Gestern war man noch 33, heute ist man erst 16. Sie meinen, das geht nicht? Doch, in einem Land, welches einstmals für Organisationsstärke und Regeltreue bekannt war, geht das. Wir brauchen dafür nur genug Schwarz, Rot, Gelb oder Grün. „Viele der angeblich Minderjährigen als volljährig eingestuft“, so titelt die „WeLT“ am 14. Januar 2018.

Wir haben zu dem Thema einen eigenen Antrag eingebracht, daher an dieser Stelle nur kurz ein paar Highlights:

Das Saarland hat eine sogenannte zentrale Vorclearingstelle eingerichtet. Als 2015 viele Flüchtlinge ins Land kamen, kamen die Jugendämter im Saarland an ihre Grenzen und haben das Land gebeten, zu helfen. Das erklärte eine Sprecherin. Von Februar 2016 bis Anfang dieses Jahres habe es bei 528 jungen Flüchtlingen Zweifel an der Minderjährigkeit gegeben. Sie wurden radiologisch untersucht. Ergebnis: 254 hatten gelogen und wurden als volljährig eingeschätzt.

Das Jugendamt in Stuttgart zählte im vergangenen Jahr 227 unbegleitete Migranten, die behaupteten,

sie seien minderjährig. Nach Angaben des stellvertretenden Jugendamtsleiters Heinrich Korn wurden 33 % als volljährig eingestuft.

Meine Damen und Herren, das sind unwürdige Zustände für ein zivilisiertes Land. Soll ich morgen meinen Pass wegwerfen und danach sagen, ich sei 70, um den Seniorenrabatt zu bekommen, oder vielleicht 15, damit meine Mutter noch mal Kindergeld für mich beantragen kann? Beantworten Sie mir bitte diese Frage.

(Beifall von der AfD)

Ihre Aufgabe wäre es, endlich wieder Recht, Ordnung und Gesetz durchzusetzen. Nicht nur nebenbei: Das wäre auch unserem Haushalt sehr dienlich.

Aber mit 15 könnte ich natürlich auch noch zur Schule gehen. Ich schicke vorweg: Hier ist Schwarz-Gelb tatsächlich etwas weniger schlimm als Rot-Grün. Okay, schlechter ging es kaum, aber immerhin.

Die Tabuisierung von Ursachen und mithin eine adäquate Problemanalyse haben letztlich mit zur Herabsetzung unserer Bildungsstandards geführt. Wenn der geschäftsführende Bundesinnenminister de Maizière meint, für Flüchtlingskinder müssten wir die Bildungsstandards in Deutschland kurz senken, dann vergisst er, dass die Absenkung des Niveaus auch schon vor der Flüchtlingskrise, und zwar ob der übermäßig starken Heterogenität an deutschen Schulen und linker Bildungsexperimente, eingetreten ist.

Insbesondere der Akademisierungswahn wird zunehmend zur Gefahr für unsere Wohlstandsnation. Da draußen arbeiten Menschen in unterschiedlichen Positionen mit unterschiedlichen Schulabschlüssen, und sie alle tragen mit ihren individuellen Möglichkeiten zum Wohlstand dieser Gesellschaft bei. Das sollten Sie endlich einmal würdigen. Ihr ständiges Nase-rümpfen über Haupt- oder Realschüler ist nicht nur menschlich unanständig, es ist auch sachlich falsch.

(Beifall von der AfD)

Eine funktionierende Gesellschaft braucht Gymnasiasten, Hauptschüler und Realschüler in gleichem Maße – ohne Wenn und Aber. Ich sage Ihnen auch: Wer kein Gymnasium besucht, ist kein Versager.

(Beifall von der AfD)

Die Ideologie der angeblichen Bildungsgerechtigkeit gepaart mit der neurotischen Zwangsakademisierung unserer Schülerinnen und Schüler ist gescheitert. Geblieben sind allerdings die Stützpfeiler dieser Ideologie – Einheitsschulen, wochenlange Projektarbeit, schülerkontrollierter Unterricht, übermäßige Gruppenarbeit, Niveauabsenkung und schließlich ein Laissez-faire der Schulpädagogik.

Meine Damen und Herren, heutzutage könnten wir das Humboldt'sche Bildungsideal mehr denn je gebrauchen. Er sagte:

„Das höchste Ideal des Zusammenexistierens menschlicher Wesen wäre mir dasjenige, in dem jedes nur aus sich selbst und um seiner selbst willen sich entwickelte.“

Jeder Einzelne mit seinen Stärken und Schwächen, mit seinen Vorteilen und Nachteilen muss seinen individuellen Weg zu Wissen und Bildung im Sinne einer humanen Leistungsgesellschaft gehen.

Auch die zunehmende Ökonomisierung des Bildungswesens ist nicht im Sinne Humboldts. Das Statistische Bundesamt veröffentlichte am 13. Februar 2017 Zahlen zu aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen. So konstatierte das Statistische Bundesamt, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Privatschulen in den vergangenen Jahren gestiegen sei. Im Schuljahr 2015/16 besuchten bundesweit 9 % aller Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen eine Privatschule. Vor zehn Jahren waren es noch 7 %.

Die Bereitschaft von Eltern, für die Bildung der Kinder mitunter hohe monatliche Beträge in Kauf zu nehmen, hat vielfältige Gründe. Dabei spielen Indikatoren wie Klassengröße, erteilte Unterrichtsstunden, Homogenität der Schülerschaft, Leistungsbereitschaft der Schüler, das soziale Umfeld sowie der allgemeine Ruf einer Schule zweifellos eine wichtige Rolle. Die bundesweit gestiegenen Zahlen der Schülerinnen und Schüler an Privatschulen müssen als besorgniserregendes Signal für den Zustand des staatlichen Hochschul- und Schulsystems gedeutet werden.

Der vorliegende Einzelplan 05 nimmt zwar Abstand von einigen Fehlentwicklungen, die wir in den letzten Jahren beobachten konnten, allerdings werden die Dinge, die Sie vorlegen, eigentlich nur halbherzig umgesetzt. Das ist ein Zeichen von Mutlosigkeit.

Letztlich nehmen Sie völlig zu Recht Abstand von dem, was die Vorgängerregierung unter Herrn Rüttgers bereits eingeleitet hatte. Bereits 2005 begann der zunächst langsame, aber sich doch deutlich beschleunigende Abstieg NRWs im Bildungsranking. Schwarz-Gelb – daran muss man sich einmal erinnern – hat unter dem vormaligen Zukunftsminister und späteren Ministerpräsidenten Rüttgers das bildungspolitische Handeln nach den gewinnorientierten Vorstellungen mächtiger Wirtschaftssysteme und Wirtschaftsunternehmen ausgerichtet und konnte nicht schnell genug alte Strukturen zerschlagen.

G8 ist dabei nur eine augenfällige Maßnahme, es geht auch noch um andere Maßnahmen wie die Beseitigung der Vorschulklassen und vieles mehr. Nicht zu vergessen ist die Inklusion, die Sie bereits 2009 auf den Weg gebracht haben und nicht etwa Rot-

Grün – um hier mal mit einem Märchen aufzuräumen.

(Beifall von der AfD)

Das Ganze hat sich dann im Schulkonsens getroffen, bei dem Sie sich im Grunde genommen nur vor den Forderungen weggedrückt haben, die von Rot-Grün immer schon vorgebracht worden waren. Das Ergebnis dieses Zerstörungswerks ab 2005 ist nun im Bildungsmonitor und in der IGLU-Studie, die NRW erst kürzlich wieder einen Abstiegsplatz zuwies, zu besichtigen. Meine Damen und Herren, das ist nach wie vor eine traurige Entwicklung.

Nichtsdestotrotz will ich das nicht groß nachtragen. Ich bin froh, dass die schwarz-gelbe Regierung das jetzt erkannt hat und, anders als viele Politiker das tun, eingesehen hat, dass es schwere Fehlentwicklungen gegeben hat. Sie führen die Inklusion wenigstens zum Teil zurück, und zwar nicht aus Menschenfeindlichkeit, wie das die linke Seite in diesem Hause sieht, sondern aus Menschenfreundlichkeit. Das ist zu begrüßen. Sie ordnen das zieldifferente Unterrichten einigen Schwerpunktschulen zu.

Aber auch das ist letztlich nur halbherzig und mutlos. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass nur die Stärkung der Förderschulen in unserem Tableau der verschiedenen Schulformen und die begabungsgerechte Beschulung der Kinder in der für das jeweilige Kind maßgeschneiderten Schulform gleichermaßen human und effizient ist.

(Beifall von der AfD)

Damit würden Sie zugleich ein weiteres Problem lösen, nämlich den Lehrermangel. Denn der Lehrermangel ist durch das mittelmäßige Image, das der Schulalltag mit sich bringt, mit verursacht worden.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Von der Wirksamkeit der 2 Millionen €, die Sie für eine entsprechende Imagekampagne einsetzen, bin ich nicht überzeugt. Die Menschen, die dafür infrage kommen, den Lehrerberuf zu ergreifen, merken sehr deutlich, ob das, was man ihnen verspricht, nur Luftblasen sind und ob der Schulalltag nicht doch eine Überforderung des Einzelnen bedeutet – eine nervliche Überforderung, eine intellektuelle Überforderung und eine Überforderung in Bezug auf das Unterrichten selbst. Ich würde mir wünschen, dass Sie die 2 Millionen € anderweitig verwenden würden, nämlich zur Stärkung der vorhandenen Schulstruktur.

(Beifall von der AfD)

Ein ganz großes Festhalten an alten Zöpfen bedeuten die 13 Millionen €, die Sie für QUA-LiS einsetzen. Meine Damen und Herren, streichen Sie endlich diese 13 Millionen €! Wir haben zunächst einmal gesagt, man solle davon 6 Millionen € streichen, damit dieses Programm auslaufen kann, aber nun ich sage Ihnen eins: QUA-LiS muss weg. Es müssen andere

Möglichkeiten und Instrumente entwickelt werden, um die Qualität von Schulen zu erforschen.

Es gilt auch weiterhin anzuprangern, dass Geld ausgegeben wird, ohne genau die Zielgruppe und die Effektivität zu hinterfragen. Bei dem neu angelegten Programm „FerienIntensivTraining – FIT in Deutsch“ ist die Zielgruppe nicht klar. Wir haben dies in unserem Änderungsantrag auch schon zur Sprache gebracht. Dass Sie bei der Zielgruppe nicht genau hinschauen, liegt daran, dass Sie gar nicht wissen, wer rein formal überhaupt in solch einen Sprachkurs gehört und wer nicht. Sämtliche kleinen Anfragen der AfD-Fraktion zeigen, dass die Landesregierung über keine validen statistischen Erhebungen beispielsweise im Bereich der Zuwanderung verfügt.

Insofern können wir zwar auch diesem Einzelplan nicht zustimmen, sind aber optimistisch, dass in den nächsten Jahren auch mit unserer Hilfe CDU und FDP auf den richtigen bildungspolitischen Weg gebracht und wir dann gemeinsam ein gutes Schulprogramm auflegen werden.

(Beifall von der AfD)

Ich will am Ende noch kurz etwas zum Thema „Medien“ sagen, weil es die Bürger umtreibt. Der Glaubwürdigkeitsverlust ist tatsächlich immens, der Auflagenverlust im Print auch. Bei den privatwirtschaftlich betriebenen Medien hat sich die Politik ohnehin herauszuhalten, aber es stimmt schon nachdenklich, wenn ich nur mal das heutige Thema „Haushalt“ nehme.

Ich lese da ein Interview der „Rheinischen Post“, die ja schon zur Crème de la Crème der Regionalpresse gehört, mit Armin Laschet. Da ist der Journalist nicht faktensicher. Er lässt den Ministerpräsidenten ständig durch rhetorische Tricks entkommen. Das haben Sie gut gemacht, Herr Laschet. Respekt! Er stellt nicht einmal die Frage, was der ausgeglichene Haushalt mit der Niedrigzinspolitik zu tun hat. Da müssen sich die wenigen Bürger, die sich diese Frage stellen, die Informationen dann aus der überregionalen „FAZ“ oder „Welt“ holen. Aber, wie gesagt, da kann man mal dies oder das kritisieren, aber am Ende wird ja niemand gezwungen, dafür zu bezahlen. Zur Not kündigt der Leser eben das Abo.

Anders sieht es aus, wenn man für etwas bezahlen soll unter Zwang, was man gar nicht nutzt, was man nicht nutzen kann oder nicht nutzen will. Einmal ganz abgesehen davon, dass wir als AfD die Einzigen sind, die dieses illiberale Zwangsmodell der Rundfunkgebühr ablehnen: Solange es gerichtsfest existiert, solange wir als AfD noch nicht die erforderlichen 50 % plus X haben, um diese Zwangsgebühr abzuschaffen, solange muss der Bürger aber doch mindestens erwarten können, dass er fair und ausgewogen informiert wird. Er kann erwarten, dass nicht ständig Kommentar und Meinung miteinander vermischt oder gar verwechselt werden. Er kann und

muss erwarten, dass seinen Kindern vom Staatsfernsehen ein Facebookliker der Salafisten nicht als wundervolle Option für seine Töchter dargestellt wird.

(Beifall von der AfD)

Damit will ich es an dieser Stelle, was die Medien angeht, bewenden lassen. Aber ich musste zumindest mal kurz darauf eingehen, denn die Menschen bewegt dieses Thema, da sie zunehmend das Gefühl haben, dem Staatsfunk nicht mehr trauen zu können.

Trauen können sie hingegen meinen Schlussworten zur Einbringung Ihres Haushalts. Sie lauten: Meine Damen und Herren, wir lehnen Ihre Politik ab, wir lehnen Ihren Haushalt ab, und da viele das mit uns tun, nehmen wir Ihnen auch Ihre Wähler ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wagner. – Für die Landesregierung hat Herr Ministerpräsident Laschet das Wort.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein Tag der Kursbestimmung, ein Tag der Richtungsentscheidung, denn heute gießt die Nordrhein-Westfalen-Koalition ihre politische Agenda, ihre Programmatik, die im Koalitionsvertrag steht, in ein konkretes Haushaltsgesetz.

Zuhören, Entscheiden, Handeln – das war immer unser Leitmotiv. Den Menschen zuzuhören, ihre Sorgen zu verstehen, Probleme der Gesellschaft zu erkennen und dann konkrete Gesetze zu machen, in denen auch das Geld bereitgestellt wird, um das umzusetzen, was man als Idee entwickelt hat, das haben wir uns vorgenommen.

Zu den Wahlversprechen gehörten drei große Themen:

Eines ist: Bildung zu fördern, Aufstiegschancen zu ermöglichen, Bildung besser zu machen – mit sofortigen Entscheidungen bei der Rettung beispielsweise der Förderschulen und jetzt Inklusion zum Erfolg zu machen, in den Schulen gleichzeitig die Situation der Lehrer zu verbessern, gleichzeitig bei den Grundschulen darauf hinzuarbeiten, eine Grundschulgarantie als Erstes zu erreichen, da auch Quereinsteiger mit hereinzunehmen. Herr Römer hat eben kritisch darüber gesprochen. Aber berufsqualifizierte Menschen, die natürlich auf die Schule vorbereitet werden, werden dringend gebraucht.

Unsere Priorität ist, dass der Unterrichtsausfall gestoppt wird.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist das, was damit verbunden ist. Da muss man ein wenig fantasievoll sein. Da kann man nicht sagen: Ja, der hat halt nicht die klassische Qualifikation, die wir uns gedacht haben, und so und so lange das und das studiert. – Der hat vielleicht eine andere Qualifikation. Das war die Idee der Mikätzchen in den 60er-Jahren, berufserfahrene Menschen mit einem verkürzten Studium in den Lehrerberuf zu bringen. Wenn wir heute an einer Berufsschule einen Elektromeister haben, der elektronische Fachkenntnisse hat und die seinen Schülern vermittelt, dann ist mir das genauso recht wie jemand, der etwas anderes studiert hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist gemeint, nicht mehr und nicht weniger.

Das zweite Thema ist: Wirtschaft entfesseln. Auch dazu eine Grundsatzbemerkung: Lieber Herr Römer, Sie mühen sich ja tatkräftig ab, mit Marktentfesselung, mit Mitte-Rechts und mit weiß der Teufel was Etiketten hier in die Landschaft zu werfen. Manches empfinden die Leute draußen gar nicht als so schlimm, etwa eine Mitte-Politik zu machen und auch konservative oder liberale Werte in einer Regierung zu haben. Aber das ist Ihr taktisches Problem, wie Sie damit umgehen.

(Beifall von der CDU)

Ich erinnere mich noch an die Woche, in der Sie hier zwei Aktuelle Stunden zu Friedrich Merz gemacht haben. Da hat der Letzte im Land gemerkt, dass jetzt der renommierte Friedrich Merz bei wichtigen Themen mitarbeitet. Das hat uns nur gutgetan.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber der Gedanke war ja ein ganz anderer. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat vor zwei, drei Jahren geschrieben, Nordrhein-Westfalen sei ein wirtschaftlicher, aber gefesselter Riese, sei ein starkes Bundesland, sei die sechst- oder siebtgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union.

Aber wir liegen bei den Werten immer unter dem, wo wir eigentlich liegen sollten. Das liegt daran – das schildern uns viele –, dass es eine Überbürokratisierung gibt durch die Staatsidee, bis in den letzten Winkel des Landes alles zu regeln, beispielsweise wie man in einem Dorf im Sauerland den Landesentwicklungsplan anzuwenden hat, ob da überhaupt noch Entwicklung ermöglicht wird, ob im Tariftrue- und Vergabegesetz bis ins letzte Detail Dinge vorgeschrieben werden, ob wir die Bäcker mit einer Hygieneampel quälen müssen – die inzwischen abgeschafft ist, aber trotzdem schmeckt den Leuten das Brot noch, trotzdem ist immer noch Hygienesicherheit vorhanden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist doch Unsinn gewesen. Es war ja immer gut gemeint, möglichst viel zu regeln. Der muss dreimal

die Kühlzeiten messen, und der braucht am besten noch einen Sachbearbeiter, der darauf achtet, ob er das auch alles einhält. – Nein, wir sagen: strenge Lebensmittelkontrolle ja, aber nicht Bürokratie. – Das ist unser Verständnis von Entfesselung.

(Michael Hübner [SPD]: Jetzt ist das Wirtschaftswachstum gestiegen!)

Deshalb brauchen wir als Nächstes Entfesselung bei Genehmigungsverfahren. Da wollen wir die Schnellsten in Deutschland sein. Wenn irgendwo in Deutschland nach Bundesrecht und europäischem Recht ein Genehmigungsverfahren schneller geht, dann wollen wir das auch in Nordrhein-Westfalen haben. Das wird das Ziel des nächsten Entfesselungspaketes sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im zweiten Paket waren für viele Ehrenamtliche, auch für Krankenhäuser oder für andere, Entfesselungsmaßnahmen enthalten. Denn auch die leiden unter einer Überbürokratisierung. Hier auf den Kern zurückzuführen und trotzdem die Ziele einer nachhaltigen Gesellschaft im Blick zu halten, das ist das Ziel.

Das dritte Ziel ist, die Sicherheit zu verbessern. – Alle drei Ziele finden Sie auch in diesem Haushalt wieder.

Ich erinnere mich noch genau an die Tage, nachdem der Koalitionsvertrag unterschrieben worden war. Da haben sehr viele – auch bei den Grünen und den Sozialdemokraten – gesagt: Das ist ein tolles Programm. Die Ziele stimmen. Das sind gute Ideen. Aber wie wollt ihr das finanzieren? Wie soll das funktionieren – mehr Lehrer, mehr Polizeibeamte, mehr Sicherheit und trotzdem ein ausgeglichener Haushalt?

Wir haben gesagt: Den Beweis, dass diese Koalitionsverhandlungen zu einer tragfähigen Finanzierung – wir haben eine sogenannte F-Liste erstellt – geführt haben, können Sie im Koalitionsvertrag nachlesen. Überall dort, wo steht „Wir werden ...“, ist die Position von den Haushaltern gegengerechnet worden. Andere Dinge werden wir uns leisten, wenn wir genug Geld erwirtschaftet haben. Aber da, wo steht „Wir werden ...“, wird das auch kommen. In diesem Prozess sind wir.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb ist heute dieser Haushalt die erste Umsetzung des „Wir werden ...“. Das, was im Koalitionsvertrag beschrieben war, ist jetzt in Zahlen gegossen. Eine Null steht am Anfang. Keine neuen Schulden macht dieser Finanzminister. Mehr Lehrer, mehr Polizisten, so viel für innere Sicherheit, wie in diesem Land noch nie ausgegeben worden ist, sind im Jahr 2018 zu erwarten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber auch da sage ich: Es reicht nicht, jetzt einfach Polizeistellen zu besetzen. Politik der inneren Sicherheit ist mehr. Die Politik der inneren Sicherheit so, wie sie dieser Innenminister versteht, ist erstens, bis an die maximale Grenze des Möglichen neue Polizeibeamte einzustellen: 2.300. Da sind wir auch mit der SPD einig. Es stand in beiden Wahlprogrammen.

Es hilft aber nichts, dass die Polizeibeamten da sind. Sie müssen – zweitens – auch Recht durchsetzen. Ich bin dem Innenminister dankbar, dass er beispielsweise bei einer vor wenigen Monaten hier stattgefundenen PKK-Demonstration mit verbotenen Symbolen deutlich gemacht hat: Demonstrationsfreiheit ja, aber wenn sich jemand nicht an das Recht hält, wird die Demonstration aufgelöst. Das ist die neue Praxis in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das wird überall im Land zu spüren sein. Recht wird jetzt durchgesetzt. Wir werden rechtsfreie Räume Stück für Stück nicht mehr dulden. Das geht nicht von heute auf morgen.

(Michael Hübner [SPD]: Ist das jetzt das Mehr, das Sie meinen und das es vorher aus Ihrer Sicht nicht gab?)

– Das ist das Mehr.

(Michael Hübner [SPD]: Aha!)

Das Mehr ist, wenn beispielsweise dieser Minister, der jetzt für das Ausländerrecht zuständig ist, § 58a anwendet, wenn ein Gefährder da ist. Er muss raus aus diesem Land.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Es wäre schön, wenn Sie auch sagen würden, was einer Ihrer Kollegen gesagt hat: Wir haben auch etwas falsch gemacht.

(Zuruf von der SPD: Das ist jetzt aber Dünnhäutigkeit!)

Jetzt am Jahrestag des Amri-Anschlags ist noch einmal offenkundig geworden, wie man damals mit diesem Fall umgegangen ist. Der Mann sitzt in der Haft in Baden-Württemberg. Dann sagt Nordrhein-Westfalen: Lasst den frei! – Nein, Ihr hättet damals sagen müssen: Haltet den fest! Wir werden den ausweisen, bevor er irgendeine Straftat begeht. – Das ist doch der Unterschied!

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Darüber brauchen wir heute nicht mehr zu streiten. Sie können weiter sagen: Wir sind bis an die Grenzen des Rechtsstaates gegangen. Es ging nicht anders; wir konnten nicht anders. – Das ist Vergangenheit.

(Zuruf von der SPD: Das ist unwürdig!)

Nur, Sie haben mich gefragt: Was ist das Mehr? – Das Mehr ist, dass wir das nicht mehr so machen werden. Wenn jemand Straftäter und Gefährder ist, wird er des Landes verwiesen, auch mit § 58a. Punkt, Ende der Aussage.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der dritte Punkt ist: Diese Polizisten kann man einstellen. Man muss sie aber auch schützen, wenn sie in einen gefährlichen Einsatz gehen. Wir haben über Vorfälle in Baden-Württemberg gesprochen. Es gab den Durchschuss eines Helmes. Ich habe den Innenminister im Sommer gefragt: Was machen wir dagegen? Er sagte mir seine Idee: Wir brauchen eben eine bessere Schutzausrüstung, wenn wir junge Leute Tag für Tag in einen Einsatz schicken, den sie am Ende mit ihrem eigenen Leben bezahlen könnten.

Das gilt selbst dann, wenn es nur ein Einzeltäter ist, der betrunken war – wie im Fall der jungen Polizistin, die ihr Leben gelassen hat. Sie ist morgens nicht aus dem Haus gegangen in dem Wissen, in eine Gefahrensituation zu kommen, bei der sie am Ende für unser aller Sicherheit ihr Leben gelassen hat. Andere gehen von vornherein in gefährliche Einsätze oder begegnen möglicherweise Terroristen.

Dass sie dann so ausgerüstet und geschützt sind, ist unser Ziel. Deshalb ist der dritte Schwerpunkt bei der inneren Sicherheit im Haushalt 2018: mehr Geld für Schutzwesten, für Helme, für das, was man braucht, wenn man in gefährliche Einsätze geht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das sind diese drei großen Themen.

Jetzt möchte ich im Rahmen meiner kurzen Erwiderung auf die Kritikpunkte eingehen, die im Landtag geäußert worden sind. Es ist ja heute nicht der Tag für eine Grundsatzrede, sondern es ist eine parlamentarische Debatte. Ich habe versucht, mir einige Kritikpunkte von Herrn Römer an der Politik der Landesregierung zum Haushalt aufzuschreiben, um dann im fairen Wettbewerb zu antworten.

Zum einen hat er das Sozialticket genannt. Inzwischen weiß eigentlich jeder im Land, dass das für diese Wahlperiode gesichert ist und auch da drin steht.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Dann wollen wir es auch im Haushalt haben! – Weitere Zurufe)

Das Zweite war irgendeine Bemerkung bei Anne Will in einer Diskussion im letzten August.

Das Dritte ist irgendetwas rund um den Dieselpipfel, wobei ich wirklich nicht verstanden habe, was Sie hier erklärt haben.

Drei Dieselpipfel haben wir inzwischen. Ich war in dieser Zeit im Urlaub. Ich habe aus dem Urlaub her-

aus mit allen unseren Beteiligten geredet, habe diesen Urlaub unterbrochen. Parallel hat der Chef der Staatskanzlei in einer Schalte anderer Staatskanzleien unsere Positionen deutlich gemacht. Die haben wir dann auf den Gipfel 1 gebracht.

Beim Gipfel 2 habe ich etwas gemacht, was es vorher auch nicht gegeben hat, nämlich die Oberbürgermeister aller Parteien aus Nordrhein-Westfalen eingeladen, um zu sagen: Was ist denn unsere Position beim Dieselpipfel 2?

Da ist unter anderem der Gedanke entstanden, der auch nachher umgesetzt wurde, weil mir nämlich einige Ruhrgebiets-Oberbürgermeister gesagt haben: Das ist ja alles schön und gut, wenn Hamburg und Berlin so viel Geld haben, dass sie demnächst nur elektromobile Busse fahren. Wir können uns mit unserer Stadtkasse nicht leisten, eben mal die gesamte Busflotte auf Elektromobilität umzustellen. Uns würde helfen, wenn man beispielsweise eine Zusatzeinrichtung bei einem alten Dieselsbus bekommt, der die Luft in unserer Stadt sauber macht.

Das ist jetzt beim zweiten und dritten Dieselpipfel beschlossen worden. Das sind die Ergebnisse rund um diesen Gipfel. Was da Ihr Problem war, Herr Römer, habe ich nicht ganz verstanden. Wir sind, selbst wenn Urlaub ist, selbst wenn Ferien sind, in diesen Dingen engagiert für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann haben Sie noch irgendetwas von Zwischenständen rund um Jamaika geschildert. – In der Tat wäre eine Koalition mit den Grünen schwieriger als eine Koalition mit Sozialdemokraten. Es ist übrigens eine simple Bemerkung, dass in industrie- und energiepolitischen Fragen mit den Sozialdemokraten leichter ein Kompromiss möglich ist als mit den Grünen. Wenn man eine solche Bemerkung unter Beifall eines ganzen Saales bei der Industrie- und Handelskammer in Düsseldorf macht, führt das bei Herrn Römer schon zu Empörungsausbrüchen: Wie kann der sagen, dass man mit uns Energie- und Industriepolitik gemeinsam machen kann? Wie kann der nur sagen, dass man sich mit Sozialdemokraten versteht?

Lieber Herr Römer, es wird nicht mehr vorkommen, dass ich Sie lobe. Ich habe schlicht und einfach diese eine Sache gesagt. Ihre parteipolitische Strategie verstehe ich da nicht ganz. Ich glaube, es täte auch der SPD gut, wenn die Menschen im Land wieder glauben würden, dass mit Ihnen Industriepolitik zu machen ist. Das war doch auch einer der Gründe, weshalb auch die Wahl verloren ging: weil Sie bei vielen Dingen – Herr Groschek hat es so gesagt: „eine durchgrünte Gesellschaft“ –, fast bei jedem Gesetz immer eher einen erfolgreichen Kollegen Rammel in der letzten Reihe des Saales hatten und nicht so sehr Herrn Duin.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das haben viele Menschen, die um Arbeitsplätze gerungen haben, bedauert. Deshalb glaube ich, dass die Ergebnisse, die jetzt vorliegen, die Chance bieten, dass auch unsere Schwerindustrien in Nordrhein-Westfalen eine Chance haben.

Dann komme ich zur letzten Bemerkung, die ich noch bei Ihnen gefunden habe, Herr Römer. Sie verweigern das Gespräch mit der IG Metall. Wie Sie nun auf diesen Gedanken kommen, ist mir unerklärlich. Bei diesem berühmten Dieselpfiff, den Sie eben zitiert haben, habe ich als Erstes mit dem Vorsitzenden der IG Metall, Herrn Giesler, gesprochen: Was ist denn eure Position zu diesem Diesel- und Automobilskandal? Dann haben wir das formuliert für die Landesregierung – Dieselpfiff 1.

Dann habe ich unzählige Male mit dem Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats thyssenkrupp steel und mit dem Konzernbetriebsrat gesprochen. Bei mir im Büro hat Herr Giesler gegessen. Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Markus Grolms hat bei mir im Büro gegessen. Wir haben überlegt: Wie lassen wir uns als Land ein? Die Gewerkschaft ist jetzt auf dem Weg. Das kannte sie übrigens vorher nicht, weil ich vor der Wahl immer gelesen habe, man wolle sich aus diesem Thema – thyssenkrupp und Tata – heraushalten. Plötzlich waren sie Gesprächspartner.

Als die Stahlarbeiter hier im Landtag waren, haben wir unten am Rhein noch über ihre Resolution gesprochen und, und, und. Das Ergebnis ist: Die Arbeitsplätze sind jetzt zugesagt bis 2026. Meine Hoffnung ist, dass die Abstimmung, die derzeit bei der IG Metall läuft, zu einem guten Ergebnis für Nordrhein-Westfalen führt. Für Parteipolitik eignet es sich nicht mehr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Karl-Josef Laumann war bei der Kundgebung dabei, als die IG Metall demonstriert hat. Gestern war die DGB-Vorsitzende bei mir. Wir haben eine große Palette an Themen, der Kritik, der Nichtübereinstimmung, aber auch der Übereinstimmung festgelegt. Herr Römer, ich verstehe Ihre Verzweiflung angesichts der Stimmung in Ihrer Partei. Aber missbrauchen Sie nicht die Gewerkschaften für Ihren Wahlkampf! Wir reden mit den Gewerkschaften auch in Zukunft und auch intensiv.

(Beifall von der CDU und der FDP)

So, das war jetzt alles, was ich notiert habe: Ihr redet nicht mit den Gewerkschaften, Dieselpfiff, Anne Will und noch irgendetwas. Aber substanzielle Kritik an dem, wie wir die Richtung jetzt angelegt haben, habe ich heute nicht gehört. Ich habe sie gehört bei den Grünen zum Klimaschutz. Dazu werde ich nachher noch einen Satz sagen.

Jetzt will ich Ihnen noch kurz am Beispiel des Haushalts klarmachen, wie man auch auf unterschiedliche Situationen reagiert. Wir haben als Erstes gesagt:

Der Nachtragshaushalt war ein Haushalt, der Fehler, die wir vorgefunden haben, korrigieren musste.

Das erste Thema war: Kita-Rettungspaket. Die Kitas haben uns gesagt: Wir können nicht warten. Wir haben sieben Jahre gewartet auf eine Regierung, die gesagt hat, wir machen ein neues KiBiZ. – Ich habe hier wilde Reden gehört. Das Einzige, was aus der Zeit CDU/FDP übrig geblieben ist, war das Kinderbildungsgesetz, weil es nämlich ein gutes Gesetz war, was in der Grundstruktur einen Konsens von Trägern, Kommunen, Kirchen und Landesregierung hatte. Das ist in sieben Jahren nicht abgeschafft worden. – Aber die Kitas haben gesagt: Unsere Finanzsituation ist aber so, dass wir nicht mehr lange durchhalten. Deshalb wurde das Kita-Rettungspaket mit 500 Millionen € direkt im Nachtragshaushalt zur Beruhigung der Lage beschlossen.

Das Zweite waren wesentliche Maßnahmen zur inneren Sicherheit für den Staatsschutz, den Verfassungsschutz, für die Polizei, damit der Zustand der inneren Sicherheit sehr schnell hergestellt wird.

Und das Dritte – die Präsidentin des Rechnungshofs ist gerade nicht da – war die Meinung des Rechnungshofs, diesen Buchungstrick von 885 Millionen € zu korrigieren, den Sie im Haushalt hatten. Jetzt kann man sagen: Das kann man so und so werten. Nur, wenn der Rechnungshof sagt „Ihr müsst das korrigieren“, wird das korrigiert.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Hat er nicht gesagt!)

– Herr Zimkeit, er hat gesagt: Diese Buchung war nicht in Ordnung. – Wir haben es korrigiert. Seien Sie doch froh! Jetzt können Sie sagen: Sie hören auf den Rechnungshof. – Das Ding ist korrigiert. Das war der Nachtragshaushalt.

Jetzt kommt der erste Haushalt für das neue Jahr. Und wir haben beim Nachtragshaushalt eine noch günstigere Entwicklung erlebt, als sie erwartbar war. Deshalb haben die gesagt: Dann lautet die eine Priorität: den Pensionsfonds auffüllen. – Das ist eine Zusage. Die kann man nicht aus dem Ärmel schütteln, wenn man gerade wenige Wochen im Amt ist. Aber wenn man sieht, jetzt ist ein kleiner Spielraum da, zeigt dieser Pensionsfonds, der gleichzeitig eine Zusage an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an die Beamten in der Landesverwaltung ist: Diese Regierung arbeitet nachhaltig und denkt auch an eure Altersversorgung. – Das ist die erste Zusage, die in den Haushalt aufgenommen worden ist:

(Beifall von der CDU und der FDP)

680 Millionen plus 120 Millionen, die ohnehin schon geplant waren.

Zweitens. 2016 und 2017 sind die Integrationsmittel nicht an die Kommunen weitergegeben worden. Wir haben das im Wahlkampf kritisiert. Wir haben dann allerdings gesagt: Das kriegt man nicht mal eben in

einem Nachtragshaushalt korrigiert, weil keine Vorsorge getroffen war. Wenn es neues Bundesgeld geben wird, werden wir das an die Kommunen weitergeben.

Jetzt war durch die gute Entwicklung die erste Chance da, den Kommunen den Anteil, den sie eigentlich einfordern – 23 %, der Verbundsatz beim GFG, ca. 100 Millionen –, zur Verfügung zu stellen.

(Christian Dahm [SPD]: 175 Millionen sind es bei 23 %! Wir brauchen keinen Dreisatz! Das ist Prozentrechnung!)

Deshalb wird der Haushaltsgesetzgeber diese 100 Millionen heute mit der Mehrheit von CDU und FDP an die Kommunen, die Flüchtlinge aufgenommen haben, weitergeben. – Das ist der zweite Teil, den wir dieses Mal umsetzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Drittens: Schuldensenkung. 500 Millionen sparen wir bei der Nettoneuverschuldung in diesem Jahr ein. In der gesamten Wahlperiode wollen wir gar keine neuen Schulden aufnehmen, und dieser Nachtragshaushalt wird jetzt auch noch einmal um 500 Millionen € gesenkt. – So viel zu diesem Punkt.

Als Letztes gehe ich auf das ein, was Frau Düker zum Klimaschutz – ein wichtiges und ernsthaftes Thema – gesagt hat.

(Zuruf von den GRÜNEN: Immerhin!)

– Ja, immerhin.

Man kann über dieses Thema sprechen, weil es wirklich von großer Bedeutung für jeden ist, der Regierungsverantwortung trägt: Kommunen, Bund, Land, Europa. Aber die Frage ist: Wie macht man es?

Mich ärgert, wie die Grünen in diesen Tagen auftreten. Sie waren bis vor wenigen Monaten in der Landesregierung. Sie treten mit einem Weltpathos auf, dass die Niederlande große Probleme bekommen, dass dieses und jenes stattfindet. Größere Worte kann man kaum wählen. Wenn das so wichtig war, wenn das so wichtig ist, wie es Ihre Rhetorik darstellt, hätten Sie unter keinen Umständen der Leitentscheidung 2016 zustimmen dürfen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie hätten sagen müssen, Frau Düker, wenn es so wichtig ist, wie Sie tun: Wir verlassen diese Landesregierung.

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von den GRÜNEN – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das haben Sie nicht gemacht. Sie haben an Ihren Posten geklebt. Das ist der erste Teil.

Der zweite Teil ist: Sie haben bei den Verhandlungen mit der SPD ausgehandelt, dass drei Orte aus dem

Braunkohleabbaugebiet rauskommen. Ich habe damals an dieser Stelle – das ist anderthalb Jahre her – gesagt: Wenn ihr so beschließt – die Menschen haben Planungssicherheit verdient –, werden wir daran nichts ändern. Das ist gerade bei diesen Braunkohleentscheidungen, die über viele Jahrzehnte gelten, eine wichtige Aussage.

Drei Orte haben Sie damals herausgeholt. Sie hätten auch sagen können, die Orte bleiben drin, aber wir setzen uns für den Hambacher Forst, die Immerrather Kirche oder was auch immer ein.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Deshalb ist es nicht korrekt, Frau Düker, wenn Sie jetzt so tun – jetzt rede ich als amtierender Ministerpräsident –, dass der Abriss der Immerrather Kirche oder das, was im Hambacher Forst passiert, irgendetwas mit CDU und FDP zu tun hat. Das sind Ihre Entscheidungen, für die Sie geradestehen haben und sonst niemand.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt reden wir über das Klimaschutzziel, das Sie gesetzt haben. Das Klimaschutzziel für Nordrhein-Westfalen lautet: 25 % bis zum Jahre 2020. – Das halte ich für ein realistisches Ziel. An diesem Ziel arbeiten wir, arbeitet der für Energie zuständige Wirtschaftsminister. Wir liegen heute bei ca. 22 %, und wir haben in den nächsten Jahren zu erwarten, dass beispielsweise das eben von Ihnen vorgetragene Kraftwerk Niederaußem in diesem Jahr und Neurath 2019 in die Reserve gehen. Damit werden wir das Ziel aller Voraussicht nach 2020 erreichen.

Die wirtschaftliche Lage ist im Moment besonders gut. In einer besonders guten wirtschaftlichen Lage sind die CO₂-Werte höher. Das haben Sie eben kariert und als Ausrede bezeichnet. Wir streben dieses Ziel trotzdem an. Aber dass es einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und CO₂ gibt, müsste doch einem Grünen einsichtig sein.

Deutschland rühmt sich der tollen Ziele, die es erreicht hat. Wenn wir ehrlich sind, haben wir einen Großteil unserer CO₂-Ziele durch den totalen Zusammenbruch der Wirtschaft in der früheren DDR in den 90er-Jahren erreicht. Da war Deutschland plötzlich ganz stark beim Klimaschutz, weil viel Industrie aus dem Markt herausging und damit die CO₂-Werteasant abgenommen haben.

Es ist aber doch nicht unser Projekt für den Westen Deutschlands, dass die Industrie verschwindet und wir die CO₂-Ziele erreichen. Unser Anspruch ist vielmehr, beides zu erreichen: wirtschaftlich stark zu sein und trotzdem die Klimaschutzziele zu erreichen. Auf diesem Weg sind wir derzeit.

Jetzt kann man das so wie der hochbejubelte französische Präsident Macron machen. Seine Europapolitik teile ich. Der kommt zur Bonner Klimakonferenz:

Ich bin der König des Klimaschutzes. Bei uns gibt es in absehbarer Zeit keine Kohlekraftwerke mehr. – Ja, was macht der? – Er verlängert die Laufzeit seiner Kernkraftwerke. Ist das das Modell? Kann man denn nicht erkennen, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Verzicht auf Kernenergie und guten CO₂-Werten gibt? Großbritannien, Frankreich sind ganz toll dabei.

Aber wir in Deutschland haben uns vorgenommen: Raus aus der Kernenergie! 2019 Abschalten von Philippsburg, 2020 Grohnde, Brokdorf, Gundremmingen. Alles in dieser Wahlperiode. Neckarwestheim, Isar 2, Emsland: Stück für Stück wird herausgenommen. Jetzt sagen die Grünen: Gleichzeitig auch noch bis 2020 möglichst ein Totalausstieg aus der Kohle. Das funktioniert nicht!

(Monika Düker [GRÜNE]: Das hat keiner gesagt!)

– Doch, Sie sagen: Kohleausstieg jetzt sofort, schnell, Weisweiler. Sie haben doch eben die Beispiele genannt.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Quatsch! Mein Gott!)

– Ihre Rhetorik auf den Demonstrationen ist manchmal anders, als wenn man sich mit Ihnen unterhält. Gehen Sie doch mal bei Twitter rein, in welcher Aggressivität da gesagt wird: Kohleausstieg jetzt, und wenn nicht sofort, dann bist du verantwortlich.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das haben wir doch nicht geschrieben! Red doch keinen Quatsch!)

– Sie lesen Ihre eigenen Twitter-Accounts nicht; das ist Ihr Problem.

(Beifall von der CDU und der FDP – Monika Düker [GRÜNE]: Dann machen wir mal einen Faktencheck, Armin Laschet!)

Wir müssen zu einer Versachlichung kommen und anerkennen, dass wir ...

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das ist ein Musterbeispiel für eine sachliche Rede! Das ist ein Musterbeispiel für Sachlichkeit!)

– So ist das.

... Klimaschutz erreichen wollen,

(Horst Becker [GRÜNE]: Das holt Sie ein! – Gegenruf von Minister Karl-Josef Laumann: Das muss der gerade sagen! – Zuruf von der CDU: Och, Herr Becker! – Zurufe von CDU und FDP)

dass wir Klimaschutzziele erreichen wollen, aber dass wir den Menschen gleichzeitig sagen: Es hat etwas damit zu tun, welche Energieform wir noch haben und wie schnell wir mit dem Ausbau der Erneuerbaren sind.

Das gilt übrigens gleichermaßen beim Diesel; da machen Sie das Gleiche: Dieselfahrverbote, Ausstieg aus dem Diesel. – Wir steigen aus dem Diesel aus, wenn wir Alternativen haben.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

– Arndt Klocke, Sie legen das Jahr 2030 für den Dieselausstieg fest. Wir sagen: Wir steigen ein in Elektromobilität. Wir fördern, was in Nordrhein-Westfalen entwickelt wird. Wir wollen 100.000 Elektrofahrzeuge erreichen. Wenn das alles mal erreicht ist, kann man aus einer anderen Technologie aussteigen.

Aber diese Ausstiegsmentalität

(Monika Düker [GRÜNE]: Das macht doch das Gericht!)

bringt uns weder bei der Kohle noch beim Diesel weiter. Man muss Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen. Das vermisste ich bei dem, was Sie hier vortragen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bis 2045 sind die letzten Tagebaue genehmigt. Das ist ein absehbares Ende der Braunkohle, denn neue Tagebaue kann ich mir jedenfalls nicht vorstellen. Jetzt geht es um die Frage: Wie schnell erreichen wir eine sichere Energieversorgung auf anderem Wege? Sie haben karikierend gesagt – das ist auch so eine Methode –: der französische Atomstrom und Ähnliches.

Bei den Papieren, die uns von Herrn Staatssekretär Baake vorgelegt worden sind, der Erklärungen im Namen einer SPD-Ministerin abgibt auf dem Briefpapier des Bundeswirtschaftsministeriums, die sich nachher davon distanziert, der gleichzeitig in dasselbe Briefpapier die Bundesnetzagentur hineinkopiert, wo der Mann der Bundesnetzagentur dabei sitzt und sagt: Wir können 5 GW vom Netz nehmen. – Auf dem Papier der Bundesnetzagentur stehen aber 7 GW. Bei manchen Methoden wird manipulativ gearbeitet in offiziellen Staatsinstitutionen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das können Politiker letztlich nicht beantworten, aber wenn eine Bundesnetzagentur und ein beamteter Staatssekretär Fakten auf den Tisch legen, erwarte ich, dass die stimmen, und nicht, dass die Ministerin nachher erklärt: Das stimmt alles nicht. Das ist die private Meinung von Herrn Baake. – Das ist nicht akzeptabel im Umgang.

(Monika Düker [GRÜNE]: Lügt denn der Herr Baake? – Gegenrufe von CDU und FDP: Ja!)

– In diesem Papier steht, Frau Düker: Die Versorgungssicherheit steigt, wenn die Kohle herausgenommen wird. Sie können ja sagen: Wir haben genug Versorgungssicherheit.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das sage ich doch nicht! Das sagt Frau Kemfert! Die lügt auch? Die lügen also alle?)

– Wenn Sie hier mit bewundernder Stimme Frau Kemfert zitieren, hatte ich den Eindruck, dass Sie sich das zu eigen machen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ich denke nur, dass sie nicht lügt – im Gegensatz zu Ihnen!)

– Frau Düker, wir sind doch in politischen Debatten über Fakten. Es ist ja nicht die heilige Pöpstin, die man in ihrer Unfehlbarkeit nicht kritisieren darf. Frau Kemfert noch eine Wissenschaftlerin. Punkt!

(Horst Becker [GRÜNE]: Aha! – Weiterer Zuruf: Die war doch im Schattenkabinett von Ihnen!)

Jetzt komme ich aber zu der Frage. In diesen Papieren hat Herr Baake ausführlich erläutert – das ist für uns in Nordrhein-Westfalen das Entscheidende –: Die Trennung nach nationaler Versorgungssicherheit gibt es eigentlich gar nicht mehr, weil wir jetzt einen europäischen Binnenmarkt haben. Wenn hier Versorgungssengpässe auftreten, können wir in jedem Moment im europäischen Binnenmarkt kontrahieren.

Ich habe gemeinsam mit dem Kollegen Pinkwart und dem Wissen seines Hauses deutlich gemacht: Wenn hier Dunkelflaute ist – Herr Pinkwart kann genau die Daten sagen, wann in Nordrhein-Westfalen Dunkelflaute war –, wenn zwei Wochen lang kein Wind und keine Sonne da sind, ist das überall in Europa so. Dann hilft Ihnen auch nicht der europäische Binnenmarkt. Dann kommen selbst die französischen Kernkraftwerke in Probleme.

Deshalb müssen wir bei der Klimaschutzpolitik mehrere Dinge gleichzeitig im Blick haben: Ausstieg aus der Kernenergie, kein Import von französischem Atomstrom und dafür in Garzweiler und im Rheinischen Revier die Kohle reduzieren – das ist ein falsches Abwägen. Man muss vielmehr Stück für Stück herausgehen, wie es für Arbeitsplätze und die Versorgungssicherheit vertretbar ist, und gleichzeitig in die erneuerbaren Energien einsteigen. Das ist unsere Politik bei diesem Thema.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dieser Punkt ist etwas ausführlicher geworden, weil es der einzige sachliche war, den Frau Düker vorgebracht hat. Über die Sendungen von Anne Will konnte ich jetzt nicht so lange reden. Ich wünsche mir, dass wir die Debatten in diesem Landtag fortsetzen – auch kontrovers, aber im Ringen um gemeinsame Lösungen.

Ich finde, in diesen Tagen merkt man: Die FDP war bei den Jamaika-Verhandlungen dabei, dann war die FDP draußen. Die SPD war bei der Großen Koalition draußen, und jetzt sind wir in ernsthaften Gesprächen.

(Heiterkeit von der SPD)

– Ich finde sie ernsthaft. Ich weiß nicht, ob Sie sie ernsthaft finden, ob Sie das lustig finden. Ich glaube, es steht eine Menge auf dem Spiel,

(Christian Dahm [SPD]: Durchaus!)

übrigens auch für Ihre Partei am Sonntag. Das ist kein Anlass zum Spott.

(Christian Dahm [SPD]: Für die CDU übrigens auch!)

– Für uns auch, für alle, für das Land.

(Sven Wolf [SPD]: Das haben wir verstanden!)

Das hat es seit 70 Jahren in Deutschland nicht gegeben.

(Marc Herter [SPD]: Schöne Grüße an Herrn Dobrindt!)

Der Bundespräsident hat zu Recht gesagt: Parteien sind nicht ihren Wählern alleine verpflichtet, sondern auch dem Gemeinwohl.

(Beifall von der CDU)

Wir merken es doch hier: Vielleicht – es könnte sein – sind demnächst CDU und SPD wieder in einer Koalition. Es hätte sein können, dass Grüne und FDP in einer Koalition gewesen wären. Die Parteien sind heute mehr zu einem Kompromiss verpflichtet als seinerzeit in einem Parlament, in dem es zwei Fronten gab, man nur gegeneinander Wahlkampf machte und bei drei Parteien zwei regierten und eine die Opposition bildete.

Es ist komplizierter. Deshalb finde ich das Abwägen der Argumente und die Suche wichtig, was für uns in Nordrhein-Westfalen unabhängig von der parteipolitischen Herkunft wichtig ist und wofür wir uns in Berlin starkmachen. Wenn wir das in diesem instabilen System hinkriegen, dann kann uns das auch hier im Landtag gut tun. Dann können wir immer noch über Landespolitik streiten. Dann können Sie immer noch sagen, die könnten besser sein, dieser ist schlecht und jener ist schlecht.

Wir sollten in Berlin in der abweichenden Konstellation zusammen auftreten und uns hier im Land über den richtigen Weg auch streitig auseinandersetzen. Das wünsche ich mir über diesen Haushalt hinaus. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Laschet. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das wäre, Herr Laschet, eine äußerst interessante Rede gewesen, wenn man sich für das Amt des Bundesumweltministers beworben hätte. Das war keine Rede eines Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen zum Haushaltsplan 2018.

(Beifall von der SPD)

Sie haben in Ihren Ausführungen über Fakten gesprochen und Fakten eingefordert. Dann wäre es sehr schön gewesen, wenn Sie bei den Fakten geblieben wären und diese nicht an vielen Punkten ignoriert hätten.

Ich beginne einmal mit Ihren Ausführungen zur Bewertung des Falles Amri. Ich glaube, gerade in diesem Fall sollten wir mit irreführenden Aussagen vorsichtig sein, weil das nur Parteien und Fraktionen nützt, die hier schon merkwürdig aufgetreten sind. Man kann den Fall bewerten wie man will, aber hier so zu tun, als wenn der jetzige § 58a, auf dessen Grundlage Sie gehandelt haben, schon zum Zeitpunkt des Falles Amri in Kraft getreten wäre, ist eine bewusste Irreführung der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Bei einem so sensiblen Thema sollten wir das sein lassen.

(Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

– Aber nicht in der Form. Es gab rechtliche Änderungen.

Kommen wir zum Haushalt. Der Kollege Löttgen hat gefordert, wir sollten etwas zum Haushalt sagen. Das will ich sehr gerne tun. Sie haben die haushaltspolitische Wende in Nordrhein-Westfalen angekündigt. Ich muss zugestehen, diese Wende ist Ihnen gelungen.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Entwicklung der Neuverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Sie geht zurück bis zum Jahr 2016. Dann kommt Ihre haushaltspolitische Wende, Herr Laschet, das Ansteigen der Neuverschuldung im Jahr 2017 auf 1 Milliarde €. Das ist Ihre Finanzpolitik. Das beweist vor allem eines: Sie können nicht mit Geld umgehen.

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU)

Sie haben in diesem Zusammenhang von Fakten geredet. Herr Laschet, Herr Löttgen und Herr Rasche, Sie haben die Behauptung wiederholt, der Haushalt 2018 sei der erste Haushalt, der ohne neue Schulden auskomme. Herr Rasche hat von alternativen Fakten gesprochen. Das sind alternative Fakten. Mit dem Haushalt 2016 wurden sogar Schulden abgebaut. Hören Sie doch endlich damit auf, in dieser Frage immer wieder die Unwahrheit zu behaupten! Sie machen mehr Schulden, nicht weniger.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Nur durch Ihre Buchungstricks!)

– Die Buchungstricks, die Sie in Bezug auf das Programm „Gute Schule 2020“ immer behauptet haben, haben Sie nicht zurückgenommen. Sie sind doch dabei geblieben. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall von der SPD)

Wie vieles, was Sie versprochen haben, haben Sie auch das nicht eingehalten.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Den nächsten Buchungstrick liefern Sie auch noch ab. Sie haben die Zuführung zum Pensionsfonds angesprochen. Da bin ich sehr gespannt, Herr Laschet. Ich würde Sie bitten, sich konkret festzulegen. Im Jahr 2018 werden die ersten 80 Millionen € schon wieder ausgegeben. Dann verbleiben noch 600 Millionen €, die Sie aus Haushaltsresten eingezahlt haben.

Sagen Sie jetzt, dass diese 600 Millionen € nicht auf die Zukunft angerechnet werden? Garantieren Sie, dass in den nächsten drei Jahren jeweils 200 Millionen € eingezahlt werden? Der Finanzminister hat das nicht getan. Vielleicht können Sie hier Klarheit schaffen und die Beamten in dieser Frage nicht weiter in Unsicherheit lassen.

Herr Löttgen – er war es, glaube ich – hat behauptet, die SPD sei nicht konstruktiv. Wir haben eine Menge Vorschläge zum Haushalt gemacht; ich komme noch dazu. Einer war immerhin so konstruktiv, dass Sie ihn als Gegenfinanzierung für Ihre Vorschläge sogar abgeschrieben haben.

Sie haben nämlich keine Ideen gehabt, wie die Ansatzerhöhungen gegenfinanziert werden sollen. Wir haben gesagt, wir können die Zinsausgaben senken. Das haben Sie im Haushalts- und Finanzausschuss noch abgelehnt, und jetzt legen Sie den gleichen Antrag zur Gegenfinanzierung Ihrer Vorschläge vor. Das zeigt doch, dass bei Ihnen das reine haushaltspolitische Chaos herrscht.

(Beifall von der SPD)

Das Schlimmste – Herr Rasche hat irgendwie dafür zu sorgen versucht, dass es nicht deutlich wird – bleibt Ihr Umgang mit der Sozialpolitik und der Umstand, dass Sie die Koalition der sozialen Kälte bleiben.

Wir haben Fehler gemacht. Das hat Herr Börschel gesagt. Einer unserer Fehler war, dass wir den sozialen Arbeitsmarkt nicht früh genug und nicht umfangreich genug auf den Weg gebracht haben. Das korrigieren wir mit unseren Vorschlägen. Aber Sie streichen dort und wollen die Langzeitarbeitslosen nicht so stark unterstützen. Das ist doch der Unterschied.

(Beifall von der SPD)

Zu glauben, Herr Rasche, dass Sie mit Anträgen in der Größenordnung von 100.000 €, die ein paar Betroffenen helfen – deshalb haben wir zugestimmt –, diesen Eindruck von sozialer Kälte verwischen können, ist absurd. Sie wollen durch einen neuen Antrag mit insgesamt 300.000 € zusätzlich Obdachlose unterstützen. Das findet unsere Zustimmung. Aber wer das angesichts der Streichung von 300 Millionen € im sozialen Wohnungsbau nicht zynisch findet, dem ist nicht mehr zu helfen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie bleiben die Koalition der sozialen Kälte. Da Kollege Dahm gleich noch vieles zur Kommunalpolitik und zu Ihren gebrochenen Versprechen sagt, will ich nur noch eines festhalten: Dieser Haushalt 2018, wie er jetzt von Ihnen durchgepeitscht und beschlossen wird, macht nur eines klar: Sie haben keinen Plan für dieses Land.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die grüne Fraktion spricht nun Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Ministerpräsident, lieber Armin Laschet, Ihre Aussagen zum Klimaschutz verlangen eine Antwort, erstens auf Ebene eines Faktenchecks – dazu komme ich gleich – und zweitens – und das ist mir persönlich sehr wichtig – auf der Ebene Ihrer Angriffe gegen die Grünen in Verantwortung bzw. Regierungsverantwortung.

Ich finde es ziemlich interessant, welche These Sie hier formulieren und manifestieren. Sie sprechen uns das Recht ab, hier irgendetwas glaubhaft zu unserer parteiprogrammatischen Überzeugung und zu unserer Gründungsidee als ökologische Partei von uns geben zu dürfen, weil wir in Regierungszeiten Kompromisse – zugegebenermaßen schmerzliche Kompromisse – gemacht haben. Was heißt das im Umkehrschluss für eine Demokratie, wenn wir das hier angeblich nicht mehr dürfen, nur weil wir irgendwann einmal Kompromisse gemacht haben? – Dahinter steckt ein besorgniserregendes Demokratieverständnis, finde ich. Kompromisse gehören zur Demokratie.

Beim Thema „Garzweiler/Rheinisches Revier“ waren das für uns keine leichten Geschichten. 1995 standen wir mit dem Regierungseintritt vor einem Sonderparteitag und haben uns entschieden, weiterzumachen. Ja, der Parteitag hat das sehr knapp so entschieden, aber wir haben gesagt, wir stellen uns dieser Verantwortung.

Wir haben dann in realer Regierungsverantwortung versucht, weiter am Thema „Klimaschutz“ zu arbeiten. Was haben wir erreicht?

2014 haben wir einen Kompromiss erreicht, der das Abbaugebiet Garzweiler nachträglich verkleinert. 300 Millionen t Braunkohle bleiben unter der Erde. Sie werden nicht verstromt. Das ist CO₂, das nicht in die Luft gepustet wird.

Natürlich kann man uns jetzt vorhalten: Da hättet ihr aus der Regierung gehen müssen. – Ich finde es nett, dass Sie uns Empfehlungen geben, was wir als Partei zu machen gehabt hätten. Aber wir haben uns an dieser Stelle sehr wohl abgewogen der Verantwortung gestellt. Das machen einige in der Parteienlandschaft im Moment nur sehr ungern. Offenbar will niemand mehr dieses Land von Berlin aus regieren. Aber wir haben gesagt: Wir möchten mitgestalten, auch in dieser schwierigen Konstellation.

Offenbar sind wir nur noch die Einzigen, die die Klimaschutzfahne in diesem Land hochhalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir möchten auch in der Verantwortung versuchen, den Kohleausstieg weiter voranzubringen. Ja, es ist die Aufgabe des nächsten halben Jahrhunderts, hier weiter voranzukommen.

Uns diese Dinge vorzuwerfen, zeugt von einem merkwürdigen Demokratieverständnis, Herr Laschet, vor allen Dingen, wenn man Ihre Wendemanöver zu diesen Dingen im letzten Jahr anschaut.

Vor einigen Wochen hätten Sie mit uns noch das Einsparziel von 7 GW mitgemacht. Herr Römer hat das schon gesagt. Morgen schaut die Sozialdemokratie Sie einmal bei einem Glas Wein scharf an, und auf einmal ist das alles wieder vergessen.

Nein, wir Grünen werden weiter daran arbeiten, dem Klimaschutz höchste Priorität in unserer Politik einzuräumen. Ich meine, das auch weiterhin glaubwürdig vertreten zu können.

Das Nächste ist der Faktencheck. Es ist bemerkenswert, dass Sie hier verkünden, im Rheinischen Revier würden morgen Kohleleiler abgeschaltet. Das ist nur die halbe Wahrheit. Ich glaube, es sind vier Blöcke, die perspektivisch abgeschaltet werden oder schon abgeschaltet sind. Sie wissen ganz genau, dass diese Blöcke die sogenannte Sicherheitsreserve bilden sollen.

(Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

– Moment, Moment.

Das ist das, was Herr Gabriel auf Bundesebene der Braunkohlelobby zugestanden hat. Sie kann hier ein paar Meiler als sogenannte Sicherheitsreserve behalten,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wird hinterhergeworfen!)

wohlwissend, dass ein Braunkohlekraftwerk unflexibel ist und gar nicht schnell genug hoch- und heruntergefahren werden kann, wenn diese berühmten Flauten kommen, um dieses Netz tatsächlich funktionsfähig zu halten.

Herr Pinkwart, Sie wissen ganz genau, dass die Kohlekraftwerke dafür nicht geeignet sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hierfür bedarf es effiziente Gaskraftwerke. Genau diese werden behindert und laufen nicht, weil diese Kohlekraftwerke weiter künstlich am Leben gehalten werden.

Richtig ist, der Klimaschutz braucht mehrere Dinge. Da haben Sie natürlich völlig recht. Er braucht Netzsicherheit, Speichertechnologie und Transportmöglichkeiten. Für schwankende Lasten, wenn die erneuerbaren Energien also nicht gleichmäßig fließen, braucht es eben solche Sicherheitsreserven, aber doch bitte nicht diese alten Dreckschleudern, die man gar nicht schnell genug hoch- und herunterfahren kann.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Was der Klimaschutz eben nicht braucht, sind diese Braunkohlekraftwerke, die weiter am Netz sind. Sie laufen für den Export und für sonst gar nichts. Für die Versorgungssicherheit sind sie nachweislich nicht nötig. Das sagt nicht nur Herr Baake.

Ich finde es schon bemerkenswert, wie Sie hier Leute wie Herrn Baake oder Frau Kemfert einfach in eine Ideologieecke stellen und unterstellen, dass diese Aussagen schlicht falsch sind. Das finde ich schon ziemlich anmaßend, Herr Laschet.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

Es ist ziemlich anmaßend, dass Sie ihnen quasi Lügen unterstellen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Mit der Wahrheit haben sie Schwierigkeiten!)

Ich bleibe dabei: Diese Experten sagen deutlich: Die Versorgungssicherheit ist nicht gefährdet, wenn diese Meiler vom Netz gehen. Wir brauchen sie in den nächsten Jahren nicht mehr.

Sie weigern sich, diese Wahrheiten zu erkennen und einen verbindlichen Fahrplan dafür vorzulegen,

(Horst Becker [GRÜNE]: Das ist das Entscheidende!)

wann Sie gedenken, endlich die schmutzigsten Kraftwerke vom Netz zu nehmen. Sie sind so schädlich für unser Klima, dass wir unsere Klimaschutzziele

damit nicht erreichen werden. Diese Aussage hätte ich von Ihnen erwartet.

(Beifall von Horst Becker [GRÜNE])

Das wäre Mut und vor allem Verantwortung. Man kann so lange an der Vergangenheit kleben bleiben und Beharrungsvermögen zeigen, bis man die Zukunft für dieses Land verspielt hat.

In Sachen Klimaschutz haben wir von Ihnen heute nichts dazu gehört, wie Sie die Zukunft hier in NRW gestalten wollen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Düker. – Für die AfD hat sich nochmals Herr Wagner zu Wort gemeldet.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Jetzt habe ich noch acht Minuten Zeit. Diese Zeit sollte man auch nutzen, um weiterhin über Ihren Griff in die Taschen des Steuerzahlers zu referieren.

Sie selbst umgehen das gerne wie den heißen Brei und glauben, dass unter Tagesordnungspunkt 2, wenn es um das Fraktionsgesetz geht, ausreicht, fünf Minuten pro Fraktion vorzusehen, um zum Teil darüber zu sprechen, dass Sie gestern Nachmittag beschlossen haben – in Einigkeit, wie sich das für sich demokratisch nennende Fraktionen gehört –, 14 Millionen € des Steuerzahlers dafür zu verwenden, Ihr Personal aufzustocken.

Nur: Das Problem ist zum Beispiel, dass Sie, Herr Zimkeit, davon sprechen, dass der Haushalt von den regierungstragenden Fraktionen durchgepeitscht worden ist. Damit haben Sie auch vollkommen recht. Aber Sie selbst peitschen 14 Millionen € des Steuerzahlers durch, um Ihre Anzahl an Mitarbeitern zu erhöhen, ohne eine Grundlage dafür zu benennen.

Seit 2010 werden laut Bund der Steuerzahler die Mittel für die Abgeordnetenmitarbeiter nicht voll ausgeschöpft. Aber Sie glauben, Sie müssten noch 89 % draufsatteln – auf Kosten derjenigen, die jeden Tag dafür arbeiten, dass dieses Land läuft.

(Beifall von der AfD)

Wenn die „Rheinische Post“ anfragt, wie viele Mitarbeiter die eine oder andere Fraktion überhaupt beschäftigt, haben Sie gar keine Antwort darauf; denn Sie wissen es nicht.

(Bodo Löttgen [CDU]: Sie wissen es aber ganz genau!)

Sie wissen es nicht einmal. Das Einzige, was Sie wissen, ist, dass Sie 89 % mehr für Abgeordnetenmitarbeiter brauchen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Woher wissen Sie, was wir wissen?)

Meine Damen und Herren, das ist nahezu skandalös.

Hinzu kommt noch Folgendes: Es ist kein Klischee mehr, wenn man Ihnen vorwirft, Sie machten sich den Staat zur Beute. Hiermit erbringen Sie den Beweis, sich den Staat schon lange zur Beute gemacht zu haben.

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren, wie geht diese sogenannte Gemeinschaft der Demokraten eigentlich mit Kritikern um? Sie versucht, Kritiker mundtot zu machen, sie zu beschimpfen oder in die rechte Ecke zu stellen. Ganz typisch dafür ist das Beispiel, wie die Grünin Frau Schäffer auf die Kritik des Bundes der Steuerzahler an diesem unverschämten Griff in die Taschen der Steuerzahler reagierte: Das sei AfD-Rhetorik. – Insinuierten wollte sie damit: Das gehöre sich nicht; das sei rechtspopulistisch.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ist es ja auch!)

Klar; wenn der Chef des Bundes der Steuerzahler die Wahrheit sagt oder wenn Bürger die Wahrheit sagen, die den alten Parteien nicht passt, müssen sie von der Meinungsgouvernante Schäffer natürlich zur Raison gerufen werden. Aber, meine Damen und Herren, nicht mit uns! Nicht mit der AfD! Wir werden Sie wieder zur Raison rufen – zu Demokratie und Meinungsfreiheit und zur Sparsamkeit mit dem Geld der Steuerzahler.

(Beifall von der AfD)

Wir und immer mehr Bürger lassen es uns und sich nicht mehr gefallen, wie die alten Parteien im Verbund mit den alten Medien die Meinungsfreiheit beschneiden und die Wahrheit verbiegen.

Was ist eigentlich mit den Medien? – Man kann sie nicht alle über einen Kamm scheren. Aber ich möchte die Berichterstattung des „Kölner Stadt-Anzeigers“ exemplarisch hervorheben. Da darf Frau Schäffer von den Grünen praktisch den Artikel schreiben. Wenn Sie sich das durchlesen, stellen Sie fest, dass diesen Artikel quasi Frau Schäffer geschrieben haben könnte.

Eine Stellungnahme der AfD holt die Postille sowieso nicht ein. Stattdessen taucht die AfD nur deshalb in dem Artikel auf, weil Frau Schäffer den Chef des Bundes der Steuerzahler zu kritisieren und mundtot zu machen versucht, indem sie ihm vorwirft, er bediene sich des Sprachgebrauchs der AfD. Nur: Dieser Sprachgebrauch ist im Zusammenhang mit dem, was Sie hier durchzupeitschen versuchen, absolut richtig; davon einmal abgesehen.

Weiter meint Frau Schäffer – jetzt halten Sie sich fest –: Das finde ich verantwortungslos. – Das muss

man sich auf der Zunge zergehen lassen: Die Altparteien, vertreten von Frau Schäffer, halten den Chef des Bundes der Steuerzahler für verantwortungslos, weil er die Wahrheit sagt.

Meine Damen und Herren, verantwortungslos ist hier nur eine, nämlich Frau Schäffer mit ihrer Selbstbereicherungsabsicht

(Andreas Kossiski [SPD]: Jetzt reicht es aber!)

und ihrem Versuch, diejenigen, die das sehen und kritisieren, in die rechte Ecke stellen zu wollen. Das ist verantwortungslos.

(Beifall von der AfD)

Falls hier im Raum ein Journalist des „Kölner Stadt-Anzeigers“ herumschwirren sollte: Meine Kontaktdaten finden Sie im Netz. Wenn Sie demnächst einmal ausgewogen Bericht erstatten wollen, anstatt grüne Meinung zu machen, dürfen Sie mich gerne anrufen.

Ich will die Zeit nutzen, um mit einer weiteren Unwahrheit dieser selbsternannten Gemeinschaft der Demokraten aufzuräumen, nämlich der Unwahrheit, die gerne von den Grünen verbreitet wird, aber auch von anderen, wir würden nicht mitarbeiten. Ich habe einmal aufstellen lassen, wie denn in diesem Haus die Leistungsbilanz aussieht.

Da sind die alten Fraktionen, die hier seit Jahrzehnten mit eingearbeiteten und eingespielten Kräften sitzen und ihre Büros und Arbeitsplätze hatten, und da sind wir, die jungen Neuen von der AfD, die zum Teil wochenlang nicht einmal Büros hatten,

(Zurufe: Oh!)

die erst Mitarbeiter einstellen mussten und sich überhaupt einmal einarbeiten mussten. Wie ist denn nun die Bilanz nach sieben Monaten bei diesen ungleichen Startbedingungen?

Große Anfragen: SPD null, CDU null, FDP null, Grüne eine, AfD zwei. Kleine Anfragen: CDU und FDP null. Die SPD mit 69 Abgeordneten hat 339 Kleine Anfragen gestellt, also 4,9 pro Kopf. Die Grünen mit 14 Abgeordneten haben 160 Kleine Anfragen gestellt; das sind 11,4 pro Kopf. Die AfD mit 13 Abgeordneten hat 196 Kleine Anfragen gestellt, also 15,1 pro Kopf.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Die SPD alle doppelt und dreifach!)

– Das kommt noch dazu, dass Kleine Anfragen der SPD zum Teil nur Copy-and-paste waren.

Es bleiben noch die Gesetzentwürfe. Von den Grünen kam einer, von FDP und CDU kamen zwei, von der SPD kamen auch zwei, und von der AfD kamen sieben.

Jetzt wird mir auch klar, warum Sie auf die Idee kommen, sich noch mehr Geld zuschanzen zu wollen.

Aber glauben Sie mir: Das ist gar nicht nötig. Sie brauchen nicht mehr Geld, sondern Sie brauchen motivierte Leute und die richtigen Ideen – so wie wir. Ihre alte Politik wird auch mit noch mehr Geld und noch mehr auf Steuerzahlers Kosten eingestellten Referenten und Parteifreunden nicht besser werden, meine Damen und Herren. Das wird Ihnen auch damit nicht gelingen.

(Beifall von der AfD)

Ich habe es bereits erwähnt: Sie haben den Beweis erbracht, sich den Staat zur Beute gemacht zu haben. Sie peitschen ein Programm von 14 Millionen € für Ihre kleine Wellnessoase im Büro durch das Parlament. Der Steuerzahler wird es schon richten.

Mit uns wird das nicht passieren, meine Damen und Herren. Mit uns nicht, mit der AfD nicht! Das kann ich nur so oft wiederholen, bis es bei Ihnen im Kopf endlich angekommen ist. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Herr Wagner, ich darf Sie an dieser Stelle insoweit noch einmal ermahnen, als dass Sie eben in direktem Zusammenhang mit dem Namen der Abgeordneten Schäffer eine Wortwahl verwendet haben, die diesem Hause nicht angemessen ist. Ich darf Sie bitten, sich zukünftig nicht mehr in einer solchen Weise auszudrücken.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Für die SPD erteile ich Herrn Dahm das Wort.

Christian Dahm (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einer solchen Rede fällt es schon schwer, wieder zur Sache zurückzukommen, nämlich zur Haushalts- und Finanzpolitik des Landes.

(Markus Wagner [AfD]: Das fällt mir sowieso schwer!)

Wir reden nicht nur über die Finanzen, sondern auch über das Gemeindefinanzierungsgesetz in dritter Lesung. Schließlich haben wir zum GFG und zum Haushalt zahlreiche Anträge eingebracht, die es wert sind, auf den einen oder anderen noch kurz einzugehen. Im Übrigen haben Sie von der Mitte-rechts-Koalition alle diese Anträge abgelehnt.

Der Ministerpräsident hat zu Beginn der Woche gemeinsam mit dem stellvertretenden MP Regierungspläne für 2018 vorgestellt. Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten dazu kurz dpa zitieren:

„Sie wollen vor allem die Kommunen entlasten und mehr in die Innere Sicherheit investieren.“

Meine Damen und Herren, darauf sind wir gespannt. Ihren Worten müssen jetzt Taten folgen. Denn bisher ist das Gegenteil der Fall. Es bleibt nämlich bei den eklatanten Schieflagen im Gemeindefinanzierungsgesetz 2018.

Sie, meine Damen und Herren, wollen die Abundanzumlage in Höhe von insgesamt 91 Millionen € ersatzlos abschaffen. Dadurch entlasten Sie steuerstarke Kommunen, die nicht auf Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich angewiesen sind. Alle übrigen Kommunen – und das ist die Mehrzahl –, mehr als 300 Städte und Gemeinden,

(Henning Höne [FDP]: Die sich verschuldet haben!)

werden nach wie vor belastet und erst in drei Schritten entlastet. Das ist nicht gerecht. Das ist nicht solidarisch.

(Michael Hübner [SPD]: Ganz genau!)

Das spaltet die kommunale Familie, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Vielmehr nehmen Sie den Städten und Gemeinden noch Geld weg. Das haben wir heute schon gehört. Beim GFG haben Sie eine Bereinigung auch für die Einnahmen aus der Integrationspauschale des Bundes vorgenommen. Hier hätten den Kommunen nach der Verbundmasse 175 Millionen € zugestanden.

(Bodo Löttgen [CDU]: Und wie viel hätte ihnen in 2016 und 2017 zugestanden?)

– 175 Millionen € hätten ihnen zugestanden, Herr Löttgen. Gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben wir den Antrag gestellt, die Rücknahme des Vorwegabzugs vorzunehmen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Und wie viel hätte ihnen in 2016 und 2017 zugestanden?)

Das haben Sie in der vergangenen Woche abgelehnt. Heute stellen Sie sich hierhin und feiern sich ab, weil Sie den Städten und Gemeinden 100 Millionen € zur Verfügung stellen, obwohl diese einen Anspruch auf 175 Millionen € hätten. Das ist Ihre Milchmädchenrechnung, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Unter dem Strich: Versprochen, gebrochen.

Wir haben in den Haushaltsberatungen weitere Haushaltsmittel für die Städte und Gemeinden eingebracht und 400 Millionen € für die Integration der Flüchtlinge – Stichwort „Duldung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz“ gefordert. Auch das wurde von Ihnen, meine Damen und Herren, abgelehnt.

Auch die dauerhafte Senkung des Anteils der Kommunen an der Krankenhausförderung von 40 auf

20 % sowie die Entlastung der Städte und Gemeinden in Höhe von 115 Millionen € wurden von Ihnen abgelehnt.

Die Erstattung für die Kommunen in Höhe von 80 Millionen € für Planungskosten im Rahmen der Bundes- und Landesförderprogramme wurde von Ihnen ebenfalls abgelehnt. Hierzu haben der WDR und auch die Schulministerin heute Morgen berichtet, dass die Mittel kaum verbaut werden können.

All das sind kommunalfreundliche Maßnahmen mit einem Umfang von allein 810 Millionen €. Sie alle wurden von Ihnen abgelehnt. Das verstehen Sie unter Kommunalfreundlichkeit. Ist das die Entlastung, die der Ministerpräsident angekündigt hat? Ist das Ihr neuer partnerschaftlicher Umgang mit den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen?

Festzustellen bleibt: Sie von der Mitte-rechts-Koalition sind Europameister im Ankündigen von Wohltaten und bleiben Weltmeister bei den gebrochenen Versprechen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren der Mitte-rechts-Koalition, wir dürfen gemeinsam feststellen: Verlierer des GFG und der Haushaltsberatungen sind die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Diese haben einen Anspruch darauf, deutlich mehr Mittel zu erhalten. Das haben Sie jedoch abgelehnt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dahm. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Scharrenbach das Wort. Bitte.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat: Im Zusammenhang mit der Landeshaushaltsberatung beraten wir auch immer die Gemeindefinanzierung für das jeweilige Jahr.

Wir haben Ihnen als Landesregierung ein Gemeindefinanzierungsgesetz vorgelegt, das mit 11,7 Milliarden € für die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen aufwartet. Das ist ein Wert, der sich auch in der Geschichte des Landes sehen lassen kann; denn noch nie war der absolute Betrag, den das Land Nordrhein-Westfalen unseren Städten und Gemeinden überweist, so hoch.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wegen der guten wirtschaftlichen Entwicklung!)

Ein Großteil dieses Betrages von 11,7 Milliarden € resultiert aus der bundesdeutschen Wirtschaftsentwicklung. Im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und

Herren von SPD und Grünen, haben CDU und FDP das von vornherein immer transparent dargestellt.

Das unterscheidet uns in der Variante, wie wir Politik machen, und in der Art, wie wir auch im Rahmen der kommunalen Familie miteinander umgehen. Wir haben als CDU und FDP von Beginn an einen politischen Paradigmenwechsel in der Frage eingeleitet, wie wir mit Städten und Gemeinden umgehen.

(Sven Wolf [SPD]: Das haben wir bei der Krankenhausfinanzierung gemerkt! – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wir vertrauen den Städten und Gemeinden in dem, was sie tun. Das merken Sie an den wenigen Änderungen, die wir in der Gemeindefinanzierung vorgenommen haben. Denn – und das wissen Sie – die Gemeindefinanzierung 2018 entspricht in wesentlichen Teilen der Gemeindefinanzierung 2017 und der Gemeindefinanzierung 2016, um eine verlässliche Planungsgrundlage für die Haushalte der Kommunen für dieses laufende Haushaltsjahr zu bieten.

Mit den Änderungen, die wir vorgenommen haben, haben wir unseren Politikansatz praktisch umgesetzt.

Als eine der ersten Maßnahmen machen wir die Investitionspauschalen im Rahmen der Gemeindefinanzierung gegenseitig deckungsfähig. Wir lösen die goldenen Zügel, die Sie den Kommunen angelegt haben. Wir vertrauen Räten und Kreistagen in der Frage, wie sie Investitionsmittel vor Ort verwenden. Nicht wir aus Düsseldorf bestimmen, wohin das Geld geht. Vielmehr wird das vor Ort bestimmt. Dort findet nämlich die kommunale Selbstverwaltung statt. Sie ist nicht nur grundgesetzlich garantiert, sondern wird von uns als Landesregierung auch im Besonderen geachtet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Des Weiteren haben wir das erste Mal seit 2009 die Mindestbeträge in der Schul- und Bildungspauschale und in der Sportpauschale angehoben. Das kommt insbesondere – das betonen wir auch immer – den kleinen kreisangehörigen Gemeinden zugute, die vor dem Hintergrund zurückgehender Zahlen von Kindern und Jugendlichen viel mehr in die Unterhaltung ihrer Infrastruktur investieren müssen. Deswegen haben gerade die kleinen kreisangehörigen Gemeinden hiermit ein erstes deutliches Zeichen von der Landesregierung bekommen.

Wir haben Sie immer dafür kritisiert, dass Sie durch Ihre Art der Politik gegenüber den Kommunen dazu beigetragen haben, in eine Steuerspirale zu kommen, und zwar nicht nach unten, sondern nach oben. Sie haben als Vorgängerregierung über mehrere Gutachten ins Stammbuch geschrieben bekommen, dass Nordrhein-Westfalen das Hochsteuerland in der Bundesrepublik ist. Wir machen Schluss mit dieser Politik.

Im Rahmen der Gemeindefinanzierung 2018 haben wir deswegen die fiktiven Hebesätze eingefroren und damit de facto eine Steuerbremse eingezogen,

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Marc Herter [SPD]: Das ist doch lächerlich! – Sven Wolf [SPD]: Welche Kommunen benachteiligen Sie denn? Alle Stärkungspaktkommunen benachteiligen Sie damit!)

weil ein NRW-Hochsteuerland nicht nur die Wirtschaftsfähigkeit und Macht Nordrhein-Westfalens beeinträchtigt, sondern insbesondere Bürgerinnen und Bürger in ihrer Fähigkeit schmälert, vor Ort zu konsumieren und selbst Vorsorge zu treffen. An Ihrer Reaktion merkt man auch, dass wir recht haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Darüber hinaus – das ist der Ausblick, den wir als Landesregierung geben – haben wir immer formuliert, dass wir handlungsfähige Städte und Gemeinden brauchen und wollen, weil die Bürgerschaft vor Ort an der Frage, wie sich die eigene Stadt in der Zukunft weiterentwickelt, teilhaben soll. Denn es sind ihre Städte, und sie entscheiden das. Das setzt voraus, dass sie handlungsfähig sind.

Deswegen haben wir uns für dieses Jahr drei große Themen vorgenommen:

Das ist erstens die Gemeindefinanzierung der Zukunft. Diese beraten wir mit Ihnen transparent anhand eines Gutachtens, das noch von der Vorgängerregierung in Auftrag gegeben wurde, des sofi-Gutachtens. Wir setzen weiterhin auf einen sehr ernsthaften Dialog auch im Fachausschuss.

Zum Zweiten beschäftigen wir uns sehr intensiv mit der Frage, wie der Haushaltsausgleich im Ergebnis gelingen wird. Auch darüber werden wir absehbar miteinander in den Dialog kommen.

(Sven Wolf [SPD]: SPD und Grüne haben auch daran gearbeitet!)

Das Dritte – und das drängt uns insgesamt, wie wir im letzten Plenum hier auch diskutiert haben – ist die Frage der kommunalen Kassenkredite und der Begrenzung von Zinsänderungsrisiken.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Daran merken Sie: Die Landesregierung stellt sich im Rahmen der Kommunalfinanzierung solide und pragmatisch auf. Die Kommunen können auf unser Handeln und unser Verständnis bauen.

Herr Kollege Dahm, Sie haben auf Ihre Anträge der SPD Bezug genommen. Deshalb gestatten Sie mir, dass ich zu den Anträgen noch kurz etwas erläutere.

Sie haben beantragt, 175 Millionen € über das Gemeindefinanzierungssystem im Zusammenhang mit der Integration auszukehren.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Eine Forderung der kommunalen Spitzenverbände!)

– Hören Sie doch erst einmal zu. – Der Ansatz von CDU und FDP ist,

(Zuruf: Der Fraktionen!)

es eben nicht über die Gemeindefinanzierung zu machen, sondern per Haushaltsantrag 100 Millionen € auf einen neuen und anderen Verteilungsweg zu geben. Sie wissen doch genau, dass sich die Gemeindefinanzierung nicht eignet, um im Besonderen den Herausforderungen, die im Zusammenhang mit der Integration von anerkannten Asylsuchenden stehen, adäquat zu begegnen.

(Sven Wolf [SPD]: Das ist aber nicht die Idee des Vorwegabzugs!)

Deswegen werden wir an einer neuen Gesetzesgrundlage arbeiten, um dann diese 100 Millionen € in Nordrhein-Westfalen adäquat zu verteilen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ihr zweiter Antrag ist spannend. 80 Millionen € wollen Sie zur Verfügung stellen, um die Planungskosten zur Abwicklung von Bundes- und Landesförderprogrammen der Kommunen zu finanzieren. Man fragt sich ernsthaft, warum Sie das eigentlich sieben Jahre lang nicht gemacht haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sven Wolf [SPD]: Deshalb ist es jetzt schlecht?)

Sie haben sich sieben Jahre lang auch mit dieser Frage konfrontiert gesehen und darauf eine Antwort gefunden: weil nämlich eine direkte Finanzierung von Planungskosten bzw. Planungsleistungen in den Kommunen durch die Bundesförderprogramme nicht abgedeckt ist.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Seit wann läuft das Programm denn?)

Sie wissen, dass dies vor dem Hintergrund der Kautelen des Bundes in dieser Fragestellung nicht geht. Sie haben es ja noch nicht einmal in dem eigenen Landesförderprogramm „Gute Schule 2020“ möglich gemacht. Da hätten Sie diese Frage beantworten können. Sie haben das aber nicht getan, weil Sie wissen, dass es nicht geht und nicht sachgerecht ist.

Wir haben als Landesregierung den kommunalen Verantwortlichen Wege aufgezeigt, wie sie zur Entlastung ihrer Haushaltsrechnung im Zusammenhang mit Planungsleistungen kommen können.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Warum kritisiert Frau Gebauer dann die Kommunen?)

Die Kämmerer machen davon Gebrauch. Deswegen setzen wir da auf einen verständigen, gemeinsamen pragmatischen Ansatz.

Auch zur Krankenhausinvestition gestatten Sie mir noch einen Hinweis. Natürlich können Sie im Jahr eins nach dem Verlust der Landtagswahl formulieren, dass plötzlich alles anders ist und das, was Sie sieben Jahre vorgetragen, verantwortet, beschlossen, beraten und verteidigt haben, nun in der Erkenntnis alles Unfug war. Das können Sie tun.

Sie haben aber sieben Jahre lang die Kommunen mit 40 % der Leistungen an der Pauschalfinanzierung der Krankenhäuser beteiligt. Rechnen Sie einfach einmal die Summe zusammen, die Sie über diesen Weg bei Städten und Gemeinden eingesammelt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sven Wolf [SPD]: Schlussfolgerung?)

In der Tat werden wir uns – das haben Sie auch mit dem Kollegen Laumann schon beraten – mit folgenden Fragen auseinandersetzen: Wie stellen wir denn die Krankenhausfinanzierung der Zukunft auf? Wie geht es auch im Zusammenhang mit dem KHGG weiter? – Alle diese Fragen werden wir natürlich transparent miteinander diskutieren.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ja, wie denn? Machen Sie doch einmal eine Aussage!)

– Das habe ich Ihnen doch gerade gesagt. Wir sind in der Diskussion, Herr Mostofizadeh.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sehr transparent!)

– Das sind wir immer. Das wissen Sie.

(Zuruf von der SPD: Partnerschaftlich und transparent!)

– So sind wir. Es ist schön, dass Sie das erkennen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Inhaltslos!)

Deshalb gestatten Sie mir noch einen sachlichen Hinweis zu dem Programm „Gute Schule 2020“.

Wenn die Kommunen im ersten Jahr 2017 von den 500 Millionen €, die hier zur Verfügung gestellt worden sind, 50 % abgerufen haben, bleiben die anderen 50 % bis zum Ende 2018 verfügbar. So ist es im Gesetz angelegt. Das heißt: Diese Mittel verfallen nicht.

Sie wissen, dass die Städte und Gemeinden – das können wir als Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung zu Recht sagen – derzeit mit der Abarbeitung einer Vielzahl von Förderprogrammen konfrontiert sind. Die Gemeinden arbeiten mit Hochdruck daran. Vor diesem Hintergrund verfallen die 2017 nicht abgerufenen Mittel nicht. Keine Sorge!

Insofern ist die Gemeindefinanzierung 2018 solide und pragmatisch vorbereitet. In diesem Sinne gehen

wir in den weiteren Dialog mit den Städten und Gemeinden für die Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die Grünen hat noch einmal Herr Mostofizadeh um das Wort gebeten. Bitte.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Auftritt der Ministerin war aus meiner Sicht in mehrerlei Hinsicht beeindruckend und auch überprüfenswert. Sie hat erneut, wie schon in der letzten Plenarsitzung, zumindest in einem Teil ihrer Rede offenkundig nicht für die Landesregierung gesprochen, sondern für die Koalition. Sie ist aber nicht Abgeordnete.

(Zuruf: Oh!)

Warum die Ministerin Anträge der Koalitionsfraktionen hier im Plenum erklärt, bleibt ihr Geheimnis.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Weil sie es nicht können!)

Das entspricht meines Erachtens nicht den Regeln unseres Hauses.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte mit einem Punkt anfangen, der erst dadurch für den Haushalt relevant geworden ist, dass die Koalitionsfraktionen dazu einen Antrag gestellt haben. Da geht es um das Gutachten zur Sperrklausel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle noch einmal sehr deutlich sagen, weil das möglicherweise nicht ganz herübergekommen ist, dass ich die Stellungnahme, die Innenminister Reul als Verfassungsminister abgegeben hat, eigentlich nicht angemessen und fast schon diffamierend gegenüber einigen Abgeordneten finde.

Für die grüne Fraktion möchte ich hier sehr klar erklären: Wir haben dem Gutachten im Haushaltsausschuss zugestimmt. Ich finde aber das Vorgehen der Landesregierung, hier zu handeln, ohne mit den Fraktionen zu sprechen und ohne ein Konzept auf den Tisch zu legen, wohin es denn gehen soll, völlig inakzeptabel.

Für meine Fraktion erkläre ich, dass wir uns an Spielen, die nicht vernünftig vorbereitet sind, keineswegs beteiligen werden. Wir sollten das Urteil des Landesverfassungsgerichts sehr wohl ernst nehmen und auch relativ kurzfristig die Konsequenzen daraus ziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier ist die Landesregierung eine absolute Leerstelle. Hier muss es ganz deutlich anders werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt ansprechen, weil die Ministerin auf die Wohltaten in Bezug auf die Gemeindefinanzierung eingegangen ist. Ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass sowohl die Schulministerin als auch die Kommunalministerin heute das Programm „Gute Schule 2020“ in den höchsten Tönen als Partnerschaft für die Kommunen gelobt haben. Das ist richtig und angemessen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Allerdings ist das eine relativ späte Einsicht. Denn die Fraktionen von FDP und CDU haben dieses Programm bis zuletzt bis aufs Messer bekämpft. Klar ist: Das Programm „Gute Schule 2020“ ist offensichtlich geeignet, das umzusetzen, was Sie versprochen haben und was wir vorher schon angefangen haben, nämlich die Sanierung der kommunalen Schulbauten. Das ist gut so. Es ist aber nicht Ihr Verdienst.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Frau Ministerin, zum Stichwort „Integrationspauschale“ kann ich Ihnen nur zurufen: Gucken Sie bitte einmal sehr genau in die Haushalte hinein. Im Haushalt 2016 hat dieses Land noch 1,5 Milliarden € mehr für die Unterbringung und Integration der Geflüchteten in diesem Land ausgeben müssen, als das jetzt der Fall ist.

(Sven Wolf [SPD]: Ganz genau!)

Es hier als Wohltat darzustellen, dass man von diesen 1,5 Milliarden € jetzt 100 Millionen € bereitstellt, nachdem man vorher erst von uns dazu getrieben werden musste, finde ich geradezu peinlich und lächerlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Weil der Ministerpräsident dem Dreisatz offensichtlich schlicht nicht gewachsen ist, will ich an dieser Stelle noch einmal die Stellungnahme von Landkreistag und Städte- und Gemeindebund referieren, in der auf Seite 5 von 11 Folgendes steht:

„Äußerst hilfsweise für den Fall, dass eine Weitergabe des NRW-Anteils der Integrationspauschale in Höhe von ca. 434 Mio. Euro an die Kommunen oder jedenfalls eines Teils dieser Mittel auch durch die neue Landesregierung – entgegen entsprechender Kritik in Oppositionszeiten (vgl. Antrag der Fraktion der CDU vom 22.11.2016, Drucksache 16/13533) – unterbleiben sollte, wäre zumindest sicherzustellen, dass die über den Landesanteil an der Umsatzsteuer fließende Entlastung ungeschmälert bei der Ermittlung der Finanzausgleichsmasse berücksichtigt wird und den Kommunen so indirekt in Höhe des Verbundsatzes zugutekommen kann.“

Und jetzt kommt es. Das bedeutet umgerechnet:

„An diesem Anteil müssten die Kommunen nach der Systematik des kommunalen Finanzausgleichs regulär in Höhe des Verbundsatzes – d. h. in Höhe von knapp 175 Millionen Euro – beteiligt werden.“

175 Millionen € sind nicht 100 Millionen €, sondern 175 Millionen €. Diese 175 Millionen € sind heute hier zu beschließen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auf einen letzten Punkt, der den Paradigmenwechsel betrifft, möchte ich noch eingehen. Da kann ich Ihnen, liebe Frau Ministerin und liebe Landesregierung, nur Folgendes sagen:

Wenn das, was bei der Krankenhausfinanzierung und bei anderen Dingen passiert ist, ein Paradigmenwechsel sein soll, dann will ich das gerne zugestehen. Erst erfahren die Kommunen aus der Zeitung, dass sie sich an den erhöhten Krankenhauskosten beteiligen sollen. Dann wird im Jahr 2017 die Krankenhausfinanzierung wieder zurückgezogen. Jetzt erfahren sie wieder aus der Zeitung, dass sie von der 1 Milliarde € weiterhin 400 Millionen € bezahlen sollen. Wir lesen in der „Rheinischen Post“, dass der Krankenhausminister gegenüber der Kommunalministerin offensichtlich nicht ein einziges Wort darüber verloren hat.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Paradebeispiel dafür, dass Sie eben nicht vernünftig mit den Kommunen umgehen und nicht einmal untereinander vernünftig miteinander umgehen.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Das lehnen wir ganz entschieden ab, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Nächster Punkt: Nur weil Sie es immer wieder predigen, wird es nicht richtiger. Sie haben ja gesagt, Sie würden den Kommunen nicht vorschreiben, was sie zu tun haben. Bei der Frage der Festlegung der Investitionspauschalen suggerieren Sie zwei falsche Dinge.

Erstens tun Sie so, als würde die Festlegung der Bildungspauschale und der Sportpauschale zumindest einen einzigen Cent mehr in die kommunalen Kassen bringen. Das ist mitnichten der Fall. Sie nehmen aus einem bestehenden Kuchen bestimmte Kuchenstücke heraus und schreiben den Kommunen, ohne dass sie es ändern können, haargenau vor, wie viel sie davon für diese Zwecke ausgeben müssen.

Zweitens behaupten Sie auch noch, damit würde mehr Geld kommen. Auch das ist falsch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Landesregierung macht Schattenspielererei und keine vernünftige

Politik. Das stößt bei uns auf entschiedenen Widerstand. Deswegen lehnen wir diesen Haushalt auch ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Für die FDP hat der Abgeordnete Höne das Wort.

Henning Höne (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf zwei Aspekte muss ich dann doch noch einmal eingehen.

Nummer eins, Herr Mostofizadeh, ist das Programm „Gute Schule 2020“. Sie müssen sich schon ehrlich machen und möglicherweise noch einmal nachlesen, wie die Debatten dazu hier gelaufen sind. Die Wahrheit ist, dass weder von der FDP- noch von der CDU- Opposition zum damaligen Zeitpunkt jemals kritisiert wurde, dass mehr Geld für Bildung zur Verfügung gestellt werden soll – niemals. Über dieses grundsätzliche Ziel bestand Einigkeit hier im Haus.

Kritisiert haben wir insbesondere zwei Punkte:

Erstens. Sie haben es in sieben Jahren rot-grüner Regierungszeit nicht geschafft, nicht vermocht, nicht den politischen Willen dazu gehabt, die Bildungspauschale für die Kommunen

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

zu erhöhen und damit an die aktuellen Gegebenheiten und Bedürfnisse der Kommunen anzupassen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zweitens, Herr Kollege Dahm: Weil Sie das selbst gemerkt haben, haben Sie dann kurz vor der Wahl öffentlichkeitswirksam einen Ausweg gesucht, haben den dann aber nicht direkt über den Landeshaushalt finanziert, sondern sind den Umweg über die NRW.BANK gegangen.

Genau diese beiden Punkte haben wir damals kritisiert. Zu dieser Kritik stehen wir übrigens heute noch. Sie haben es damals nicht vermocht, den Kommunen zusätzliches Geld aus dem eigenen Haushalt für die Bildung zur Verfügung zu stellen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Warum machen Sie das dann nicht? Dann machen Sie es doch selbst! Wo ist der Haushaltsantrag?)

Das ist der zentrale Unterschied zwischen der Vorgängerregierung und der aktuellen Landesregierung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nummer zwei ist die Integrationspauschale. Herr Kollege Mostofizadeh, man kann es sich als Opposition einfach machen – ich habe das gerade bei den GFG-Debatten schon öfter gesagt –, indem man er-

klärt: Alles muss noch ein bisschen höher, ein bisschen schneller und ein bisschen weiter sein. Die Wahrheit ist: Wäre die rot-grüne Landesregierung nicht abgewählt worden, hätten die Kommunen nach Ihrer beschlossenen Planung aus der Integrationspauschale 0 € erhalten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mit der neuen Landesregierung gibt es 100 Millionen €, und die kommen vor Ort an. Auch das ist ein deutlicher Unterschied zwischen der Vorgängerregierung und der neuen Regierung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Ich habe jetzt keine weitere Wortmeldung mehr. Somit schließe ich die Aussprache. Jetzt kommen wir zu den Abstimmungen. Es wird ein Abstimmungsmarathon.

Wir kommen zu den **Abstimmungen über die beiden Gesetzentwürfe zum Haushaltsgesetz und zum GFG in dritter Lesung**. Das Beratungsverfahren wird hiermit abgeschlossen. Es handelt sich somit jeweils um die **Schlussabstimmung gemäß § 78 Abs. 3 der Geschäftsordnung**.

Erstens stimmen wir ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/1752 zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und die Grünen. Wer ist dagegen? – Die CDU, die FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Neppe und Langguth sind dagegen. Wer Enthält sich? – Das sind die Abgeordneten der AfD. Damit ist der **Änderungsantrag 17/1752** abgelehnt.

Zweitens stimmen wir ab über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2018 – es handelt sich hierbei um das Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 – und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1701, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/802 in der Fassung nach der zweiten Lesung unverändert anzunehmen.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in der Fassung nach der zweiten Lesung selbst und nicht über die Beschlussempfehlung zur dritten Lesung. Wer entsprechend diesem Antrag abstimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU und die FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die SPD, die Grünen und die AfD. Wer Enthält sich? – Das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten Neppe und Langguth. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/802 in dritter**

Lesung angenommen und das Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 verabschiedet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Drittens stimmen wir ab über die Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushaltsgesetz.

Als Erstes stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/1732**. Die Fraktion der AfD hat gemäß § 44 unserer Geschäftsordnung eine **namentliche Abstimmung** zu diesem Änderungsantrag beantragt.

Nach Abs. 2 dieses Paragraphen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder mit Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten. Ich bitte nun Herrn Abgeordneten Nückel, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt. *[Abstimmungsliste siehe Anlage 1]*)

Präsident André Kuper: Meine Damen und Herren, haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? Frau Paul?

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ja!)

– Frau Paul mit Ja.

Herr Bolte-Richter ist nach wie vor noch nicht hier.

Frau Wermer hat ihre Stimme abgegeben; das haben wir hier vorne vernommen. Mit Ja? – Gut.

Somit haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, nun die Auszählung vorzunehmen.

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Ihre Stimme haben 193 Abgeordnete abgegeben. Mit Ja stimmten 179 Abgeordnete, mit Nein stimmten zwölf Abgeordnete, zwei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1732 angenommen**.

Ich darf dann zu weiteren Abstimmungen aufrufen. Insgesamt sind jetzt 35 Abstimmungen vorzunehmen.

Ich fange an mit dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/1733**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Dafür sind SPD, Grüne, CDU, FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Neppe und Langguth. Wer ist dagegen? – Die Abgeordneten der

AfD. Wer enthält sich? – Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1733** mit der eben festgestellten Mehrheit **angenommen**.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 17/1734**. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind SPD, CDU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Das ist niemand. Wer enthält sich? – Das sind die Abgeordneten der Grünen. Somit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1734** entsprechend **angenommen**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das ist die **Drucksache 17/1735**. Wer dieser **Drucksache** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU, die FDP, die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1735** mit dem eben festgestellten Ergebnis **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 17/1736**. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind die SPD, die CDU, die FDP und die AfD. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Grünen und der beiden fraktionslosen Abgeordneten ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1736** mit dem festgestellten Ergebnis **angenommen**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP. Das ist die **Drucksache 17/1737**. Wer dieser **Drucksache** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU, die Grünen, die SPD, die FDP und die AfD. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Die beiden Fraktionslosen enthalten sich. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1737 angenommen**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/1738**. Wer möchte diesem Änderungsantrag der Grünen zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – Die CDU, die FDP, die AfD und die beiden Fraktionslosen sind dagegen. Enthaltungen? – Somit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1738** mit dem festgestellten Ergebnis **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/1739**. Wer möchte dieser **Drucksache** zustimmen? – Das sind die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU und die FDP und die beiden Fraktionslosen. Wer enthält sich? – Die SPD und die AfD enthalten sich. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1739 abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/1740**.

Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – Die CDU, die FDP, die AfD und die beiden Fraktionslosen. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1740 abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1741. Wer möchte da zustimmen? – Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, die AfD und die beiden Fraktionslosen. Somit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1741 einstimmig angenommen**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/1742. Wer möchte dem zustimmen? – Das sind die SPD, die Grünen und die beiden fraktionslosen Kollegen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU und die FDP. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der AfD ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1742 gleichwohl abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/1743. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU, FDP, AfD und die beiden Fraktionslosen. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1743 abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1744. Wer stimmt dem zu? – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, AfD und die beiden Fraktionslosen. Somit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1744 einstimmig angenommen**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP Drucksache 17/1745. Wer ist dafür? – Das sind SPD, CDU, FDP, AfD und die beiden Fraktionslosen. Wer ist dagegen? – Die Grünen. Wer enthält sich? – Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1745 angenommen**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/1746. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Grünen. Wer ist dagegen? – Die SPD, die CDU, die FDP und die beiden Fraktionslosen. Wer enthält sich? – Die AfD. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1746 abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/1747. Wer möchte dem Antrag zustimmen? – SPD, Grüne und AfD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die beiden Fraktionslosen. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1747 abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1748. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das

sind SPD, Grüne, CDU, FDP und die beiden Fraktionslosen. Wer ist dagegen? – Die AfD. Enthaltungen? – Somit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1748 angenommen**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/1749. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – Das sind CDU, FDP und die beiden Fraktionslosen. Wer enthält sich? – Die AfD. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1749 abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1750. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP und die beiden Fraktionslosen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist die AfD. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1750 angenommen**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1754. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die Grünen und die AfD. Wer ist dagegen? – Die CDU und die FDP. Wer enthält sich? – Die beiden Fraktionslosen. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1754 abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1755. Wer stimmt dem zu? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP und die beiden Fraktionslosen. Wer enthält sich? – Enthaltung der AfD. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1755 abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1756. Wer stimmt ihm zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und die beiden Fraktionslosen. Wer enthält sich? – Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1756 abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1757. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Grünen, der AfD und der beiden Fraktionslosen ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1757 abgelehnt**.

Ich darf jetzt in der Sitzungsleitung wechseln.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Wir sind nun bei der Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1758. Wer stimmt zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und die beiden Fraktionslosen. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1758 mit**

dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1760. Ich bitte auch hier um die Zustimmung. – SPD und Grüne und die AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP. Enthaltungen? – Die beiden Fraktionslosen. Damit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Änderungsantrag Drucksache 17/1760 abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1761. Wer stimmt hier zu? – Die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP. Enthaltungen? – Bündnis 90/Die Grünen, AfD und die beiden Fraktionslosen. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1761 ebenfalls abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1762. Wer stimmt hier zu? – Die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – CDU und FDP und die beiden Fraktionslosen. Enthaltungen? – Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Damit ist auch der **Änderungsantrag Drucksache 17/1762 abgelehnt**.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1763. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP. Stimmenthaltungen? – Demzufolge bei der AfD und den beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1763 mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis abgelehnt**.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/1764. Wer stimmt hier zu? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Stimmenthaltungen? – Bei den beiden Fraktionslosen. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Änderungsantrag Drucksache 17/1764 abgelehnt**.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/1765. Wer stimmt zu? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Bei den beiden Fraktionslosen. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1765 ebenfalls abgelehnt**.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/1766. Wer stimmt hier zu? – Das sind die AfD-Fraktion und die beiden Fraktionslosen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Demzufolge keine Enthaltungen. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1766 ebenfalls abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/1767. Wer stimmt hier zu? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die

Grünen. Stimmenthaltungen? – Bei den beiden Fraktionslosen. Dann ist auch der **Änderungsantrag Drucksache 17/1767 abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/1768. Wer stimmt hier zu? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Stimmenthaltungen? – Bei den beiden Fraktionslosen. Damit ist mit der **Änderungsantrag Drucksache 17/1768 ebenfalls abgelehnt**.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/1769. Wer stimmt hier zu? – Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Stimmenthaltungen? – Ebenfalls bei den beiden fraktionslosen Abgeordneten. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist auch der **Änderungsantrag Drucksache 17/1769 abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/1770. Wer stimmt hier zu? – Das sind die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen? – CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Stimmenthaltungen – sehe ich keine im Haus. Dann ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/1770 ebenfalls abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP Drucksache 17/1771. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Enthaltung? – Demzufolge beim Kollegen Langguth. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Änderungsantrag von CDU und FDP Drucksache 17/1771 angenommen**.

Wir sind, wenn ich jetzt nichts ausgelassen habe, am Ende der Einzelabstimmung über die Änderungsanträge.

Wir kommen zur vierten Abstimmung, nämlich über das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1700, das Haushaltsgesetz 2018, Drucksachen 17/800 sowie 17/1500 bis 17/1516, in der Fassung nach der zweiten Lesung in der Fassung seiner Beschlüsse zur Vorbereitung der dritten Lesung anzunehmen.

Wir kommen daher zur Abstimmung nicht über den ursprünglichen Gesetzentwurf, sondern die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/1700 unter Berücksichtigung der gerade in dritter Lesung angenommenen Änderungsanträge.

Wer also der Beschlussempfehlung inklusive der angenommenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU

und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei den beiden fraktionslosen Abgeordneten.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Damit es nicht nur für das Protokoll, sondern auch formaljuristisch komplett abgeschlossen ist, stelle ich fest, dass damit die **Beschlussempfehlung Drucksache 17/1700 inklusive der angenommenen Änderungen angenommen** und das **Haushaltsgesetz 2018 in dritter Lesung verabschiedet** worden ist.

Wir kommen damit gleich zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/1751 zum Haushaltsgesetz 2018. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Demzufolge gibt es keine Enthaltungen. – Das ist dann auch so. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/1751** mit dem eben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1759. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU, die FDP, die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Ich frage auch hier nach Enthaltungen. – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 17/1759** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ebenfalls **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1553 zum Haushaltsbegleitgesetz 2018. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 17/1753 abgelehnt** worden.

Wir kommen zur Abstimmung über das Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Überleitung der vorhandenen Konrektorinnen und Konrektoren von Grundschulen und Hauptschulen, Haushaltsbegleitgesetz 2018, Drucksache 17/1111.

Die Abstimmung nach der zweiten Lesung wurde im Dezember 2017 zurückgestellt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1518, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/1111 in der Fassung nach der zweiten Lesung unverändert anzunehmen.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf und nicht über die Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung. Wer also dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD. Wer stimmt dagegen? – Die SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei den beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Gesetzentwurf angenommen und das **Haushaltsbegleitgesetz 2018 Drucksache 17/1111 in zweiter Lesung verabschiedet**.

Damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes 1 und den vielen Abstimmungen, die der Präsident als Abstimmungsmarathon bezeichnet hat. Ich bedanke mich im Namen des Präsidiums für die sehr zügige und konzentrierte Abstimmung.

Ich rufe auf:

2 Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Fraktionsgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1117

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 17/1655 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1721

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1731

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Kerkhoff jetzt das Wort.

Matthias Kerkhoff (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit den Änderungen im Abgeordneten- und Fraktionsgesetz setzen wir die Beschlüsse der Verfassungskommission der letzten Wahlperiode um. Wir konkretisieren Formulierungen, bieten neue rechtliche Grundlagen für notwendig gewordene Regelungen von Sachverhalten.